

MÜNCHNER BEITRÄGE ZUR JÜDISCHEN GESCHICHTE UND KULTUR

Lehrstuhl für Jüdische Geschichte
und Kultur an der
Ludwig-Maximilians-Universität München

EINE DEUTSCH-JÜDISCHE NACHKRIEGSGEOGRAPHIE

Beiträge von Dan Diner,
Tobias Freimüller, Katharina Friedla,
Anne Gemeinhardt, Monika Halbinger,
Tamar Lewinsky, Hendrik Niether,
Andrea Sinn und Maximilian Strnad

Jg. 4 / Heft 1 • 2010



Dieses Heft wurde gefördert von der
Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern.

Herausgeber: Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur,
Michael Brenner.

Beirat: Martin Baumeister, München – Menahem Ben-Sasson,
Jerusalem – Richard I. Cohen, Jerusalem – John M. Efron, Berkeley –
Jens Malte Fischer, München – Hans-Georg von Mutius, München –
Ada Rapoport-Albert, London – David B. Ruderman, Philadelphia –
Martin Schulze Wessel, München – Avinoam Shalem, München –
Wolfram Siemann, München – Yfaat Weiss, Jerusalem – Stephen J.
Whitfield, Brandeis.

Redaktion: Monika Halbinger, Hiltrud Häntzschel, Eva Haverkamp,
Andrea Pfeufer, Andrea Sinn, Mirjam Triendl-Zadoff (verantwortlich),
Ernst-Peter Wieckenberg.

Anschrift: Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur an der
Ludwig-Maximilians-Universität München, Historisches Seminar,
Geschwister-Scholl-Platz 1, 80539 München.

e-mail: juedische.geschichte@lrz.uni-muenchen.de

Erscheinungsweise: Jährlich zwei Hefte.

Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift wird gegen eine Schutzgebühr von
7,50 € je Einzelheft, von 14 € im Jahresabonnement (zzgl. Porto)
abgegeben. Bestellungen werden an die Abteilung erbeten.

Manuskripte: Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte
Manuskripte. Das Formblatt für die Zeitschrift steht als pdf-Datei auf
der homepage des Lehrstuhls unter dem Stichwort „Manuskriptgestal-
tung“ zum Herunterladen bereit.

Umschlagabbildung Bildnachweis:
Ullstein Bild

© Abteilung für Jüdische Geschichte und Kultur an der
Ludwig-Maximilians-Universität München

Producing und Gestaltung: mazzetti&mazzetti GmbH, München

Satz: mazzetti&mazzetti GmbH, München

Druck und Bindung: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Kempten

Umschlaggestaltung: Peter Mazzetti

Das Signet ist der Buchstabe Lamed aus der Schrift Frank-Rühl-
Hebräisch von Rafael Frank (1908). Mit diesem Buchstaben beginnt das
hebräische Wort Limud, das „Lehre“ und „Lernen“ bedeutet.

ISSN 1864–385X

INHALT

Michael Brenner Einleitung Seite 5

ESSAYS

Dan Diner Skizze zu einer jüdischen Geschichte
der Juden in Deutschland nach '45 Seite 8

Tamar Lewinsky Jüdische Displaced Persons
im Nachkriegsmünchen Seite 17

Anne Gemeinhardt Der Saarländische Sonderweg –
Die Synagogengemeinde Saar 1947–1955 Seite 26

Katharina Friedla Von Breslau nach Erfurt –
Deutsche Juden in Breslau und Niederschlesien
nach dem Zweiten Weltkrieg Seite 42

Andrea Sinn Warum Düsseldorf? –
Zur Diskussion um die Verlegung des Hauptsitzes
des Zentralrats der Juden in Deutschland Seite 57

Hendrik Niether „Strandgut eines grausamen
Sturmes“ – Das Verhältnis ehemaliger Leipziger
Juden zur Leipziger jüdischen Nachkriegsgemeinde Seite 66

Tobias Freimüller Frankfurt am Main –
Intellektuelles Zentrum jüdischen Lebens
in der Bundesrepublik Seite 78

AUS DEM ARCHIV

Monika Halbinger/Maximilian Strnad

„Ich schäme mich nicht zu gestehen, daß ich
zutiefst ergriffen und bewegt war.“

Ein Brief des jüdischen

Sozialdemokraten Ludwig Rosenberg

an Willy Brandt zum „Warschauer Kniefall“ Seite 90

TAGUNGS- UND EXKURSIONSBERICHTE

Sarah Panter „The German Rabbinate Abroad:

Transferring German-Jewish Modernity into

the World?“ Seite 99

Michael Marx Zwischen Judenplatz und Kaffeehaus –

Wien-Exkursion des Alumninetzwerkes

des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur Seite 102

Elisabeth Rees-Dessauer „Angekommen?

Sechs Jahrzehnte jüdischen Lebens im

Nachkriegsdeutschland“ Seite 104

Anna Menny „Die Drei Kulturen und

spanische Identität(en)“ Seite 108

NACHRICHTEN UND TERMINE

Neues von Mitarbeitern und Absolventen Seite 112

Veranstaltungen Seite 114

Neues vom Freundeskreis des Lehrstuhls Seite 118

Die Autoren Seite 120

Übersicht über die Themenschwerpunkte

der bislang erschienenen Hefte Seite 127

Michael Brenner

Einleitung

Im Auftrag der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts ist seit 2007 an unserem Lehrstuhl das Forschungsprojekt „Geschichte der Juden im Nachkriegsdeutschland“ angesiedelt. Ziel ist es, eine von acht Wissenschaftlern geschriebene Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis heute vorzulegen. Im Dezember 2009 organisierte unsere Projektgruppe am Historischen Kolleg eine internationale Tagung, deren Ergebnisse hier zum Teil veröffentlicht werden. Dan Diner, einer der Autoren dieses Bandes, hielt die Eröffnungsrede der Tagung, die hier in abgewandelter Form wiedergegeben wird und in der die Frage der prinzipiellen Akzeptanz jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland gestellt wird.

Vordringlich widmet sich dieses Heft einem Aspekt der deutsch-jüdischen Nachkriegsgeschichte, der bisher nur ungenügend beleuchtet wurde. Die Struktur jüdischen Lebens in der Bundesrepublik spiegelt den Föderalismus als zentrales Ordnungsprinzip wider. So setzte sich der 1950 gegründete Zentralrat der Juden in Deutschland aus den Vertretern der verschiedenen Landesverbände zusammen. Sowohl die Verteilung der Gemeindemitglieder und ihrer Repräsentanten auf ganz Deutschland wie auch die Dezentralisierung der Strukturen jüdischen Lebens unterscheiden dieses von der Situation in vielen anderen europäischen Staaten.

Während über 90 Prozent der österreichischen Juden in Wien leben und etwa zwei Drittel aller französischen beziehungsweise britischen Juden sowie all deren zentrale Einrichtungen in Paris und London zuhause sind, sind heute nur etwas über zehn Prozent der knapp 120 000 Mitglieder der jüdischen Gemeinden Deutschlands in der Bundeshauptstadt beheimatet. Im Vergleich zu anderen Städten ist der Verlust, den Berlin während der Schoa erlitten hat, ungleich größer. Waren um 1930 etwa 170 000 Personen Mitglieder der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, so sind es heute nur noch etwa 12 000. Dagegen leben in München heute etwa ebenso viele Juden wie 1933, in manchen Städten, wie Düsseldorf, sind es sogar mehr als jemals zuvor.

Auch die wichtigsten Institutionen deutsch-jüdischen Lebens waren nach 1945 weit verstreut. Oftmals reflektierten sie

die unterschiedliche Zusammensetzung der Gemeinden. Die süddeutschen Gemeinden in der ehemals amerikanischen Zone setzten sich zumeist aus jüdischen Displaced Persons, den aus Osteuropa stammenden Holocaust-Überlebenden, zusammen, während die Gemeinden in der britischen Zone mehr deutsch-jüdische Überlebende und Rückkehrer unter ihren Mitgliedern aufwiesen. So stammten bei Gründung der Bundesrepublik 94 Prozent aller Juden Bayerns, aber nur 14 Prozent aller in Nordrhein-Westfalen lebenden Juden aus Osteuropa.

München war das Zentrum ostjüdischen Lebens. Viele von den hier gestrandeten Juden führten das traditionell-religiöse Leben aus dem Polen der Vorkriegszeit noch eine Weile weiter, richteten mehrere orthodoxe Synagogen ein und gaben noch bis in die Siebziger Jahre eine jiddische Wochenzeitung heraus. Das letzte DP-Lager bestand bis 1957 in Föhrenwald (heute ein Ortsteil von Wolfratshausen) und war eine in vielerlei Hinsicht autonome jüdische Gemeinde, in der Jiddisch die Umgangssprache war, die Geschäfte sonntags statt samstags geöffnet waren und das Geschirr vor Pessach in riesigen Blechkesseln auf der Straße kosher gemacht wurde. Auch nach Auflösung des Lagers blieb Bayern der Mittelpunkt ostjüdischen religiösen Lebens. In Fürth amtierte mit dem ehemals dem Warschauer Rabbinatskollegium angehörenden Rabbiner David Kahane Spiro die angesehenste religiöse Autorität im Nachkriegsdeutschland.

Die 1956 gegründete Rabbinerkonferenz in der Bundesrepublik, die sich vor allem aus ehemals deutschen Rabbinern zusammensetzte, nahm ihren Sitz dagegen in Frankfurt am Main. Frankfurt, wo sich um Theodor Adorno und Max Horkheimer das Institut für Sozialforschung rekonstituierte, war ab den späten Sechziger Jahren auch das Zentrum jüdischer Intellektueller, die sich um Personen wie Dan Diner, Micha Brumlik und Cilly Kugelmann sammelten. Im politischen Leben Frankfurts agierten solch unterschiedliche Akteure wie Ignatz Bubis, Michel Friedman und Daniel Cohn-Bendit. In den Achtziger Jahren waren es Frankfurter Juden, die die Aufführung des Fassbinder-Stückes *Der Müll, die Stadt und der Tod* durch eine Bühnenbesetzung verhinderten.

Der Sitz der offiziellen Vertretung der deutschen Juden war lange Zeit am Rhein, in der ehemals britischen Zone und in unmittelbarer Nähe zur Bundesregierung. In Düsseldorf befand sich der Sitz der einzigen überregionalen jüdischen Zeitung, der *Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung*. Der Zentralrat

der Juden in Deutschland hatte seine Büros ebenfalls lange Zeit in Düsseldorf, dann in Bonn, und erst mit dem Umzug der Bundesregierung zog auch er in die neue Hauptstadt. Die Zentralratspräsidenten kamen seit den Sechziger Jahren aus so unterschiedlichen Orten wie Offenbach (Herbert Lewin), Karlsruhe (Werner Nachmann), Berlin (Heinz Galinski), Frankfurt (Ignatz Bubis), Düsseldorf (Paul Spiegel) und München (Charlotte Knobloch). Als der Zentralrat 1979 eine Hochschule für Jüdische Studien gründete, wurde Heidelberg als Standort auserkoren. Dort ist seit 1987 auch das Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland angesiedelt.

Daneben gab es auch Spezialfälle. Die Saarländische Gemeinde rekrutierte sich fast ausschließlich aus Rückkehrern aus dem französischen Exil. In Hamburg ließ sich eine bedeutende Gemeinde iranischer Juden nieder. In Pforzheim stammen zahlreiche Gemeindemitglieder aus der usbekischen Provinz Buchara. Ein besonderer Fall war die Situation in den ehemals deutschen Ostgebieten. In Breslau waren nur wenige der nach Kriegsende hier lebenden Juden deutscher Herkunft, und ein Teil von ihnen ließ sich in Erfurt nieder. Wie viele andere Juden in der ehemaligen DDR verließen sie nach den anti-jüdischen Schauprozessen unter dem Spätstalinismus die DDR 1952/53 in Richtung Westen.

Dieses Heft versucht erstmals, den geographischen Besonderheiten der Juden im Nachkriegsdeutschland gerecht zu werden. Dabei ist keine Vollständigkeit angestrebt. Vielmehr werden punktuell Besonderheiten der Gemeinden von Saarbrücken bis Breslau, von Frankfurt bis Leipzig, und von Düsseldorf bis München aufgezeigt. Sie alle gewähren Einblick in laufende Forschungsarbeiten, die sich mit den betreffenden Gemeinden befassen. Berlin ist hierbei bewusst ausgeklammert. Die Stadt an der Spree beherbergte immer die größte Gemeinde im Nachkriegsdeutschland, ist jedoch erst nach 1990 zum unbestreitbaren Zentrum des jüdischen Lebens geworden. Mit dem Umzug der Bundesregierung und der Einwanderung aus der ehemaligen Sowjetunion, mit dem Umzug des Zentralrats der Juden und der *jüdischen Allgemeinen*, mit der Etablierung eines weltweit bedeutenden Jüdischen Museums und zwei Rabbinerseminaren im direkten Umfeld (einem liberalen in Potsdam und einem orthodoxen in Berlin) ist Berlin auf dem Wege dazu, wieder eine der facettenreichsten und lebendigsten jüdischen Gemeinden Europas zu werden. Auch hierin reflektiert das jüdische Leben den allgemeinen Gang der deutschen Geschichte.

Dan Diner

Skizze zu einer jüdischen Geschichte der Juden in Deutschland nach '45

Die jüdische Gemeinschaft in Deutschland nach 1945, genauer: die Juden in der Bundesrepublik von den frühen Fünfziger Jahren an, waren trotz ihrer unscheinbaren Zahl für die Juden der Welt von nicht unerheblicher symbolischer Bedeutung. Dies freilich in einem wenig schmeichelhaften Sinne. Mit ihrer Existenz im ‚Lande der Mörder‘, wie der Ort ihres Aufenthaltes mit mehr als nur einem Anflug von Abscheu geheißen wurde, repräsentierten sie einen gleichsam emblematischen Kontrast zu dem nach der Katastrophe und in Abgrenzung zu Deutschland und zu allem Deutschen sich konstituierenden jüdischen Kollektiv. So war es jener unscheinbaren Schar in Deutschland verbliebener, nach Deutschland zurückkehrender, in Deutschland gestrandeter oder nach Deutschland strebender Juden allein ihrer bloßen Präsenz am verwunschenen Ort wegen von außen her auferlegt, das Joch des Gegenteils dessen zu tragen, was anderen Juden nach der Katastrophe zum schier unabänderlichen Ingredienz ihres neuen Selbstverständnisses geworden war – eben jene zum Emblem eigener Zugehörigkeit sich verdichtende Distanz zu Deutschland und allem Deutschen zu wahren. Schon aus diesem für die Juden weltweit nach der Katastrophe im Grunde konstitutiven Merkmal wächst der winzigen Gemeinschaft nach 1949 in Deutschland verbliebener Juden schließlich eine gesamtjüdische symbolische Bedeutung zu – eine Bedeutung, die weit über ihre bloße, empirische Existenz hinausweist.

Eigentlich lastete über Deutschland und allem Deutschen ein ‚herem‘ – ein Bann: kein wirklicher Bann, keine im eigentlichen Sinne rituelle Ächtung, aber doch eine an die biblische, nach außen, gegen Fremdvölker ausgestoßene Damnation wie an eine nach innen, gegen jüdische Übeltäter gerichtete und den Ausschluss aus der Gemeinschaft der Juden nach sich ziehende Bannung gemahnende Stimmung. So jedenfalls nahm sich die Haltung der Juden weltweit aus – vor allem in dem vor dem Hintergrund der Katastrophe und als Reaktion auf sie gerade etablierten Staat Israel. So traf das fundamentale, sich

zu einer habituellen Ächtung verdichtende jüdische Empfinden das ‚Land der Mörder‘ ebenso wie die dort ihren Wohnsitz nehmenden Juden. In mancher Hinsicht mochte der ihnen gegenüber empfundene Grimm gar tiefer reichen. Es hieß, sie brächten Schande über die Juden.

Überwiegend waren die 1949 in Deutschland verbliebenen oder zunehmend in der Bundesrepublik sich niederlassenden Juden selbst Teil dieser zu einem kollektiven Habitus sich verdichtenden Stimmung gewesen. Sie webten mit an dem sie ächtenden Narrativ. Schließlich empfanden auch sie ihr Dasein in Deutschland als ungebührlich, in mancher Hinsicht gar als verwerflich. So gesehen lässt sich die inzwischen weit über die Lebensdauer einer Generation hinausreichende Geschichte der Gemeinschaft der Juden in Deutschland seit den frühen Fünfziger Jahren als die Geschichte einer Ablösung erzählen – der schrittweisen Ablösung von einem von Anfang an auf ihr lastenden Bann.

Eine solche sukzessive Ablösung erfolgte im Verlauf eines komplexen Prozesses, in dem ein Ineinandergreifen äußerer wie innerer Tendenzen zu beobachten ist. So ist eine makrohistorische Konstellation zu diagnostizieren, in der zwei getrennte Räume durch die Folgen einer wirkmächtigen Vergangenheit aufeinander bezogen sind. Hier ist von der während des Kalten Krieges erfolgenden Verwandlung der Bundesrepublik Deutschland ebenso die Rede wie von den nicht enden wollenden Verstrickungen des Staates Israel im notorischen Nahost-Konflikt. Dazu parallel und mit der großen Konstellation verbunden stehen die heute als geschichtspolitisch dominierten Vorgänge der inneren Verwandlung Deutschlands in die Bundesrepublik, von Nation in Gesellschaft – und schließlich nach vierzig Jahren die Verwandlung des Gemeinwesens der Bundesrepublik in ein europäisch integriertes Deutschland. Die Transformationen der Juden in Deutschland wiederum erfolgen parallel zu dieser Verwandlung, ohne mit ihr indes direkt synchronisiert zu sein – sieht man von dem für die jüdische Gemeinschaft schier epochemachenden Umstand vorläufig einmal ab, dass mit dem Fall des Kommunismus, dem Untergang der Sowjetunion und der Vereinigung Deutschlands in den aufeinanderfolgenden Wendejahren 1989/90/91 sich die jüdische Gemeinschaft durch eine massive Immigration vormals sowjetischer Juden demographisch derart fundamental verändert, dass längerfristig mit einer gänzlich verwandelten deutschen Judenheit zu rechnen sein wird. Indes

gestattet diese neuere Entwicklung noch keinen Blick zurück. Umso mehr erlaubt eine derartige Zäsur eine historisierende Schau auf die alte bundesrepublikanische Judenheit. Ihre Geschichte kann aus heutiger Sicht in der Tat als abgeschlossen gelten.

Der Blick zurück hat sich – um vom allein möglichen historischen Zugriff zu reden – des Umstandes zu versichern, dass die Geschichte der nach 1945/50 auf dem Boden Deutschlands beziehungsweise der Bundesrepublik sich versammelnden Juden nicht allein aus sich heraus angemessen erzählt werden kann. Vielmehr ist sie in ein Umfeld einzubetten, in dem sich makro- und mikrohistorische Konstellationen überlagern. Erst ein solcher Zugriff macht die Erzählung der Geschichte einer zahlenmäßig unscheinbaren, indes symbolisch überaus interessanten jüdischen Gemeinschaft sinnvoll, zumal diese Gemeinschaft in einem damaligen Epizentrum einer raum-zeitlichen Zone politischer Verwerfungen und zugleich auf dem Boden eines gebrandmarkten Landes gelegen ist, dessen Bedeutung für das Selbstverständnis der Juden der Welt angesichts der Nachwirkungen der Katastrophe über lange Dauer die Bedeutung eines Brennglases historischer Wahrnehmung schlechthin gewinnt. So weist die Geschichte der Juden in Deutschland in der hier interessierenden Epoche weit über diese selbst hinaus.

Mehrheitlich stellten die in der Bundesrepublik verbliebenen Juden so etwas wie die Endmoräne einer Entwicklung dar, die den Ereignissen des Zweiten Weltkrieges auf dem Fuß folgte. Eine solche auf den ersten Blick triviale Feststellung nimmt bei näherem Ansehen etwas andere Konturen an als zunächst erwartet. Zwar waren alle sich damals auf dem europäischen Kontinent aufhaltenden Juden in der einen oder anderen Weise Opfer des später als Holocaust bewusst gewordenen Ereignisses gewesen. Indes erlaubt eine genauere Beobachtung der Vorgänge, die sie – von mit Kriegsende sich auf deutschem Gebiet wiederfindenden direkten Opfern der Nazis abgesehen – nach Deutschland verschlugen, eine etwas andere Wahrnehmung. Tatsächlich gelangte die überwiegende Zahl der sich in Deutschland, genauer: in der amerikanischen Besatzungszone, übergangsweise zusammenfindenden Juden dorthin aus Gründen, die sich erst nach dem Kriege und weiter östlich abgespielt hatten. Von den jeweiligen konkreten Ereignissen hier absehend, bildeten sich unmittelbar mit der Beendigung des Krieges im Bereich des östlichen Mitteleuropa die Konturen einer

politischen wie gesellschaftlichen Konstellation aus, die dort eine weitere jüdische Existenz wenig aussichtsreich erscheinen ließen. Zwei Tendenzen verschränkten sich ineinander: die Sowjetisierung der politisch später so genannten Länder Osteuropas bei gleichzeitiger – und vor diesem Hintergrund paradox erscheinender, indes von ersterer durchaus ermöglichten – Tendenz zu ihrer zunehmenden Nationalisierung. Beides: die soziale Sowjetisierung wie die ethnische Homogenisierung dieser Länder („Volksdemokratien“) – von Polen, der Tschechoslowakei über Ungarn bis Rumänien (von der Sowjetisierung des Baltikums und anderer, nunmehr der Sowjetunion zugehöriger Gebiete ganz abgesehen) – führte dazu, dass die dort nach dem Krieg sich wiederfindenden Juden und vor allem solche Juden, die sich während des Krieges in das Innere der Sowjetunion, vornehmlich in den Bereich der asiatischen Republiken geflüchtet hatten, bei der Rückkehr in ihre Heimatorte auf einen notorischen, durch die Vorgänge des Krieges verschärften indigenen Antisemitismus stießen. Es waren dieser Antisemitismus und die für eine jüdische Existenz mit ihrer von der Umwelt unterschiedenen Sozialstruktur wenig erbauliche Transformation dieser Gemeinwesen in ethnisch homogene wie gesellschaftlich kollektivistische Regime, die zu jener sich in die amerikanische Besatzungszone in Deutschland ergießenden jüdische Bevölkerungsbewegung führten. Angesichts der alles in ihren Sog ziehenden Ereignisse des Zweiten Weltkrieges und des zunehmend in den Kern seiner Wahrnehmung rückenden Holocaust mag der Fokus auf die im Zeichen der Sowjetisierung sich wandelnden Verhältnisse in den vormals traditionell von Juden bewohnten Regionen unmittelbar nach 1945 als auf einen wesentlichen raum-zeitlichen Ursprungskontext verweisen anmuten. Indes findet er sich durch die ereignisgeschichtlichen Vorgänge ebenso bestätigt wie durch die von der Masse eben jener Personen gemachten Erfahrungen, die sich in den vornehmlich in der amerikanischen Besatzungszone errichteten Lagern als Displaced Persons (DPs) wiederfanden.



Dan Diner während seines Eröffnungsvortrages für die Konferenz „Angekommen? Sechs Jahrzehnte jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland“

Diese raum-zeitliche Konstellation von sozialer und ethnischer Homogenisierung im sich politisch verwandelnden Osteuropa sollte, wenngleich – verglichen mit der unmittelbaren Nachkriegszeit – in weit geringerem Ausmaß, auch später für die verbliebene und dann anwachsende jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland konstitutiv werden. Weil die Bundesrepublik das geographisch wie kulturell östlichste Land des politischen Westens geworden war, war sie so etwas wie ein durch die historischen Umstände der Zeit geradezu natürlich sich anbietendes Terrain für die aus dem Osten nach Westen sich in Bewegung setzenden Juden. Beides – die Lage der Bundesrepublik als Frontstaat wie als Schaufenster des Westens – ebenso wie ihre den Juden aus dem Osten historisch irgendwie doch vertraute Sprache und Kultur, stellen in der Phase des sich anbahnenden Kalten Krieges wie der durch den Korea-Boom 1950 sich sprunghaft verbessernden Wirtschaftsleistung jenes größere Umfeld her, auf dem sich die Gemeinschaft der Juden in Deutschland herausbildet. Dabei wird sie von einer beständig sich auswirkenden Selbstablehnung begleitet.

Zu dieser raum-zeitlichen Großkonstellation nach 1945 treten weitere Entwicklungen hinzu, die für den Konstitutionsprozess der Juden in Deutschland bedeutsam sind. In erster Linie ist die gewichtige Komponente der Restitution zu nennen. Weniger die von den Westalliierten, vornehmlich den Amerikanern, unmittelbar nach dem Krieg erlassenen Verfügungen der Wiedereinsetzung der von den Nazis enteigneten und in ihren Rechten beeinträchtigten Eigentümer sind hier von Interesse als das vornehmlich internationale jüdische Organisationen und bald darauf auch den Staat Israel auf den Plan rufende Phänomen des erbenlosen Eigentums. Dem Phänomen eines fast vollständigen Genozids entsprungen gebar das erbenlose Eigentum zum Zwecke seiner Restitution das einen derartigen Rechtsanspruch erhebende jüdische Kollektiv aus sich heraus. Um einen solchen Anspruch realisieren zu können, erhob die eigens hierfür begründete Jewish Restitution Successor Organization (IRSO) in jener fundamentalen Phase des Überganges eben jene, aus Gründen der Praktikabilität vornehmlich in der amerikanischen Besatzungszone realisierbare Forderung. Dies zog erhebliche Konflikte nicht nur hinsichtlich der Verfügung über das Eigentum nach sich, sondern auch Konstellationen konfligierender Zugehörigkeit unter den Juden selbst. So beanspruchten um ihre Wiedererrichtung bemühte jüdische

Gemeinden, soweit sie die Nachfolgeschaft der von den Nazis aufgelösten Vorkriegsgemeinden reklamierten, auch deren Vermögen für sich. Es handelte sich vornehmlich um Liegenschaften wie Gemeindehäuser, Hospitäler, Altenheime und Friedhöfe. Dieser wie selbstverständlich anmutende Anspruch zog indes gewaltige Verwerfungen insofern nach sich, als er sich in einen geradezu konstitutionellen Gegensatz zu den Forderungen nach eben diesem Eigentum durch das jüdische Kollektiv außerhalb Deutschlands stellte – das Kollektiv des jüdischen Volkes. So trat neben der an einen Bann gemahnenden Ächtung der in Deutschland zu bleiben trachtenden Juden ein Gegensatz zur Instanz des ‚jüdischen Volkes‘ als Rechtsnachfolger der Hingemordeten ein, zu einem Kollektiv, dessen Teil sie selbst waren und dem sie unter allen Umständen anzugehören bestrebt waren – eine Konstellation von einer nicht immer als solche erkannten tiefen und liturgische Dimensionen aufwühlenden Bedeutung.

Im Streit und Ungemach in Sachen Restitution zwischen auf einer vorausgesetzten Rechtskontinuität zur Vorkriegsgemeinde pochenden Wiederbegründung jüdischer Gemeinden einerseits und dem Vorhaben internationaler jüdischer Organisationen, im Namen des jüdischen Volkes restituiertes Gemeindeeigentum in Geldmittel, Güter oder als Kult- und Kulturgegenstände im Sinne des jüdischen Volkes außer Landes zu bringen, andererseits fanden sich letztendlich dramatische Fragen jüdischer Zugehörigkeit chiffriert. Die an einen Bann gemahnende Ächtung der sich in Deutschland versammelnden Juden, verbunden mit der Frage nach dem als erbenlos reklamierten Gemeindeeigentum, markierten ein sich über Jahre hinweg ziehendes Spannungsverhältnis zwischen den Juden in Deutschland und den Juden in der Welt. Dieses Spannungsverhältnis durchzog in unterschiedlicher Gestalt das Selbstverständnis der Juden in Deutschland als beständiges Problem. Dagegen nehmen sich die später immer wieder zum Gegenstand des Interesses gewordenen Reibungen zwischen den im Lande verbliebenen oder wieder nach Deutschland zurückgekehrten deutschen Juden und den sich den wiederhergestellten jüdischen Gemeinden anschließenden, aus dem nunmehr sowjetisierten Osteuropa stammenden Juden, mehrheitlich ehemalige DPs, eher sekundär aus. So mochten hier und da Fragen des ‚minhag‘ (des religiösen Ritus) zu Konflikten innerhalb der Gemeinden geführt haben, vor allem dann, wenn der jeweils örtliche Ritus sich mit Fragen von Kontinuität und Neu-

begründung vermischte. Die grundlegende Spannung indes war die zwischen den aus verschiedenen Judenheiten und Erfahrungsgeschichten sich zusammensetzenden Juden in Deutschland und den Juden der Welt, eben jene Konstellation, die in ihren Folgen an die Stimmungslagen eines rituellen Banns erinnerte.

Die Etablierung, Verwandlung und letztendlich auch die Selbstannahme der Juden in Deutschland erfolgte über eine Dauer von Jahrzehnten. Wesentlich und in aller hier gebotenen Kürze lassen sich folgende, gleichsam grundlegende Komponenten festhalten: An erster Stelle zu nennen ist die so genannte Wiedergutmachung auf der Grundlage des Globalabkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland einerseits, dem Staate Israel sowie den außerisraelischen Repräsentanten des jüdischen Volkes in Gestalt der hierfür etablierten Claims Conference andererseits: des Luxemburger Abkommens 1952. Mit diesem Abkommen und seiner praktischen Umsetzung war eine sich stetig auswirkende Verwandlung des Verhältnisses zwischen den Juden der Welt und Deutschland in Gestalt der Bundesrepublik eingeleitet worden. Es war zugleich ein Abkommen, das zu einer stetigen Aushöhlung des informellen Banns führen sollte. Die Juden in Deutschland und ihre Vertreter, obschon an diesen Vorgängen nur am Rande beteiligt, konnten aus dieser davon angestoßenen langfristigen Verwandlung indirekt Anerkennung schöpfen. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Staat Israel und der Bundesrepublik im Jahre 1965 wurde von einem anderen Ereignis – dem Juni-Krieg 1967 („Sechs-Tage-Krieg“) – überwölbt und erlaubte in einem Zustand der Euphorie den Juden in Deutschland, Aufnahme im Schoße der Juden der Welt zu erfahren. So gesehen verläuft die Linie der Anerkennung der Juden in Deutschland durch die Juden der Welt wesentlich über die Verwandlung, die von den Beziehungen zwischen Israel und der Bundesrepublik ausgegangen waren. Ihre innerjüdische Anerkennung ebenso wie ihr jüdisches Selbstwertgefühl stehen zur deutsch-israelischen Annäherung in einem als sekundär zu erachtenden Verhältnis. Demnach ist es in erster Linie die sich Deutschland annähernde Staatsraison Israels gewesen, die wie nebenbei zur Erosion der jüdischen Ächtung der Juden in Deutschland beitrug. Und durch den Juni-Krieg von 1967 erfährt sie ihren großen Umschlagspunkt.

Mit der innerjüdischen Anerkennung der Juden in Deutschland war das Problem der Selbstächtung der Juden dort freilich

nicht beendet. Zwar schien auf der Ebene der Symbolpolitik so etwas wie eine institutionelle Normalisierung eingetreten zu sein, nicht aber im eigenen Selbstverständnis. Dort verharrte sie noch in einer etwa zwanzigjährigen Inkubationszeit, in der sich eine mikrologisch erkennbare Verwandlung abzeichnet. Diese lässt sich anhand der Verwerfungen sichtbar machen, die mit dem Hinaustreten der Juden in Deutschland aus einer vorzugsweise privaten Verborgenheit in den öffentlichen Raum verbunden waren. Bis etwa Mitte der Achtziger Jahre waren die Juden nicht öffentlich aufgetreten, jedenfalls nicht als Kollektiv. Bis dahin verstanden sich Juden in Deutschland in ihrer Mehrheit als dort nur vorübergehend, also als „privat“ ansässig, will heißen: Sie enthielten sich einer Beteiligung am öffentlichen Geschehen, was ansonsten die Absicht von Bleiben indiziert hätte. Nicht, dass einzelne Personen und Persönlichkeiten jüdischer Herkunft nicht auch öffentlich aufgetreten wären. Auch jüdische Repräsentanten waren in öffentlichen Auftritten und Verlautbarungen nicht gerade zurückhaltend. Aber sie entsprachen darin im Großen und Ganzen den Erwartungen, die in sie von den Institutionen des Staates gesetzt worden waren, ebenso wie sie sich ihrerseits an die Formen einer ihnen zugewiesenen Rolle eines ritualisierten Sprechens und Mahnens hielten.

Eine qualitative Veränderung und damit ein Übergang von der Existenz im Privaten zum öffentlichen Auftritt in kollektiver Gestalt wird anhand der Beteiligung von Juden an den zentralen und mit ihrem Bilde verbundenen Kulturkonflikten Mitte der Achtziger Jahre sichtbar. Sich als Juden öffentlich zu äußern und dies in einem wesentlich in Verbindung mit dem zunehmenden, auch das allgemeine Bewusstsein ergreifenden Diskurs über die NS-Vergangenheit und der Präsentation eines zur deutschen Mehrheitskultur gegenläufigen, jedenfalls sich auch partikular und als solchen ausweisenden jüdischen Gedächtnisses, mag innerjüdisch als der eigentliche Schritt aus den Kautelen jener Ächtung betrachtet werden, die der Existenz von Juden in Deutschland nach 1945 als beständiger Makel eingeschrieben war. Der Auftritt in der Öffentlichkeit in Gestalt eines als kollektives jüdisches Wir sich ‚outenden‘ Bewusstseins evozierte alle zuvor mit einem Tabu belegten Fragen nach der eigenen Existenz im ‚Lande der Mörder‘ – mit dem Unterschied, dass diese nunmehr als öffentliche verhandelt wurden. Dass diese Verwandlung der Juden in Deutschland aus dem von ihnen präferierten Privaten

in den durchaus als prekär erachteten Raum der Öffentlichkeit wesentlich generationell verschoben erfolgte und ihrerseits auf einen ihr vorausgegangenen und lang andauernden untergründigen Prozess stiller Transformation setzen konnte, lässt jenen damals erfolgenden Umschlag nicht weniger dramatisch erscheinen.

Diese Phase schließt an den ruckartig eintretenden Abschluss der Epoche des sich nach 1945/50 konstituierenden Judentums in Deutschland an. Mit dem Ende der alten Bundesrepublik und der Wiederkehr eines gänzlich verwandelten Deutschland fallen auch die letzten Reste jener Ächtung von den Juden in Deutschland ab, die ihre Existenz über vier Jahrzehnte, die Zeit einer biblischen Generation, begleitet hat. Förmlich weggeschwemmt werden die Ingredienzien einer solchen Ächtung durch den sie alleine ihrer Zahl nach bei weitem übersteigenden Zustrom vormals sowjetischer Juden in die neue Bundesrepublik als das vereinigte Deutschland – und dies aus Gründen eines diesen Zustrom erleichternden Zugangsprivilegs ebenso wie aus der kulturellen wie politisch-geographischen Nähe zu ihren Ursprungsorten heraus. Indem sie Deutschland zum Land ihrer Wahl machten – und dies wiederum in einer an die frühe Vergangenheit gemahnenden Parallelität zur gegenläufig aufgeladenen Konstellation zwischen dem damals etablierten Staat Israel und den im Zustand der Ächtung verharrenden Juden in Deutschland, diesmal aber ohne auf einen in ihnen selbst wirkenden Resonanzboden einer Ablehnung Deutschlands und alles Deutschen zu stoßen –, werden sie eine Veränderung der Grundkonstellation der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland nach sich ziehen, die auf so etwas hinausläuft wie die Begründung eines zweiten deutschen Judentums nach 1945.

BILDNACHWEIS
Thomas Hauzenberger

Tamar Lewinsky

Jüdische Displaced Persons im Nachkriegsmünchen

Am späten Vormittag des 10. August 1949 wurde der Münchner Friedensengel Zeuge eines blutigen Straßenkampfes, den sich jüdische Demonstranten und deutsche Polizisten im Stadtteil Bogenhausen lieferten. Sieben jüdische Displaced Persons (DPs) wurden verletzt. Drei davon mussten wegen schwerer Schussverletzungen hospitalisiert, mehr als zwanzig Polizisten wegen Platz- und Schürfwunden, die ihnen mit Stöcken und Steinen beigebracht worden waren, ärztlich versorgt werden. Ein Polizeiwagen brannte komplett aus. Der eigentliche Tathergang konnte aufgrund der widersprüchlichen Aussagen nicht endgültig rekonstruiert werden.¹ Klar ist jedoch, dass sich an diesem Tag rechts der Isar seit der vielbeschworenen ‚Stunde Null‘ unterdrückte Emotionen gewaltsam entluden. Was hatte das fragile Gefüge gegenseitiger Duldung aus dem Gleichgewicht gebracht?

Einen Tag zuvor hatte die Süddeutsche Zeitung das Schreiben eines Lesers publiziert, der unter dem Pseudonym Adolf Bleibtreu firmierte und damit seiner Gesinnung deutlich Ausdruck verlieh. Bleibtreu, dessen wirkliche Identität die Polizei erfolglos zu ermitteln versuchte, äußerte sich in seinem Leserbrief in bester Stürmer-Manier über den kleinen Rest an Juden in Deutschland.² Sein Brief war eine der zahlreichen Leserzuschriften, die im Zusammenhang mit einem Leitartikel zur Situation der Juden in Deutschland mit dem Titel „Judenfrage als Prüfstein“ bei der *Süddeutschen Zeitung* eingegangen waren.³

¹ Die oft widersprüchlichen Zeitzeugenberichte und Korrespondenzen zu diesem Zwischenfall finden sich in: Stadtarchiv München (StAM), Polizeidirektion, 932; YIVO Institute for Jewish Research, RG 1015, Box 1; Leo Baeck Insitute Archives New York (LBI), Grossmann, Reel 2. Sowohl die in- als auch die ausländische jüdische und nichtjüdische Presse berichtete im August 1949 über die Ausschreitungen.

² Adolf Bleibtreu: Briefe an die SZ. In: Süddeutsche Zeitung vom 9.8.1949. Zu den erfolglosen Ermittlungen im Fall Bleibtreu siehe: StAM, Polizeidirektion, 932, Ermittlungsbericht, München, 7.12.1949.

³ W. E. Süskind: Judenfrage als Prüfstein. In: Süddeutsche Zeitung vom 2.8.1949. Siehe dazu auch Anthony Kauders: *Democratization and the Jews*. Munich, 1945–1965. Nebraska 2004, S. 139 f.

Als Reaktion auf den Abdruck dieser eindeutig antisemitischen Leserbriefzurschrift wurde zu einer Protestkundgebung im Hof der DP-Synagoge an der Neuberghauser Straße aufgerufen. Neben dem Rabbiner der Israelitischen Kultusgemeinde, Aaron Ohrenstein, trat als Hauptredner auch der Staatskommissar für rassisch und politisch Verfolgte, Philipp Auerbach, in Erscheinung (um dessen Person sich bald ein Skandal entwickelte, der die Bleibtreu-Affäre weit überschatten sollte). Im Anschluss an die Kundgebung brach eine zunächst kleine Gruppe jüdischer Displaced Persons in Richtung des Redaktionsgebäudes der *Süddeutschen Zeitung* auf. Unterwegs riefen sie jüdische Händler und Passanten dazu auf, sich der spontanen und nicht genehmigten Demonstration anzuschließen. Kaum eine halbe Stunde war verstrichen, als sich mehrere Hundert Personen vor dem Hebräischen Gymnasium versammelten, um dann in geschlossenen Reihen bis zum Friedensengel zu marschieren. Die berittene Polizei versuchte vergeblich, die Demonstranten zu zerstreuen. Die Situation eskalierte.

Die Unruhen um den Bleibtreu-Brief, die weit über die Isarstadt hinaus nachhallten, sollen in diesem Beitrag die komplizierte Gemengelage illustrieren, die das jüdische München in der unmittelbaren Nachkriegszeit und darüber hinaus charakterisierte. Dabei geht es nicht darum, die tatsächliche Chronologie der Ereignisse zu rekonstruieren. Vielmehr soll diskutiert werden, welcher gesellschaftlichen Konstellationen es bedurfte, um diese auszulösen.

Juden im München der frühen Bundesrepublik

Auf den Ruinen der Hauptstadt der nationalsozialistischen Bewegung war nach Kriegsende bald ein Zentrum der Displaced Persons entstanden, derjenigen Menschen also, die als KZ-Häftlinge oder Zwangsarbeiter unfreiwillig nach Deutschland gebracht worden waren. Unter ihnen befanden sich auch jüdische Überlebende aus den Konzentrationslagern in Süddeutschland. In den folgenden Monaten stieg die Zahl der Juden in München und im Landkreis um ein Vielfaches an, nachdem sich eine Massenflucht vor allem polnischer Juden in Richtung Westen etabliert hatte.

München war ein attraktives Ziel für diese Flüchtlinge, da sich dort nicht nur internationale Organisationen und die Alliierten, sondern auch das städtische DP-Komitee und das Zentralkomitee der befreiten Juden in der amerikanischen Besat-

zungszone mit ihren zahlreichen Abteilungen eingerichtet hatten. Ausgerechnet in München erblühte deshalb für einen begrenzten Zeitraum eine osteuropäisch-jüdische Kultur. Die Stadt war gleichzeitig auch wirtschaftliches Zentrum der DP-Gesellschaft: Besonders der Bereich um die Möhl- und Siebertstraße im Stadtteil Bogenhausen war zu einem Handelszentrum nicht nur für die Münchner Juden, sondern auch für die Bewohner der DP-Lager wie etwa Feldafing und Föhrenwald herangewachsen und wurde häufig mit dem untergegangenen jüdischen Kleinhandelsviertel Warschau um die Nalewki-Straße verglichen. Ende 1947 waren beim städtischen Jüdischen Komitee über 7 200 DPs gemeldet, und bis April des Folgejahres stieg ihre Zahl weiter auf 7 648 an. Überdies zog es jeden Tag Hunderte weitere Personen aus den umliegenden DP-Camps und Gemeinden nach München.⁴

Während sich durch die Emigrationsmöglichkeiten nach der Staatsgründung Israels und die Reformen der US-amerikanischen Einwanderungsgesetze 1948 die Zahl der jüdischen DPs in der Besatzungszone dramatisch verringerte und die Flüchtlingslager sukzessive geschlossen werden konnten, blieb München weiterhin Anziehungspunkt für die osteuropäischen Juden. Erst mit der Schließung des letzten jüdischen DP-Camps Föhrenwald im Winter 1957 und der Übersiedlung seiner Bewohner nach München und in andere deutsche Großstädte kam die Zuzugsbewegung zum Abschluss.

Dagegen war die Zahl der deutschen Juden, die nach dem Krieg nach München zurückkehrten oder dort überlebt hatten, um ein Vielfaches geringer: Knapp 400 als Juden verfolgte Personen erlebten das Kriegsende in der Stadt. Nur vier von ihnen waren als „Volljuden“ kategorisiert, während alle anderen Personen dank nichtjüdischer Ehepartner in „Mischehen“ und „privilegierten Mischehen“ oder aber als „Geltungsjuden“ von



1 Eröffnung der Synagoge an der Neuberghauser Straße (1946)

⁴ International Tracing Service, Bad Arolsheim (ITS), F18–151, Jewish Committee an Zentralkomitee. Statistische Angaben. München, 30.11.1947; zu München als DP-Zentrum siehe Tamar Lewinsky, Anthony Kauders: Neuanfang mit Zweifeln. In: Richard Bauer, Michael Brenner (Hg.): Jüdisches München. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 2006, S. 187–195.

der Deportation verschont geblieben waren.⁵ Ungefähr 160 weitere Münchner Juden kehrten aus Theresienstadt zurück – fast zehnmal so viele waren zwischen Juni 1942 und Februar 1945 in das Konzentrationslager deportiert worden.⁶ Von den im März 1946 registrierten 2 800 Mitgliedern der Israelitischen Kultusgemeinde München, die im Juli 1945 gegründet worden war, waren nur knapp achthundert schon vor dem Krieg in München beheimatet gewesen.⁷ Die meisten der neuen Mitglieder, die sich in den ersten Nachkriegsjahren der Kultusgemeinde anschlossen, stammten aus Osteuropa.

Doch sowohl in der Gemeinde als auch im öffentlichen Leben blieben die Berührungspunkte zwischen den DPs und den deutschen Juden gering, und alte Vorurteile zwischen Ost und West wurden auch nach dem Holocaust weiter tradiert. Dabei spielten die kulturellen Unterschiede ebenso eine Rolle wie unterschiedliche Konzeptionen einer jüdischen Zukunft in Deutschland. Nicht zuletzt belasteten ökonomische Zwistigkeiten um die Zuteilung von Hilfsgütern aus dem Ausland die Beziehungen zwischen dem städtischen DP-Komitee und der Kultusgemeinde München.

Jüdische Reaktionen auf den Bleibtreu-Brief

Es ist daher nur natürlich, dass die beiden jüdischen Gruppen unterschiedliche Wege suchten, um dem heiklen Umgang der *Süddeutschen Zeitung* mit der Pressefreiheit zu begegnen. Für die deutschen Juden in München, die sich im Demokratisierungsprozess in der Rolle einer moralischen Instanz verstanden, musste die Auseinandersetzung mit Bleibtreu rechtsstaatliche Wege gehen. Die Kultusgemeinde, deren Vorstand sich ausnahmslos aus deutschen Juden zusammensetzte, beantragte daher am 11. August die Einleitung eines Verfahrens gegen die verantwortlichen Redakteure Edmund Goldschagg und W. E. Süskind,⁸ das aber abgelehnt wurde.

⁵ Maximilian Strnad: Zwischenstation „Judensiedlung“. Verfolgung und Vertreibung der jüdischen Münchner. München 2010.

⁶ Stadtarchiv München (Hg.): „... verzogen, unbekannt wohin“. Die erste Deportation von Münchner Juden im November 1941. Zürich, München 2000, S. 15; Stadtarchiv München (Hg.): Biographisches Gedenkbuch der Münchner Juden 1933–1945, Bd. 2 (M–Z). München 2007, S. 894.

⁷ Lewinsky, Kauders: Neuanfang mit Zweifeln (wie Anm. 4), S. 185 f.

⁸ Van Wagoner schreibt an „Adolf Bleibtreu“. In: Neue Zeitung vom 13.8.1949.



2 Demonstration in der Möhlstraße

Deutsche Juden, die sich nicht durch die Zugehörigkeit zur Nachkriegsgemeinde der Stadt verbunden fühlten, konnten vorbehaltlos über die Zwischenfälle reden. Die Stimme Wolfgang Hildesheimers, der 1946 als Übersetzer bei den Nürnberger Prozessen nach Deutschland zurückgekommen war und sich für einige Zeit am Starnberger See niedergelassen hatte, mag dies zum Ausdruck bringen. Der Künstler und Schriftsteller nahm an der Veröffentlichung des antisemitischen Leserbriefs durch eine unabhängige Zeitung keinen Anstoß. Würde doch, so Hildesheimer, der deutschen Öffentlichkeit durch die Publikation ins Bewusstsein gerufen, dass die Entnazifizierung noch lange nicht abgeschlossen war. Er teilte damit die Ansicht der verantwortlichen SZ-Redakteure.⁹ „Aber“, urteilte er lakonisch in einem Brief an seine Eltern, „die D.P.s dachten nicht so, veranstalteten eine Demonstration und zogen die Straße entlang und drohten das Gebäude der Zeitung anzugreifen, und nun griff die Polizei, die vorher noch die military police herbeigerufen hatte, ein, und dabei gab es wieder Verwundete auf beiden Seiten [...] So ist die Sache. Es ist kein Zweifel, dass es noch viel Antisemitismus hier gibt, der aber auch leider immer wieder durch das Treiben der D.P.s geschuert wird. Da lässt sich nichts machen.“¹⁰

⁹ Vgl. W. E. Süskind: „Judenfrage als Prüfstein“. In: Süddeutsche Zeitung vom 13.8.1949.

¹⁰ Archiv der Akademie der Künste, Berlin, Hildesheimer 12.3.1947–27.3.1954, Brief an die Eltern vom 25.8.1949. Abdruck mit

Tatsächlich sahen die osteuropäisch-jüdischen DPs in der Publikation von Bleibtreus Hetzrede nur einen weiteren Beweis für das Fortleben antisemitischen Gedankenguts in weiten Teilen der Bevölkerung und ein Versagen alliierter Entnazifizierung und Demokratisierungsbemühungen während der Besatzungszeit. Rabbiner Ohrenstein und Philipp Auerbach hatten bei der Kundgebung vom 10. August vergeblich dazu aufgerufen, von weiteren öffentlichen Manifestationen abzusehen. So malten die Demonstranten nach Berichten der *Neuen Zeitung* Hakenkreuze auf die Polizeiwagen und wiesen damit symbolisch auf eine Kontinuität des Dritten Reichs auch über den 8. Mai 1945 hinweg hin.¹¹ Auf einem der mitgetragenen Transparente, deren Stangen dann als Schlagstöcke gegen die Polizei Verwendung fanden, war unter anderem zu lesen: „Nieder mit dem ‚Stürmer‘ von 1949 der Süddeutschen Zeitung“.¹² Es ist hervorzuheben, dass bis zum Sommer 1949 offene Konfrontationen dieser Größenordnung weder in München, noch in anderen deutschen Städten vorgekommen waren. Racheaktionen und direkte Auseinandersetzungen der DPs mit der deutschen Bevölkerung waren unüblich. Sie fanden höchstens auf symbolischer Ebene statt und beschränkten sich auf journalistische Äußerungen. Die jüdischen Flüchtlinge wollten ihre ohnehin prekäre Situation nicht zusätzlich verschärfen.

Jetzt allerdings gab es wenig zu verlieren. Denn ihr wichtigstes politisches und nationales Ziel war mit der Staatsgründung Israels 1948 erreicht, und in Deutschland bleiben wollten ohnehin die wenigsten der zu diesem Zeitpunkt kaum 50 000 DPs in den westlichen Besatzungszonen.¹³

Deutsche Schaulustige und die öffentliche Meinung

Zahllose deutsche Schaulustige hatten die Ausschreitungen beim Friedensengel beobachtet und erteilten der Polizei später nicht nur bereitwillig Auskunft über das Geschehene, sondern übertrafen sich gegenseitig in ad-hoc-Analysen des Vorfalls.

freundlicher Genehmigung von Christa Geitner und Silvia Hildesheimer und des Suhrkamp Verlags.

¹¹ Zitiert nach: Michael Brenner: *Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950*. München 1995, S. 81.

¹² StAM, Polizeidirektion 932, Bericht Geigenberger. München, 10.8.1949.

¹³ Abraham S. Hyman: *Displaced Persons*. In: *American Jewish Year Book* 51 (1950), S. 315 und 317.

So berichtete ein Münchner Bürger, der sich explizit als „Kein Nazi!“ auswies, unaufgefordert über seine Beobachtungen und bestritt im selben Atemzug, dass es sich bei den jüdischen Geschäftsleuten an der Möhlstraße um Verfolgte handele, „sondern um den Auswurf, die Hefe und den Abschaum von Elementen, die nie verschleppt wurden, sondern sich, um geregelter Arbeit aus dem Wege zu gehen, von den Oststaaten zum Teil sogar illegal u. zerlumpt hier breit machten“. In der umstrittenen Person Philipp Auerbachs erkannte der Bürger den Anführer dieser Gruppe und forderte dessen Ausweisung aus Bayern.¹⁴ Auch in anderen Zuschriften bildeten die Unruhen nur einen Vorwand, um aufgestaute Ressentiments zur Sprache bringen zu können. Das stereotype Bild der Juden in München, das in den zahlreichen Zuschriften gezeichnet wurde, bezog sich fast ausnahmslos auf die DPs. Die heimatlosen Ausländer, nicht aber die deutschen Juden, waren Stein des Anstoßes und wurden für den wachsenden Antisemitismus verantwortlich gemacht. Die Münchner waren dazu übergegangen, die Juden in zwei Kategorien einzuteilen, in deutsche Juden, die sie zu tolerieren bereit waren, und in polnische Juden, deren Anwesenheit man nicht länger dulden wollte.¹⁵

Das jüdische München an einem Wendepunkt – Fazit und Ausblick

Dass sich gerade zu diesem Zeitpunkt die aufgestauten Emotionen auf allen Seiten entluden, ist also kein Zufall. Vielmehr war es der historischen und politischen Situation geschuldet, dass Vorurteile so deutlich zum Ausdruck kamen und in Gewalt umgesetzt wurden.

Es war der letzte Sommer, in dem das jüdische Leben an der Möhlstraße, das so viele antisemitische Aversionen und Stereotypen befördert hatte, sichtbar war. Bald darauf sollte diese provisorische Handelsstraße aus dem Straßenbild des Stadtteils Bogenhausen verschwinden. Razzien wurden intensiviert, um des seit der Währungsreform ohnehin maroden Schwarzmarkts endgültig Herr zu werden. Im November 1949 schloss die Münchner Polizei sämtliche Geschäfte und inhaftierte die Besitzer. Erst im Januar – nachdem die Weihnachtssaison vor-

¹⁴ StAM, Polizeidirektion 932, Schreiben an die Polizeidirektion München, Betr.: Möhlstrasse – Gesindel. München, 12.8.1949.

¹⁵ Anthony Kauders: *Unmögliche Heimat*. München 2007, S. 28 f.

über war – durften die Geschäfte wieder geöffnet werden. Die jüdische Möhlstraße erholte sich ökonomisch nicht mehr von dem dadurch verursachten Verdienstaustausfall. Die letzten Buden und provisorisch eingerichteten Geschäfte wurden zu Beginn der Fünfziger Jahre geschlossen.¹⁶ 1950 löste sich das Zentralkomitee der befreiten Juden in Deutschland auf. Das jüdische Leben zog sich nun in den privaten und den halbprivaten Raum der jüdischen Gemeinde zurück.

Besonders für die deutschen Juden markierte der Sommer 1949 einen Wendepunkt: Wenige Wochen vor der Bleibtreu-Affäre war in Heidelberg unter internationaler Beteiligung über die Zukunft der Juden in Deutschland diskutiert worden. Wichtigstes nachhaltiges Resultat dieser Konferenz war die Gründung einer Dachorganisation aller jüdischen Gemeinden: der 1950 ins Leben gerufene Zentralrat der Juden in Deutschland. Damit begann sich eine neue Positionierung der Juden in Deutschland gegenüber den internationalen jüdischen Organisationen wie auch der jungen BRD abzuzeichnen, zu deren ersten Bundestagswahlen am 14. August an die Urnen gerufen wurde.¹⁷

Die Gemeinden in Bayern schlossen sich allerdings erst mit einiger Verzögerung dem Zentralrat an. Dies lässt sich vor allem aus ihrer demographischen Zusammensetzung erklären: Zwar hatte ein Großteil der ehemaligen DPs, denen die Hasstraden der Münchner Bleibtreus vorrangig gegolten hatten, die Stadt verlassen. Nicht wenige jedoch blieben aus wirtschaftlichen, familiären oder gesundheitlichen Gründen auf den vielzitierten gepackten Koffern sitzen. Ende der Fünfziger Jahre stellten osteuropäische Juden fast 80 Prozent der Mitglieder der Jüdischen Kultusgemeinde, Anfang der Siebziger Jahre waren es über 90 Prozent.¹⁸ An ihrem Bewusstsein, weiterhin im Land der Täter zu leben, konnten weder die Besatzungszeit noch die Entstehung der Bundesrepublik etwas ändern. Die Verurteilung Philipp Auerbachs, die Terrorakte gegen jüdische Einrichtungen und Israel in den Siebziger Jahren bestätigten

¹⁶ Leo W. Schwarz: *The Redeemers. A Saga of the Years 1945–1952*. New York 1953, S. 304 f.

¹⁷ Atina Grossmann: *Jews, Germans, and Allies. Close Encounters in Occupied Germany*. Princeton, Oxford 2007, S. 253–256.

¹⁸ Harry Maor: *Über den Wiederaufbau der Jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945*. Diss. Mainz 1961, S. 29; Michael Brenner: *Aufbruch in die Zukunft (1970–2006)*. In: Richard Bauer, Michael Brenner (Hg.): *Jüdisches München (wie Anm. 4)*, S. 209–223, hier S. 214.

für sie – ungeachtet der Solidaritätskundgebungen der Münchner Bevölkerung – die Kontinuität braunen Gedankenguts. Die ehemaligen DPs lebten weiter unter sich, in ihrer eigenen Sprache und Kultur.

Erst als die Generation ihrer Kinder Anfang der Siebziger Jahre in den Gemeindegremien und im gesellschaftlichen Leben der Stadt aktiv wurde, begann sich die bis dahin ostjüdische Gemeinde unter westjüdischer Führung nach und nach zu öffnen. Diese Generation der in Bayern geborenen DP-Kinder war es auch, die sich seit den frühen Neunziger Jahren mit einer ganz neuen Herausforderung konfrontiert sah: Eine neue Flüchtlingswelle von Juden aus Osteuropa, aus der früheren Sowjetunion, die im Gegensatz zu den DPs kaum in der jüdischen Tradition verankert waren, zog es nun an die Isar.¹⁹

BILDNACHWEIS

Abb. 1: Aufnahme von Alex Hochhäuser (Stadtarchiv München).

Abb. 2: Jüdisches Museum München.

¹⁹ Vgl. dazu in: Brenner: Aufbruch in die Zukunft (wie Anm. 18).

Anne Gemeinhardt

Der Saarländische Sonderweg

Die Synagogengemeinde Saar 1947–1955

„Das waren alles Leute, die in Frankreich gewesen waren und so ihr Leben gerettet hatten. Man wollte vor sich schauen, die Gemeinde wieder ins Leben rufen. Da hatten alle dieselben Ideen.“¹

Mit diesen Worten beschreibt Eva Stiefel, über vierzig Jahre lang Sekretärin der Synagogengemeinde Saar und Tochter von deren erstem Vorsitzenden der Repräsentanz, Edouard Lehmann, heute rückblickend die Gründe für die schnelle Wiedereinrichtung der jüdischen Gemeinde in Saarbrücken am 2. Juni 1946, unmittelbar nachdem im Nationalsozialismus nahezu jegliche jüdische Existenz auch auf dem Gebiet des heutigen Saarlandes ausgelöscht worden war.

Mögen die Worte Eva Stiefels zunächst einfach anmuten – sie fassen, wie sich im folgenden herausstellen wird, die zentralen Aspekte des Wiederaufbaus jüdischen Lebens an der Saar in der unmittelbaren Nachkriegszeit auf verblüffende Weise zusammen.

Der zeitliche und geographische Rahmen dieses Prozesses wurde durch äußere Bedingungen bestimmt, die in den Geschichtsbüchern oftmals als „Saarländischer Sonderweg“ bezeichnet werden. Das „Saargebiet“, als ein Zentrum deutscher Montanindustrie, war im Zweiten Weltkrieg stark zerstört und nach Kriegsende vom restlichen Deutschland unter der Regierung des Alliierten Kontrollrates abgetrennt worden. Nach zwei Jahren unter französischer Militärverwaltung wurde dieses kleine Territorium schließlich zu einem quasi unabhängigen Staat mit eigener Verfassung, Regierung und Währung erklärt, der sogar über eine eigene Nationalhymne, Olympiiauswahl und Fußballnationalmannschaft verfügte. Gleichzeitig wurde aber eine enge Anbindung an Frankreich, vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, in der Präambel des

¹ Interview mit Eva (geb. Lehmann) und Kurt Stiefel. Saarbrücken, 20.6.2008.

Verfassungstextes fest verankert. Diesen halbautonomen Status behielt das Saargebiet, bis dessen Bürger nach einem langwierigen Abstimmungsprozess 1955 schließlich mit großer Mehrheit entschieden, dass dieses Territorium weder französisches Departement, noch unabhängiger Saarstaat, sondern ab 1. Januar 1957 als Bundesland „Saarland“ an die Bundesrepublik Deutschland angeschlossen werden sollte.

Ausgehend von diesen besonderen Rahmenbedingungen folgte auch der Wiederaufbau jüdischen Lebens in der beschriebenen Region, verglichen mit der Situation in den anderen deutschen Besatzungszonen beziehungsweise ab 1949 in der Bundesrepublik, einem ‚Sonderweg‘. Daher sollen im folgenden Beitrag zunächst einige Aspekte der saarländischen Nachkriegsgeschichte näher beschrieben werden, die nicht nur die Rückkehr jüdischer Personen dorthin maßgeblich begünstigt haben könnten, sondern auch auf deren enge biographische Verwobenheit mit den Ereignissen in dieser Region hinweisen. Im Anschluss daran wird die Gründung der Synagogengemeinde Saar selbst im Mittelpunkt stehen, wobei die sie prägenden Persönlichkeiten ebenso vorgestellt werden wie die personelle Struktur der saarländischen Nachkriegsgemeinde. Zuletzt wird auf die Anstrengungen eines Wiederaufbaus jüdischen Lebens aus organisatorischer und religiöser Sicht eingegangen.

Bezüglich des skizzierten Themenfeldes ist die bisherige Quellenlage als sehr dürftig zu bezeichnen. Während die allgemeine saarländische Nachkriegsgeschichte in vielen Facetten aufgearbeitet worden ist², scheint in der historischen Forschung das jüdische Leben an der Saar mit dem Jahr 1945 nicht nur ein vorläufiges Ende gefunden zu haben. Allgemein ist die

² Gute Überblicke über die Geschichte des Saarlandes zwischen 1945 und 1957 bieten u. a. Ludwig Lindsmeyer (Hg.): Die Geburt des Saarlandes. Zur Dramaturgie eines Sonderweges. Saarbrücken 2007 (hg. zum fünfzigjährigen Bestehen des Saarlandes); Rainer Hudemann, Armin Heinen: Das Saarland zwischen Frankreich, Deutschland und Europa 1945–1957. Ein Quellen- und Arbeitsbuch. Saarbrücken 2007; Rainer Hudemann, Burkhard Jellonek, Bernd Rauls unter Mitarbeit von Marcus Hahn: Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960. St. Ingbert 1997 (Dokumentation einer Tagung, die zum fünfzigjährigen Bestehen der saarländischen Verfassung abgehalten wurde); Rainer Hudemann, Raymond Poidevin (Hg.): Die Saar 1945–1955. München 1990 (Dokumentation eines Kolloquiums auf Einladung des Präsidenten des Landtages des Saarlandes); und: Von der „Stunde 0“ zum „Tag X“. Das Saarland 1945–1959. Saarbrücken 1990 (Katalog zur Dauerausstellung des Regionalgeschichtlichen Museums im Saarbrücker Schloss, hg. vom Stadtverband Saarbrücken und dem Regionalgeschichtlichen Museum Saarbrücken).

jüdische Geschichte auf dem Gebiet des heutigen Saarlandes nur sehr lückenhaft aufgearbeitet worden. Als Ausnahme ist lediglich die von Albert Marx 1992 veröffentlichte Dissertation *Die Geschichte der Juden im Saarland vom Ancien Régime bis zum Zweiten Weltkrieg*³ zu nennen. Der, gemessen an den oftmals wechselnden Herrschaftsverhältnissen, weit gesteckte zeitliche und geographische Rahmen führt jedoch unweigerlich dazu, dass viele Aspekte nur oberflächlich betrachtet werden konnten. Ausführlich beschrieben, auch in einigen regionalen Einzelstudien, wurden bisher lediglich die Geschehnisse während der Zeit des Nationalsozialismus.

In den folgenden Ausführungen⁴, die fast ausschließlich auf Archivalien der Synagogengemeinde Saar und auf Zeitzeugenberichten fußen, wird somit die saarländisch-jüdische Nachkriegsgeschichte erstmals zum Gegenstand historischer Forschung.

Die Rahmenbedingungen für die Rückkehr

Die Ereignisse bis 1936

Ein erster Aspekt, der auch für die saarländische Nachkriegsgeschichte prägend sein sollte und sich in der Biographie der Mitglieder ihrer jüdischen Gemeinschaft widerspiegelt, liegt in den Ereignissen vor 1936 begründet. Nach dem Ersten Weltkrieg war das Saargebiet schon einmal vom deutschen Reich abgetrennt und 1920 für fünfzehn Jahre dem Mandat der Völkerbundsregierung unterstellt worden. Am 13. Januar 1935 sollten die Saarländer selbst über den Anschluss an das Deutsche Reich oder an Frankreich oder aber für die Einrichtung eines eigenständigen saarländischen Staates („Status quo“) abstimmen. Mit der nationalsozialistischen Machtübernahme in Deutschland hatte im Saargebiet ein zwei Jahre andauernder „Abstimmungskampf“ eingesetzt, in welchem sich Angehörige der von Joseph Goebbels unterstützten „Deutschen Front“ und Gegner des NS-Regimes gegenüberstanden. Letztere berichteten offen und unzensiert über die Greuelthaten der Nationalso-

³ Albert Marx: *Die Geschichte der Juden im Saarland vom Ancien Régime bis zum Zweiten Weltkrieg*. Saarbrücken 1992.

⁴ Vgl. Anne Gemeinhardt: *Der Wiederaufbau jüdischen Lebens im Saarland nach 1945*. Magisterarbeit, eingereicht im Jahr 2008 am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

zialisten. Übel zugerichtete Flüchtlinge, die immer wieder im unabhängigen Saargebiet ankamen, zeugten davon. Nachdem sich die Saarländer 1935 dennoch mit überwältigender Mehrheit für die Zugehörigkeit zum Deutschen Reich entschieden hatten, kam eine Vereinbarung des Völkerbundes mit dem NS-Regime zum Tragen: Für ein Jahr durfte im Saarland niemand, ob aus politischen oder aus rassischen Gründen, verfolgt werden. Im Gegensatz zum übrigen Deutschen Reich sollte in diesem Zeitraum auch jeder das Land verlassen können, ohne eine ‚Reichsfluchtsteuer‘ abtreten zu müssen. Zusätzlich wurde diesen Flüchtlingen die Erlangung der französischen Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt.⁵

Diese Ausgangssituation führte dazu, dass bis zum Ablauf der Garantiefrist zum Februar 1936 weit über die Hälfte aller saarländischen Juden – bis 1939 schließlich 90 Prozent – ihre Heimat verlassen hatten. Der überwiegende Teil der saarländischen Juden musste deshalb keine persönlichen Erfahrungen mit KZ-Haft machen.⁶

Die enge Bindung an Frankreich

Für 90 Prozent aller Juden, die das Saarland nach dem Anschluss an das Deutsche Reich verlassen hatten, war Frankreich die rettende Adresse. Allen Saarländern, die ihre Heimat verlassen mussten oder wollten (bis Mai 1936 insgesamt 4 644 Personen, davon etwa die Hälfte jüdischer Abstammung), wurde Asyl gewährt.

Viele der emigrierten Saarländer brachten ihre besondere Verbundenheit zu Frankreich dadurch zum Ausdruck, dass sie sich als naturalisierte Franzosen der französischen Armee oder der Résistance anschlossen und so letztlich an der Befreiung des Saargebietes mitwirkten. Sie gründeten Initiativen wie das „Mouvement de la Libération de la Sarre“, die den späteren Anschluss des Saarlandes an Frankreich mit vorbereiten sollten. Nach dem Krieg zeichnete sich schließlich zunächst ab, dass dieses Territorium als französisches Departement an Frankreich angeschlossen werden würde. Für viele saarländische Juden spielte die Aussicht darauf eine entscheidende Rolle bei

⁵ Marx: Die Geschichte der Juden (wie Anm. 3), S. 195 f.

⁶ Heinrich Rudnick: Nachforschungen über das weitere Schicksal der am 22. Oktober 1940 aus dem Saarland nach Gurs verschickten Juden und der Träger des Judensterns im Saarland. In: Jahrbuch für westdeutsche Landesgeschichte 1 (1975), S. 337–372.

der Frage nach der Rückkehr. Sie betrachteten das Saargebiet als ihre Heimat, ausdrücklich nicht als Deutschland.⁷

Das Saarland als Remigranten-Staat

Die Saarländische Regierung wurde seit ihrer Einsetzung maßgeblich von Rückkehrern geprägt, das heißt von Personen, die hauptsächlich aus politischen Gründen in der NS-Zeit verfolgt worden und dann ins Ausland geflohen waren. In keiner anderen deutschen Region lag die Remigrationsrate bereits 1945 so hoch wie hier. So hatte etwa der ab Dezember 1947 amtierende Ministerpräsident und Publizist Johannes Hoffmann zehn Jahre Exil-Leben in Luxemburg, Frankreich und Südamerika hinter sich, nachdem er in der Zeit des Abstimmungskampfes entschieden gegen den Nationalsozialismus aufgetreten war. Für die neue Politikergeneration an der Saar nach 1945 war das antifaschistische Engagement und Exilschicksal ein entscheidendes Kriterium. Sie betrachtete es als historische Mission, alles Nationalsozialistische aus der Kultur des Landes zu verbannen. Vergleiche mit Biographien vieler saarländischer Juden lassen ähnliche Muster erkennen (Ächtung, Verfolgung, Dislozierungserfahrungen, Emigrantenstatus, Exilstationen, Wahrnehmung in der saarländischen Bevölkerung nach 1945 als ‚Drückeberger‘ oder selbstherrliche Privilegierte der Besatzungsmacht et cetera), so dass hier von einem kollektiven Schicksal gesprochen werden kann.⁸

*Ambitioniert begonnen, aber gescheitert:
die Entnazifizierung*

Da das Saargebiet vorbereitend auf den bevorstehenden Anschluss an Frankreich besonders von jeglicher nationalsozialistischer Ideologie, die als Höhepunkt des ‚Preußentums‘ verstanden wurde, befreit werden sollte, wurden hier Entnazifizierungsmaßnahmen zunächst sehr viel strikter als in den übrigen Besatzungszonen vollzogen. Nach groß angelegten Fahndungen unter der alteingesessenen saarländischen Bevölkerung wurden besonders stark belastete Personen in provisorischen Lagern inhaftiert, während über 2 000 nach 1935 in das Saarland zugezogene Personen als sogenannte Preußen in zwei großen

⁷ Dieter-Marc Schneider: Saarpolitik und Exil 1933–1955. In: Vierteljahresheft für Zeitgeschichte 25 (1977), S. 467–545.

⁸ Gerhard Paul: Die Saarländischen Remigranten und ihr gescheiterter Staat. In: Rainer Hudemann u. a.: Grenz-Fall (wie Anm. 2), S. 135–150.

Ausweisungsaktionen über die deutsche Grenze abgeschoben wurden. Zeitgleich mit den Internierungen und Ausweisungen wurde eine als *Épuration* bezeichnete Säuberung von Verwaltung, Wirtschaft und öffentlichem Leben betrieben, wofür vor allem auch unbelastete Saarländer zur Unterstützung hinzugezogen werden sollten.

Die besonders ambitioniert begonnenen Entnazifizierungsmaßnahmen haben im Saargebiet den Eindruck einer ‚Stunde Null‘, eines demokratischen Neuanfangs in Verbindung mit einer harten Bestrafung der NS-Verbrecher entstehen lassen. Letztlich waren auf diesem Gebiet jedoch nur unbefriedigende Ergebnisse zu verzeichnen, so dass spätestens ab 1951 von einer „Renazifizierung“ gesprochen werden kann.⁹

Die Rolle Gilbert Grandvals

Ein wichtiger Faktor für die Niederlassung jüdischer Rückkehrer, auf jeden Fall aber für den organisierten Wiederaufbau der Gemeinde, liegt überdies in der Person Gilbert Grandvals. Von 1945 bis 1948 als französischer Gouverneur, bis 1952 als Hoher Kommissar und von 1952 bis 1955 als französischer Botschafter, war er für insgesamt zehn Jahre eine der führenden Persönlichkeiten an der Saar. Gilbert Hirsch-Ollendorf entstammte einer elsässisch-jüdischen Familie. 1941 hatte der kaufmännische Direktor eines Chemieunternehmens die Leitung der Militärorganisation der Gruppe „Ceux de la Résistance“ übernommen, die den Widerstand im gesamten französischen Osten, darunter Elsass und Lothringen, organisierte. Nach der Befreiung der Region wurde Gilbert „Grandval“ (in der Résistance angenommener *nom de guerre*) zum militärischen Befehlshaber und schließlich, aufgrund seiner spezifischen Berufskennnisse, zum Militärgouverneur des hochindustrialisierten Saargebietes ernannt. Für die Rückkehr ins Saarland mag es nicht ohne Belang gewesen sein, dass jener Mann, der (vor allem in den drei ersten Nachkriegsjahren) die weitestreichenden Befugnisse im Saargebiet hatte, selbst aus einer jüdischen Familie stammte. Zwar wurde er selbst nie Mitglied der neu gegründeten Gemeinde, stellte für diese jedoch einen wichtigen Ansprechpartner in allen offiziellen Belangen dar.¹⁰

⁹ Rainer Möhler: Entnazifizierung in Rheinland-Pfalz und im Saarland unter französischer Besatzung vom 1945 bis 1952. Mainz 1992.

¹⁰ Dieter-Marc Schneider: Gilbert Grandval. Frankreichs Prokonsul an der Saar 1945–1955. In: Stefan Martens (Hg.): Vom „Erbfeind“ zum „Er-

Die Gründung der Synagogengemeinde Saar und deren prägende Persönlichkeiten

Als Saarbrücken, und damit schließlich das gesamte heutige Saarland, am 21. März 1945 von der US-Armee besetzt wurde, lagen viele Teile dieser Gegend in Schutt und Asche. Die ersten Maßnahmen der amerikanischen Militärregierung, die 112 Tage später von französischen Truppeneinheiten abgelöst wurde, bestanden in der Rückführung der Evakuierten und der Ingangsetzung des öffentlichen Lebens. Im Juli 1945 wurde ein sogenannter Bürgerrat berufen¹¹, um eine Teilnahme der Bevölkerung zumindest indirekt zu erreichen. Die Mitglieder dieses Gremiums sollten einen gesellschaftlichen Querschnitt repräsentieren – unter besonderer Berücksichtigung aller Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft. Als der Rat am 20. Februar 1946 erstmals zusammentrat, wurde als Vertreter für die jüdische Gemeinde der 76jährige Kaufmann Eugen Heymann berufen. Heymann war im August 1945 in seine Geburtsstadt zurückgekehrt. Im Oktober 1940 war er von dort gemeinsam mit seiner Frau Anna in ein französisches Internierungslager deportiert worden, das Ehepaar hatte nur dank des katholischen Bekenntnisses von Anna Heymann überlebt.¹²

Mit der Berufung Heymanns fällt zum ersten Mal in der Saarländischen Nachkriegsgeschichte offiziell der Begriff „Israelitische Gemeinde“. Obwohl es zum Zeitpunkt der Gründung des Bürgerrates praktisch überhaupt keine Juden im Saarland gab (auch Heymann selbst war noch in Frankreich), schien eine Rückkehr jüdischen Lebens an die Saar bereits zu diesem Zeitpunkt zumindest denkbar zu sein.

Erst ein Jahr später, am 2. Juni 1946, wurde im Sitzungssaal des Saarbrücker Rathauses in Anwesenheit von 51 zurückgekehrten Mitgliedern die „Jüdische Kultusgemeinde Saarbrücken“ offiziell neu gegründet. Zum Vorsitzenden wurde Alfred Levy gewählt, der dieses Amt bis zu seinem Tod im Jahre 1962 innehatte.¹³

neuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschland-Politik nach dem Zweiten Weltkrieg. Sigmaringen 1993, S. 201–243.

¹¹ Stadtarchiv Saarbrücken, Best. G nach 1945, G 10, Nr. 32.

¹² Rudnick: Nachforschungen über das weitere Schicksal (wie Anm. 6), S. 347 und S. 355.

¹³ Walter Kasel: Die jüdische Gemeinde. In: Kulturdezernat der Stadt Saarbrücken (Hg.): Saarbrücken 1909–1959. 50 Jahre Großstadt. Saarbrücken 1960, S. 226–231.



1 Alfred Levy (links) während einer Konferenz von Juristen der Besatzungs-zonen (wahrscheinlich um 1946/47)

Levy war am 15. November 1888 als Sohn einer alteingesessenen Viehhändlerfamilie in eine saarländische Landgemeinde geboren worden. Nach dem Studium in München und Bonn hatte er sich 1925 als Landgerichtsrat, später als Hilfsrichter des Landgerichtes in Saarlouis niedergelassen, wo er auch im Kreisrat der Stadt sowie im Vorstand der jüdischen Gemeinde aktiv gewesen war. Unmittelbar nach der Saarabstimmung 1935 war Levy aus dem Staatsdienst entlassen und mit ersten antisemitischen Anfeindungen auch im privaten Umfeld konfrontiert worden. Deshalb war er mit seiner Ehefrau und den beiden Kindern zunächst nach Luxemburg, später dann in den Süden Frankreichs geflohen. Gegen Kriegsende hatte Levy sich bereits von dort aus im „Mouvement pour la Libération de la Sarre“ engagiert und der französischen Militärregierung seine Mithilfe am Aufbau eines neuen Justizwesens an der Saar angeboten. Im Februar 1946 schließlich war er auf deren Wunsch ins Saarland zurückgekehrt und wurde Direktor des Saarbrücker Landgerichtes und im gleichen Jahr Senatspräsident beim Oberlandesgericht.¹⁴

Zum Vorsitzenden der Gemeinde-Repräsentanz wurde Edouard Lehmann gewählt. Als gebürtiger Westfale hatte sich Lehmann bereits 1911 in Saarbrücken als Rechtsanwalt niedergelassen. Nach dem ersten Weltkrieg hatte er dort mit einem Studienfreund eine gemeinsame Anwaltspraxis aufgebaut. In

¹⁴ Bericht von Marie-Luise Kennedy, geb. Levy, vom 1.6.2008.



2 Edouard Lehmann, Vorsitzender der Repräsentanz während der Einweihungsfeier der Synagoge am 14. Januar 1951

der Völkerbundszeit hatten sich beide juristisch und politisch als Sozialdemokraten und Status-quo-Anhänger exponiert. In der Folge hatte Lehmann schon in der Nacht nach dem Abstimmungserfolg der „Deutschen Front“ das Saarland in Richtung Elsass verlassen – Jahre im Versteck im unbesetzten Teil Frankreichs folgten. Bereits 1945 war Lehmann ins Saargebiet zurückgekehrt und hatte noch im Oktober des gleichen Jahres eine erneute Zulassung als Rechtsanwalt erhalten.¹⁵

Bei einem Blick auf die Biographien von Alfred Levy und Edouard Lehmann sowie auf jene der sechs weiteren Vorstandsmitglieder der

Gemeinde treten einige Gemeinsamkeiten signifikant hervor: Alle Vorstandsmitglieder (außer Lehmann) waren gebürtige Saarländer und stammten überwiegend aus dem saarländischen Landjudentum, ihre Kindheit und Jugend waren vielfach religiös geprägt, die Väter hatten in traditionellen jüdischen Berufssparten wie dem Vieh- und Fleischhandel gearbeitet. Bemerkenswerte Parallelen ergeben sich in der Folge auch bezüglich der Wahl des Ausreisezeitpunktes (unmittelbar nach der Abstimmung) und des Ausreisezieles (Frankreich). Besonders auffallend ist freilich die Berufsausbildung: Sechs der acht Vorstandsmitglieder waren Juristen, die im Saarland der Völkerbundszeit beruflich aktiv und, durch ihre öffentlichen Ämter exponiert, oft bereits vor dem Anschluss von 1935 antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt gewesen waren. Ein Blick in eine frühe Mitgliederliste¹⁶ zeigt, dass dieser

¹⁵ Interview mit Eva (geb. Lehmann) und Kurt Stiefel. Saarbrücken, 20.6.2008.

¹⁶ Auskunft über die Struktur der Gemeinde gibt eine sich im Nachlass von Alfred Levy befindende Mitgliederliste vom 1.3.1947. Sie nennt nicht nur Namen, Geburtstag und -ort, Beruf und Familienstand der einzelnen Mitglieder, vielmehr wurde darin auch erfasst, wo sich die einzelnen Personen zwischen 1933 und 1935 und zwischen 1935 und 1945 aufgehalten haben. Da die Liste bis Ende 1948 handschriftlich durch Alfred Levy ergänzt wurde, lässt sich zusätzlich eine Entwicklung bis zu diesem Zeitpunkt aufzeigen (Marie-Luise Kennedy, geb. Levy, Maryland, USA).

Personenkreis maßgeblich die erste Rückwanderungswelle von saarländischen Juden in ihre Heimat bestimmte. Die Gründe hierfür sind unschwer nachzuvollziehen. Einerseits war es für Juristen im französischen Exil schwer, Fuß zu fassen – vor allem für ältere Personen. Gleichzeitig bestand gerade im Saargebiet nach dem Krieg die Situation, als Jurist wirklich gebraucht zu werden. Der Wiederaufbau eines funktionierenden Rechtssystems durch unbelastete Personen war eine der vorrangigen Aufgaben der amerikanischen und der französischen Militärregierung und macht die enge Verbindung zwischen der saarländischen Nachkriegsgeschichte und den Biographien einiger Akteure der Synagogengemeinde Saar deutlich.¹⁷

Nach und nach kamen auch Personen aus anderen Berufssparten zurück in das Saargebiet, das aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten in dieser Zeit vor allem auch für Kaufleute attraktiv war – überproportional waren diese vertreten und bestimmten so praktisch die zweite Rückwanderungswelle. Auch die meisten dieser Gruppe zuzuzählenden Personen kamen aus dem französischen Exil und hatten schon vor ihrer Auswanderung im Saarland gelebt und in dieser Branche gearbeitet, wie dies auch beispielsweise bei Louis Salomon der Fall war. Seine Familie war bereits über Jahrhunderte in der saarländischen Landgemeinde Hilbringen angesiedelt und wie er selbst im Viehhandel tätig gewesen. Salomon hatte zehn Jahre Flucht und Verfolgung im französischen Exil durchlebt, als er im Januar 1945 in Paris die ebenfalls aus dem Saarland stammende Ruth Cahn heiratete. Ihr Vater, auch im Viehhandel tätig, war Ende 1947 in einem Pariser Café von einem alten Bekannten angesprochen worden: „Max, was machst du noch hier? Es ist fünf vor Zwölf! Der Franken wird eingeführt, das Saarland wird wirtschaftlich an Frankreich angeschlossen!“ Und noch am gleichen Tag bat dieser seinen Schwiegersohn, sich vor Ort selbst über die geschäftlichen Möglichkeiten zu informieren. So fingen Salomon und Cahn an, zunächst von Paris aus den Kundenstamm von früher zu versorgen, und es gelang ihnen, nicht zuletzt dank ihrer ausgezeichneten französischen Sprachkenntnisse, nach und nach einen erfolgreichen Vieh- und Fleischhandel aufzubauen. Schließlich ließ sich

¹⁷ Peter Wettmann-Jungblut: Rechtsanwälte an der Saar 1800–1960. Geschichte eines bürgerlichen Berufsstandes. Blieskastel 2004.



3 Einbringung der Torarollen (Einweihung der Synagoge am 14. Januar 1951)

Louis Salomon mit seiner Frau ganz in Saarbrücken nieder, wo beide auch Mitglieder der Synagogengemeinde wurden.¹⁸

Bis Ende 1948 wuchs die Gemeinde auf knapp 400 Mitglieder an – eine Größenordnung, in der sich die Gemeinde dann für längere Zeit bewegen sollte.¹⁹ Nur vereinzelt kamen Personen ins Saarland, die nie zuvor dort gelebt hatten oder die von weiter entfernten Auswanderungsorten wie England, Palästina, den USA oder Südamerika zurückkehrten.

Mehr als zwei Drittel der Gemeindeglieder stammten ur-

sprünglich aus dem Saargebiet oder waren vor 1935 bereits dort ansässig gewesen und hatten dann die Zeit des Nationalsozialismus im französischen Exil verbracht. Sie bildeten so gewissermaßen den homogenen Stamm der Nachkriegsgemeinde, der verglichen mit den Relationen in Gemeinden anderer deutscher Besatzungszonen deutlicher den Eindruck einer ‚Schicksalsgemeinschaft‘ entstehen lässt. Dort wurden trotz der gemeinsamen Religionszugehörigkeit und des Verfolgungsschicksals schnell frappierende Unterschiede in Herkunft und Tradition sowie in den Erwartungen an die Zukunft deutlich.

Organisatorischer und religiöser Wiederaufbau der Gemeinde

Die neu gegründete Gemeinde hatte zunächst zahlreiche organisatorische Aufgaben zu bewältigen. So waren von keiner der dreiunddreißig im Saargebiet vor dem Nationalsozialismus ansässigen Gemeinden die Statuten erhalten. Auf welchen rechtlichen Grundlagen sollte sich die Gemeinde also gründen?²⁰

¹⁸ Interview mit Ruth (geb. Cahn) und Louis Salomon. Saarbrücken, 26.6.2008.

¹⁹ Dies entspricht zahlenmäßig etwa 10 Prozent aller im Saarland ansässigen jüdischen Personen vor 1935.

²⁰ Protokoll der Sitzung von Vorstand und Repräsentanz vom 17.6.1946. Archiv der Synagogengemeinde Saar, Best. Vorstand und Repräsentanz.

Eine wegweisende Antwort auf die veränderte Situation nach dem Krieg war der ab 1. August 1946 geltende Zusammenschluss aller ehemaligen saarländischen Gemeinden zu einer einzigen „Jüdischen Kultusgemeinde Saar“ (wenig später umbenannt in „Synagogengemeinde Saar“).²¹

Da sie alleinige Nachfolgerin war, konnte sich der Vorstand so auch um die sofortige Rückgabe beziehungsweise Entschädigung für enteignetes oder zerstörtes Gemeindeeigentum (allein 23 ehemalige Synagogen und 16 Friedhöfe) bemühen. Dies wurde hauptsächlich durch Vergleichsverhandlungen der als Anwälte tätigen Mitglieder und Repräsentanten erreicht, nachdem zu diesem Zweck Kommissionen gegründet worden waren.²²

Auch wenn Fragen der rechtlichen Basis und der Wiedergutmachung für den Vorstand in Saarbrücken schon von Berufs seiner einzelnen Mitglieder wegen die oberste Priorität zu haben schienen, betrachtete es dieser ebenfalls als vorrangige Aufgabe, die Gemeinde auch ‚von innen‘, also nach religiösen Gesichtspunkten, wieder aufzubauen.

Da die frühere Synagoge wie auch das Gemeindehaus völlig zerstört worden waren, wurde zunächst von der Stadt Saarbrücken die Bereitstellung eines Betsaales gefordert. Kultgegenstände hatten wahrscheinlich einzelne Familien aus ihrem privaten Besitz zusammengetragen. Laut Alfred Levy war jedoch eine Indifferenz „gewisser Mitglieder der Gemeinde für die religiösen, kulturellen und sozialen Belange“ zu beklagen, die ihn an deren jüdischen Gemeinschaftssinn appellieren ließ.²³

Von einem tatsächlichen ‚inneren Aufbau‘ der Gemeinde kann sicher erst seit der Einstellung eines Kantors im November 1948 gesprochen werden. Der in Trier geborene und am jüdischen Lehrerseminar in Münster von Fritz Leopold Steinthal ausgebildete Walter Kasel erfüllte nach Ansicht des Vorstandes die Anforderungen an diesen Posten nicht zuletzt dadurch, dass er aufgrund seiner Auswanderung nach Paris 1933 die französische Staatsbürgerschaft besaß und der französischen Sprache mächtig war.²⁴ Somit wurde ein Mann ausgesucht,

²¹ Erlass über die Errichtung der Synagogengemeinde Saar vom 19.8.1946. Amtsblatt des Regierungspräsidiums Saar 1946, Erlass Nr. 172.

²² Protokolle der Sitzungen von Vorstand und Repräsentanz vom 17.6. und 27.7.1946. Archiv der Synagogengemeinde Saar, Best. Vorstand und Repräsentanz.

²³ Protokoll der Mitgliederversammlung vom 13.6.1948. Archiv der Synagogengemeinde Saar, Best. Vorstand und Repräsentanz.

²⁴ Ebd.

dessen Vita in groben Zügen eine gewisse Schnittmenge mit den allermeisten Gemeindemitgliedern aufwies: eine deutsche, liberal-jüdische Prägung, die Exilerfahrung in Frankreich sowie die französische Staatsbürgerschaft.

Eine besonders große Wirkung hatte das Engagement Kasels auf die Kinder und Jugendlichen in der Gemeinde, die nun erstmals nach dem Krieg die Möglichkeit hatten, nachmittags einem jüdischen Religionsunterricht beizuwohnen. Auch Gottesdienste zum Schabbat sowie zu Jahrzeiten und Feiertagen sind nun erstmals sicher belegt. Für diese diente anfangs ein Raum im Landesmuseum, in den folgenden Jahren der Rote Saal des Johannishofes in Saarbrücken.

Das nach außen hin deutlich sichtbare Zeichen, dass sich jüdisches Leben im Saarland im Wiederaufbau befand, setzte die Gemeinde durch den Bau ihrer neuen Synagoge, dem ersten Synagogenneubau in Westdeutschland nach dem Holocaust – bereits im Dezember 1946 wurden erste Verhandlungen über dessen Errichtung geführt.

Wie bei den meisten im deutschsprachigen Raum nach 1945 gebauten Synagogen war sie in einen Gesamtkomplex aus Gesellschafts-, Verwaltungs- und Wohnräumen integriert. In ihrer Größe war sie auf Zuwachs konzipiert: Sitzplätze gab es für mehr als die zu diesem Zeitpunkt im gesamten Saarland ansässigen Juden vom Säuglings- bis zum Greisenalter. In einer Rede zum 50jährigen Jubiläum der Synagogeneinweihung 2001 meinte der damalige Vorsitzende Richard Borg daran festmachen zu können, dass man im Saarland nie auf gepackten Koffern gesessen habe. Vielmehr seien die saarländischen Juden damals „heimgekehrt“.²⁵

Die Einweihung des neuen Gemeindehauses wurde am Sonntag, dem 14. Januar 1951 unter Anwesenheit von führenden Persönlichkeiten aus der saarländischen Öffentlichkeit, aus Politik und Religion, mit Gästen aus Deutschland, Frankreich und Israel in einem feierlichen Festakt begangen.²⁶ Angesichts des großen Ereignisses hatten unerwartet viele Menschen den Weg nach Saarbrücken gefunden. Unter den

²⁵ Ansprache Richard L. Borgs am 28.1.2001 anlässlich des Festgottesdienstes.

²⁶ „Neues Symbol der alten Liebe. Saarbrücken hat ein neues Gotteshaus.“ In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland vom 19.1.1951, S. 5 und „Neue Gotteshäuser“. In: Allgemeine Jüdische Illustrierte 8 (1951), S. 4.

geladenen Gästen war auch Schlomo Rülff. Der aus Braunschweig stammende Rabbiner hatte in Saarbrücken in der Zeit zwischen 1929 und 1935 amtiert. Danach war er nach Palästina ausgewandert. In seiner zwölf Jahre später veröffentlichten Autobiographie beschrieb er die Stimmung in Saarbrücken vor der Feier: „Mehr als tausend jüdische Gäste, fast alle ehemalige Saarländer weilten in diesen Tagen in der Stadt. Die meisten kamen aus Frankreich, wo sie jetzt ihren Wohnsitz hatten, manche aus Deutschland und der Schweiz. [...] Die Hotels waren überfüllt und die Stadt war wie elektrisch geladen. Hier wurde ja zum ersten Male seit dem Zweiten Weltkrieg ein sichtbarer Akt der ‚Wiedergutmachung‘ vollzogen. Überall in Europa lagen die mutwillig zerstörten Synagogen noch in Trümmern. Was jetzt in Saarbrücken geschah, wurde in der ganzen Welt als eine erste Demonstration für das misshandelte jüdische Volk aufgefasst.“²⁷

Ohne Zweifel hatte die Einrichtung der Synagoge für einige Zeit den Mittelpunkt der Planungen, Anstrengungen und Gedanken des Gemeindevorstandes gebildet. Nachdem dieses Ziel erreicht war, musste ein wirkliches Gemeindeleben etabliert und konsolidiert werden. Zu diesem Zweck wurde im Juli 1951, in direkter Anknüpfung an die Zeit vor 1935, für ein Jahr Rabbiner Rülff eingestellt, „damit die junge Gemeinde einen Auftrieb bekäme“. Die Amtszeit Rülffs während der Völkerbundszeit hatte eine Blüte jüdischen Lebens an der Saar bedeutet. Auch sein Einsatz für das Interesse der ‚Saarjuden‘ vor dem Anschluss an das nationalsozialistische Deutsche Reich war vielen in Erinnerung geblieben. Mit der Einstellung einer solch charismatischen Figur erhoffte man sich, eine Anziehungskraft für die über das gesamte Saargebiet verstreut lebenden Mitglieder der Gemeinde ausüben und einen größeren Gemeinschaftssinn und religiöses Bewusstsein schaffen zu können. Neben der Leitung der Gottesdienste, die Rülff nach eigenen Angaben stets „schön und würdig im schwarzen Talar“ abhielt, übernahm der Rabbiner auch seelsorgerische Aufgaben, wie den Besuch älterer, von Saarbrücken weiter entfernt lebender Gemeindeglieder.

Wie aus seiner Autobiographie hervorgeht, stand im Mittelpunkt von Rülffs „Intermezzo im Ausland“ aber weniger der religiöse Wiederaufbau des Gemeindelebens, das er mit einem

²⁷ Schlomo Rülff: *Ströme im dünnen Land*. Stuttgart 1964, S. 244.

Rekonvaleszenten verglich, der sich „von schwerer Krankheit zu erholen“ beginne. Vielmehr trieb ihn der Gedanke an, „etwas für Israel tun“ zu können, als „Israeli die Verbindung der Saarjuden mit Israel fester zu knüpfen“.²⁸ Die Solidarität mit dem jüdischen Staat war in Saarbrücken bereits vor dem Amtsantritt Rülfs groß. Die Gemeinde spendete jährlich zehn Prozent ihres Etats für Hilfsprojekte in Israel und beschloss 1951 die Gründung eines Komitees für „Aide à Israel“.²⁹ Das Engagement Rülfs führte schließlich zu einer großen Sammelaktion, deren Erlös dem Bau der Weizmann-Schule in Naharija zu Gute kam, die Rülf bis 1958 leiten sollte.

In Saarbrücken waren schnell traditionell zu einer Gemeinde gehörende Organisationen wie ein Frauenverein oder die Chewra Kaddischa und auch ein Kegelclub eingerichtet worden, wengleich alles in einem wesentlich kleineren Maßstab als vor 1935. Obwohl mit der Gründung der Christlich-Jüdischen-Arbeitsgemeinschaft Saar 1954 auch eine Organisation gegründet wurde, die auf einen „brüderlichen Austausch zwischen Christen und Juden“ angelegt war, blieb man von jüdischer Seite doch häufig unter sich.

Dabei pflegte und förderte man vorrangig das allen Gemeinsame: die Verbundenheit zu Frankreich, sichtbar schon in der Benutzung der französischen Sprache auch in Teilen der Gemeindekorrespondenz. Am deutlichsten wird die Identifizierung mit dem Französischen an jenen Stellen, wo sie sich bis in das Privatleben hinein vollzieht. Viele Rückkehrer hielten an der französischen Staatsangehörigkeit fest und hatten ihre deutschen Vornamen gegen das französische Äquivalent ausgetauscht: Aus Erich war *Eric* geworden, aus Hermann *Armand*, aus Karl *Charles* und so weiter. Auch die wenigen während der Zeit im französischen Exil oder auch nach der Rückkehr geborenen Kinder erhielten französische Vornamen.³⁰

Die nicht sehr zahlreichen Kinder der Gemeinde wurden zudem alle in der einzigen französischen Schule des Saargebietes, der Maréchal-Ney-Schule in Saarbrücken³¹, angemeldet, wo

²⁸ Ebd., S. 248.

²⁹ Archiv der Synagogengemeinde Saar, Best. Kassenbücher und Best. Vorstand und Repräsentanz, Protokoll vom 11.5.1951.

³⁰ Siehe Mitgliederliste, Nachlass Alfred Levy (Marie-Luise Kennedy, geb. Levy, Maryland, USA).

³¹ Am 1.12.1945 für die ansässigen französischen Familien gegründet, 1961 in ein „Deutsch-französisches Gymnasium“ umgewandelt.

der Unterricht in französischer Sprache, nach französischem Lehrplan und durch französische Lehrer erfolgte. Durch die Auswahl der Schule wuchs in der saarländischen Nachkriegsgemeinde eine neue Generation heran, die nicht nur von Sprache, Werten und Unterrichtsstoff des Nachbarlandes geprägt war, sondern in hohem Maß auch ‚unter sich‘ blieb. Ein Zusammentreffen mit der Mehrheit der saarländischen Bevölkerung, jenen Kindern und Jugendlichen, die nicht jüdisch und/oder Franzosen waren, war zumindest über den Schulbesuch ausgeschlossen. Große Teile dieser jüngeren Generation führten Studium oder Beruf schließlich nach Frankreich, von wo die meisten nicht wieder nach Saarbrücken zurückkehrten.

Der Ausgang der Saarabstimmung 1955 und die Tatsache, letztlich doch in Deutschland zu leben, stellte für viele saarländische Juden, die sich einen Anschluss an Frankreich gewünscht hatten, eine herbe Enttäuschung dar. Nicht wenige spielten mit dem Gedanken, das Land wieder zu verlassen.

Bis zu Beginn der Sechziger Jahre, das heißt, so lange Alfred Levy und Edouard Lehmann die leitenden Ämter in der Gemeinde innehatten, schien eine gewisse Stabilität in der Gemeinde bestehen zu bleiben, danach traten interne Spannungen und Animositäten zu Tage. Häufige Wechsel in den Vorstandsämtern führten zu zusätzlicher Instabilität. Der Tod Alfred Levys und der Wegzug einiger aktiver Mitglieder der ersten Stunde nach Frankreich leiteten einen Generationswechsel in der Gemeinde ein, während die Gemeinde aus oben genannten Gründen zusehends alterte und gleichzeitig unaufhaltsam schrumpfte. In den 1980er Jahren herrschte ein die Existenz der Gemeinde bedrohender Alterungsprozess, der erst durch die Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion ab 1991 zumindest vorläufig gestoppt werden konnte.

BILDNACHWEIS

Abb. 1: Rechteinhaber konnte nicht ermittelt werden. Wir bitten um Verständnis und eventuelle nachträgliche Mitteilung an den Verlag.

Abb. 2 und 3: Eclair, Saarbrücken. Mit freundlicher Genehmigung der Synagogengemeinde Saar.

Katharina Friedla

Von Breslau nach Erfurt

Deutsche Juden in Breslau und Niederschlesien
nach dem Zweiten Weltkrieg

Während zur Geschichte anderer deutsch-jüdischer Großstadtgemeinden wie Berlin oder Frankfurt am Main eine Reihe neuer Studien und Sammelbände vorliegt, steht die Forschung über die Entwicklung neuzeitlichen jüdischen Lebens in Breslau noch aus – obwohl hier einst eines der bedeutendsten Zentren jüdischen Lebens und jüdischer Kultur beheimatet war. Zwar sind in der jüngsten Zeit einige Arbeiten erschienen, die sich mit der Geschichte der Juden in Breslau befassen. Diese sind jedoch meist auf das 19. Jahrhundert konzentriert, beschäftigen sich in der Regel mit Teilaspekten oder enthalten nur einen knappen Überblick.

Breslau lag und liegt in einem Grenzland der kulturellen Überlagerungen und fließenden Übergänge zwischen Deutschland, Böhmen und Polen. Die Stadt war im Laufe ihrer Geschichte nacheinander polnisch, böhmisch, österreichisch und preußisch; sie war protestantisch und katholisch – und sie verfügte nach Berlin und Frankfurt am Main über die drittgrößte jüdische Gemeinde im Deutschen Reich, deren Geschichte bis in das 12. Jahrhundert zurückreicht. In der Entwicklung des modernen Judentums spielte diese mitteleuropäische Stadt eine entscheidende Rolle: Hier entstand ein jüdisch-theologisches Seminar als eine der bedeutendsten Ausbildungsstätten für Rabbiner in ganz Europa. Zugleich waren die Breslauer Juden weitgehend assimiliert und fühlten sich seit ihrer Gleichstellung 1812 immer mehr als Deutsche. Bis zum Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft waren sie eine der Säulen des Bürgertums, hatten das geistig-kulturelle Leben der Stadt maßgeblich geprägt und den hervorragenden Ruf ihrer Hochschulen mitbegründet.¹ Aus Breslaus Judenheit waren Mäzene

¹ Vgl. Till van Rahden: Juden und andere Breslauer. Die Beziehungen zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt 1860–1925. Göttingen 2000, sowie Maciej Łagiewski: Wrocławscy Żydzi 1850–1944 (Breslauer Juden). Wrocław 1994.

hervorgegangen, wie der Unternehmer Julius Schottländer, und weltbekannte Persönlichkeiten wie Ferdinand Lasalle, Fritz Haber, Max Born, Alfred Kerr und viele andere.²

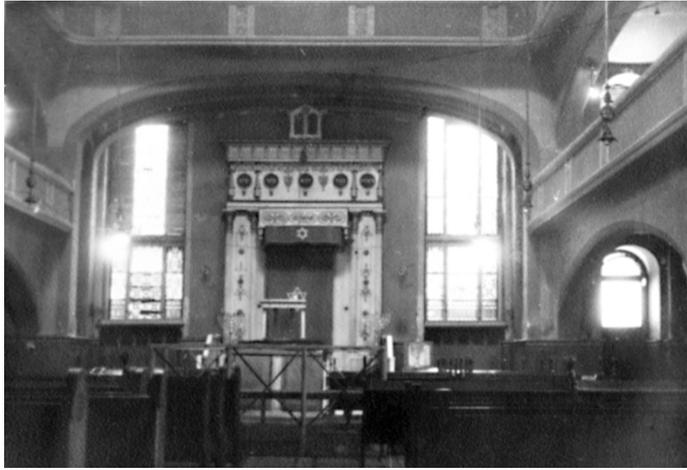
Im Jahr 1944 war Breslau als eines der größten Zentren deutscher Juden mit jahrhundertealter kultureller, wirtschaftlicher und europäischer Bedeutung vernichtet.

Wenngleich es heute wieder eine jüdische Gemeinde in Breslau gibt, weist dennoch so gut wie nichts in der Stadt auf das einst bedeutende Zentrum jüdischen Lebens hin. Im Bewusstsein der heutigen Bewohner Breslaus erinnern nur drei Orte an den jüdischen Anteil der Stadtgeschichte: die Synagoge ‚Zum Weißen Storch‘, der Friedhof in der Lohestraße und der noch immer genutzte Friedhof in der Flughafenstraße. Umso erstaunter ist eine junge polnische Generation, die in den letzten Jahren bei der Spurensuche nach dem deutschen Breslau auch den vergangenen Reichtum des jüdischen Breslau entdeckt. Auch das polnisch-jüdische Breslau ist so gut wie unbekannt. Nur eine sehr kleine Gruppe von alten Juden erinnert sich noch an die ersten Nachkriegsjahre und schwärmt von der ‚Präsenz‘ jüdischen Lebens in der Stadt, wie ein Zeitzeuge im Interview beschrieb:

„Im Hof der Synagoge ‚Zum Weißen Storch‘ [im Original deutsch] versammelten sich jeden Tag Juden, und zwar nicht nur religiöse, die zur Synagoge strömten, sondern auch diejenigen, die etwas im Jüdischen Woiwodschaftskomitee zu erledigen hatten. Es war ein bekannter Treffpunkt aller Juden der Stadt Breslau gewesen. [...] Man traf hier auch öfter Juden aus anderen niederschlesischen Städten, aus Reichenbach, Glatz oder Waldenburg, die meist mit verschiedenen Problemen zum Jüdischen Komitee kamen. Es erinnerte mich an das kleine jüdische Shtetl in der Vorkriegszeit, wo man sich ja auch am Markt getroffen und stundenlang unterhalten hat. An jüdischen Feiertagen war es hier so voll, dass man überhaupt nicht vorbeigehen konnte, geschweige denn in die Synagoge rein kam. Es war ein jüdischer Mikrokosmos, in dem die alten orthodoxen Juden in ihrer traditionellen Kleidung mit jungen, teilweise assimilierten Juden zusammentrafen; eine gewisse Exotik in Breslau.“³

² Vgl. Maciej Łagiewski: Das Pantheon der Breslauer Juden. Der jüdische Friedhof an der Lohestraße in Breslau. Berlin 1999.

³ Archiv der Autorin, Interview mit David Ringel geführt in polnischer Sprache von Katharina Friedla am 11.9.2006 in Wrocław, Transkript (deutsche Übersetzung) S. 21.



1 Das Innere der Synagoge „Zum Weißen Storch“ in Breslau (1946)

Auf jene, sehr kurze, Zeitspanne soll im Folgenden das Augenmerk gelegt werden, als verbliebene beziehungsweise heimgekehrte deutsche Breslauer und niederschlesische Juden sowie zugewanderte polnische Juden, meist Holocaust-Überlebende, in der Stadt, die nun zu Polen gehörte, zusammenlebten: nämlich die Jahre 1945 und 1946.

Das Kriegsende 1945 brachte einen weitreichenden Umbruch, es kam zu einem vollständigen Bevölkerungsaustausch und einem Bruch jeglicher kultureller Kontinuität; infolgedessen änderte sich die Situation der überlebenden Breslauer Juden dramatisch.

Die Juden, die sich nach dem Untergang des ‚Dritten Reiches‘ in Niederschlesien befanden, waren nur zu einem verschwindend geringen Teil Mitglieder der dortigen jüdischen Gemeinde, sondern vielmehr Überlebende aus dem Konzentrationslager Groß-Rosen und dessen zahlreichen Außenlagern. Ein Bericht des Jüdischen Woiwodschaftskomitees Niederschlesien⁴ spricht von 18 000 Überlebenden für seinen Zuständigkeitsbereich im Juni 1945, davon etwa 10 000 polnische Juden.⁵

⁴ Wojewódzki Komitet Żydów/WKŻ; eine Woiwodschaft ist ein polnischer Verwaltungsbezirk. Das Woiwodschaftskomitee war dem Zentralkomitee der Juden in Polen untergeordnet und setzte es sich zum Ziel, alle jüdischen Gruppierungen zu vereinigen, die Sozialhilfe für Juden zu koordinieren und die jüdische Bevölkerung bei staatlichen Behörden sowie ausländischen Organisationen zu repräsentieren.

⁵ AP Wrocław (Staatsarchiv Wrocław), Tätigkeitsbericht des Jüdischen Woiwodschaftskomitees Niederschlesien für Juni 1945–April 1946, WKŻ, Sig. 5, Bl. 33.

Als die polnische Regierung dem im Juni 1945 gegründeten Jüdischen Woiwodschafskomitee in Niederschlesien eine gewisse jüdische Kulturautonomie sowie Unterstützung für einen offiziellen jüdischen Siedlungsschwerpunkt in Niederschlesien in Aussicht stellte, stieg die Zahl der Juden dort rasch an und erreichte im Sommer 1946 mit rund 90 000 Personen ihren Höhepunkt⁶ – zumeist Überlebende einer über drei Millionen zählenden jüdischen Bevölkerung Polens vor dem Krieg.⁷ Nicht zuletzt gehörte hierzu auch die relativ große Zahl der polnischen Juden, die den Krieg in der Sowjetunion überlebt hatten. Auch sie befanden sich auf der Suche nach einer Bleibe, weil ihre Häuser und ihre Familien vernichtet waren.⁸

Insgesamt haben sich nach 1945 mehr als fünfzig Prozent der überlebenden polnischen Juden in Niederschlesien angesiedelt. Vor allem in den Städten Reichenbach und Breslau entstanden kurzzeitig größere jüdische Gemeinden⁹, die zu den wichtigsten jüdischen Zentren Polens nach dem Zweiten Weltkrieg wurden.

In Breslau trafen die Transporte geretteter Juden aus den niederschlesischen Konzentrationslagern ein, zudem wurde die Stadt auch ein zeitweiliger Sammelpunkt für westeuropäische Juden, die in Konzentrations- und Zwangsarbeitslager auf dem Gebiet Zentralpolens verschleppt worden waren und nunmehr in ihre Heimat zurückkehren wollten.¹⁰ Die Stadt Breslau stellte den Neuansiedlern Wohnmöglichkeiten zur Verfügung, indem sie ihnen zuvor von Deutschen bewohnte Unterkünfte übergab. Es entstanden jüdische Handwerksgenossenschaften, politische Parteien und Schulen. Das jüdische Leben entwickelte sich mit Unterstützung des Staates und ausländischer Organisationen, wie des amerikanischen Hilfskomitees ‚Joint‘

⁶ AP Wrocław, WKŻ, Bericht des Jüdischen Woiwodschafskomitees in Breslau, 27.7.1946, Sig. 2.

⁷ Bożena Szaynok: *Ludność żydowska na Dolnym Śląsku 1945–1950* (Jüdische Bevölkerung in Niederschlesien 1945–1950). Wrocław 2000, S. 24.

⁸ Irena Hurwic-Nowakowska: *Żydzi polscy (1947–1950). Analiza więzi społecznej ludności żydowskiej* (Polnische Juden, 1947–1950. Analyse der gesellschaftlichen Bindung der jüdischen Bevölkerung). Warszawa 1996, S. 46.

⁹ AP Wrocław, WKŻ, Bericht über die Zahl der Juden in Niederschlesien, 1.7.1946, Sig. 6.

¹⁰ Szyja Bronsztejn: *Z dziejów ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku po II Wojnie Światowej* (Geschichte der jüdischen Bevölkerung in Niederschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg). Wrocław 1993, S. 8.

oder der UNRRA, sehr schnell. Außerdem garantierte die Regierung der jüdischen Minderheit zunächst einen sozialen Ausgleich für das Erlittene und die Rückgabe jüdischen Sakralvermögens.

Aber die Blüte jüdischen Lebens in den ehemaligen deutschen Ost- und jetzigen polnischen Westgebieten währte nur kurz: Für viele Juden waren die früheren deutschen Städte an der Oder von vornherein lediglich eine Zwischenstation auf dem Weg in die Emigration nach Israel und in die USA.

Betrachtet man die Bevölkerungszahlen der Juden in Wrocław nach dem Krieg, so ergibt sich folgendes Bild: Nach den ‚Repatriierungsaktionen‘ aus der Sowjetunion im Juli 1946 lebten 16 057¹¹, nach den Emigrationswellen im Februar 1947 noch 13 800¹² Bürger jüdischer Abstammung in der Stadt.

Diese mussten bald erkennen, dass es hier zwar nicht zu anti-jüdischen Ausschreitungen wie etwa in Krakau, Rzeszów oder Kielce kam, der Antisemitismus aber dennoch allgegenwärtig war. Das Breslauer Woiwodschaftsamt für Information und Propaganda stellte im März 1946 fest: „Juden werden im Allgemeinen gehasst, da man sie für Spekulanten hält. Ein bedeutender Teil der Geschäfte ist in jüdischer Hand, und weil diese prosperieren, sind sie Gegenstand des Interesses und einer feindlichen Einstellung.“¹³

Die Attraktivität der polnischen Westgebiete ließ für viele Juden aber auch deswegen nach, weil die polnische Regierung ihre Politik der jüdischen Autonomie Ende der Vierziger Jahre revidierte. Nunmehr stellte Warschau die Juden faktisch vor die Alternative, das Land mit staatlicher Förderung zu verlassen oder sich mit der Assimilation an die polnische Mehrheitsbevölkerung abzufinden. Aus diesem Grunde nahm die Zahl der Juden rasant ab. Die Verbliebenen zogen nach und nach in die großen Städte, so dass sich besonders die jüdische Gemeinde in Breslau mit einer Vielzahl eigener Organisationen und Betriebe weiter entwickelte.

Nur wenige Gemeindemitglieder waren überlebende Breslauer Juden. Laut Volkszählung des jüdischen Bevölkerungs-

¹¹ AP Wrocław, WKŻ, Bericht über die Zahl der Juden in Niederschlesien, 1.7.1946, Sig. 6.

¹² AŻIH (Archiv des Jüdischen Historischen Instituts Warschau), CKŻP, Zentralkomitee der Polnischen Juden, Abteilung für Statistik, Sig. 303/2.

¹³ AAN (Archiv der Neuen Akten, Warschau), MIP, Ministerium für Information und Propaganda, Sig. 935, Bl. 2.

anteils in Deutschland hatten im Mai 1939 in Breslau über 11 000 Juden gelebt.¹⁴ Lediglich eine verschwindend geringe Anzahl von ihnen überlebte die nationalsozialistische Vernichtungspolitik. Die letzten Breslauer Juden waren nur durch die Verschiebung des Frontverlaufs davor bewahrt worden, von der Gestapo abtransportiert zu werden. Sie stammten zumeist aus ‚Mischehen‘ und waren als sogenannte ‚Mischlinge‘ untergetaucht.

Wie viele deutsch-jüdische Schlesier den Krieg überlebten, lässt sich keiner Statistik entnehmen. Der polnische Historiker Szyja Bronsztejn sowie die Historikerin Bożena Szaynok gehen für Mai 1945 von 135 Personen deutsch-jüdischer Herkunft aus, die sich an verschiedenen Orten Niederschlesiens aufhielten.¹⁵ Belege hierfür finden sich im Archiv des Jüdischen Historischen Instituts in Warschau, wo es jedoch noch weitere Listen gibt, die von Bronsztejn und Szaynok möglicherweise nicht berücksichtigt wurden. Für die Jahre 1945/46 kommt man so auf etwa 1 000 deutsche Juden allein in Breslau¹⁶. Eine ähnliche Zahl ergibt sich auch aus Dokumenten im Archiv des Internationalen Suchdienstes in Bad Arolsen, demnach lebten im Sommer 1946 noch über 600 deutsche Juden in Breslau.¹⁷ Im Sommer 1947 meldete das Woiwodschaftsamt Breslau¹⁸ eine Gesamtzahl von 128 deutschen Juden.¹⁹ Diese Angaben erfassten jedoch nur diejenigen Personen, die nach Kriegsende von polnischen Behörden registriert worden waren. Aus Gesprächen mit deutsch-jüdischen

¹⁴ BA Koblenz, Reichsministerium des Inneren, R18, Sig. 5520, Vgl. R18/5519, S. 405 f. (Übersicht der Statistik über die Juden und jüdischen Mischlinge bei der Volkszählung in den größeren Verwaltungsbezirken Preußens vom 17.5.1939; Zahl der Juden in Breslau: 11.172). Zum Vergleich, 1900 lebten 19 743 Juden in Breslau; 1905–20 396; 1925–23 200. Laut des Dokuments der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland vom 31.8.1941, lebten in Breslau 7 985 Juden (Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden, 1933–1945. Frankfurt/M. 1963, S. 467).

¹⁵ Szyja Bronsztejn: *Z dziejów ludności żydowskiej na Dolnym Śląsku po II Wojnie Światowej*. Wrocław 1993, S. 8. Vgl. Bożena Szaynok: *Ludność żydowska na Dolnym Śląsku 1945–1950*. Wrocław 2000.

¹⁶ AŻIH, CKŻP, Abteilung für Evidenz und Statistik, Listen der deutschen Juden in Breslau, 1946, Sig. 303/V/683, Bl. 1–46; Vgl. Sig. 303/V/677, Bl. 1–67.

¹⁷ Archiv des Internationalen Suchdienstes Bad Arolsen, ITS/ANF/K-NKZ – Listen Wrocław, Ordner 88.

¹⁸ pln. Urząd Wojewódzki Wrocławski/UWW.

¹⁹ AP Wrocław, UWW (Woiwodschaftsamt), Zusammenstellung der Gesellschaftspolitischen Abteilung des Woiwodschaftsamts Breslau, Sig. VI/271, Bl. 2–4.

Zeitzeugen, die sich im Mai 1945 in Breslau befanden, geht hervor, dass sie selbst Listen von allen, die ihre Familien suchten und selbst gesucht wurden, anlegten und diese 1946 in der Zeitung *Aufbau* in New York veröffentlichten.²⁰

Auch wenn die Gesamtzahl der deutschen Juden in Breslau unmittelbar nach dem Ende des Krieges vergleichsweise gering war, kam ihnen dennoch eine wichtige gesellschaftspolitische Bedeutung zu. Sie nahmen mit ihrer Zugehörigkeit zur deutschen Kultur und Gesellschaft einerseits und ihrem Status als Opfer der NS-Rassenpolitik andererseits eine merkwürdige Zwischenstellung ein und stellten so eine Sonderrolle für die nationalitätenpolitische Praxis der polnischen Verwaltung dar. So sollte ihre Behandlung eigenen Kriterien folgen: Zuerkennung eines Sonderstatus als Opfer der NS-Politik zum Schutz vor Strafmaßnahmen, insbesondere Internierung und Einziehung zur Zwangsarbeit, wie sie gegen die übrige deutsche Bevölkerung praktiziert wurden; Verschonung von Zwangsentzerrung und Aussiedlung; schließlich, wenn die Aussiedlung dennoch mit dem oder gegen den Willen der Betroffenen erfolgte, Gewährung privilegierter Bedingungen während der Transporte. Auf Grundlage von Dokumenten kann allerdings festgestellt werden, dass die Behörden in allen diesen Fragen von Fall zu Fall unterschiedlich, ja willkürlich, verfahren.

Die vorhandenen Hinweise sprechen dafür, dass die polnischen Dienststellen mit den deutschen Juden ähnlich umgegangen sind wie mit den deutschen politischen Gegnern des NS-Regimes: Sie behandelten sie wie den Rest der deutschen Bevölkerung. Stellenweise gab es jedoch ein gewisses Bewusstsein dafür, dass es sich hierbei um eine sensible Frage handelte, die nicht zuletzt wegen der Aufmerksamkeit der westlichen Öffentlichkeit von politischer Bedeutung war.²¹

²⁰ Archiv der Autorin, Interview mit Karla Wolff, geführt in deutscher Sprache von Katharina Friedla in Nahariya/Israel, am 10.2.2007/15.6.2008. Vgl. Interview mit Wolfgang Nossen, geführt in deutscher Sprache von Katharina Friedla in Erfurt, am 4.12.2008. Vgl. Interview University of Southern California Shoa Foundation Institute for Visual History and Education, Interview mit Hannelore Wanderer (in englischer Sprache), Interview Code 12695.

²¹ AP Wrocław, UWW, zur Behandlung von Juden mit deutscher, französischer, tschechischer, niederländischer u. a. Staatsangehörigkeit (2.8.1945), Anfrage des Regierungsbevollmächtigten für Hirschberg, Sig. VI/269, Bl. 3; Ebd., Anfrage an MAP in derselben Angelegenheit (13.9.1945), Sig. VI/29, Bl. 101; Ebd. Sig. VI/408, Bl. 5. Vgl. Andreas Hofmann: Die Nachrichtenzeit in Schlesien. Gesellschafts- und Bevölkerungspolitik in den polnischen Siedlungsgebieten 1945–1948. Köln 2000.

Zur selben Zeit unternahm das Jüdische Woiwodschaftskomitee Niederschlesien Versuche, die rechtliche Gleichstellung der deutschen Juden mit polnischen Staatsangehörigen zu erwirken.

Bei einigen lokalen jüdischen Komitees, wie in Breslau und Hirschberg, waren deutsche Juden als Initiatoren und Mitglieder tätig und führten die Komitees, bis sie im Frühjahr 1946 durch polnische Juden ersetzt wurden.²² Diese Situation führte anfänglich zu vielen Konflikten mit dem Jüdischen Woiwodschaftskomitee Niederschlesien, das zu dieser Zeit seinen Sitz in Reichenbach hatte. Das Hauptproblem war die Anerkennung einer jüdischen ‚Nationalität‘ der registrierten deutschen Juden. Anhand der vorliegenden Dokumente lässt sich feststellen, dass die größte Schwierigkeit für die polnischen Behörden, aber auch für die polnischen Juden, die Frage der sogenannten ‚Mischlinge‘ darstellte. Diese Angelegenheit wurde in den örtlichen Jüdischen Komitees in Niederschlesien unterschiedlich behandelt. Der Vorsitzende des Jüdischen Woiwodschaftskomitees Jakub Egit beispielsweise machte sich bei den Behörden in Warschau für die deutschen Juden stark – egal, ob sie aus Mischehen stammten oder konvertiert waren. In Bescheinigungen, die zu einem Anspruch auf Hilfe und Unterstützung berechtigten, wurde festgestellt: „Aufgrund der uns vorgelegten Dokumente (Personalausweis, Kennkarte, Geburtsurkunde) bescheinigen wir, dass der Genosse [...] Jude ist und als solcher vom nationalsozialistischen Regime verfolgt wurde.“²³

Eine solche Bescheinigung machte die betroffene Person zu einem gleichberechtigten Bürger. In den meisten Fällen jedoch vermuteten die polnischen Behörden Unrechtmäßigkeiten. In einem Bericht aus Hirschberg stellte man fest: „Ein Teil der deutschen Juden besitzt Dokumente, die Unklarheiten aufweisen, oder es fehlt an jeglichen Unterlagen. Oft kommt es vor, dass Juden anderer Nationalität die Rückgabe eines Geschäfts oder anderer Immobilien beanspruchen.“²⁴

Karla Wolff, die im September 1945 aus Breslau emigrierte, beschrieb die Atmosphäre als sehr unfreundlich und die Situation als schwierig:

²² Archiv Yad Vashem Jerusalem, O.1. K. J. Ball-Kaduri, Collection of Testimonies and Reports of German Jewry, File 148, Albert Hadda, Bl. 2.

²³ Ebd., Sig. VI/27, Bl. 32.

²⁴ Ebd.

„Es war praktisch unmöglich gewesen, den Beamten zu erklären, dass man keine Deutsche ist. Man hat doch nur Deutsch gesprochen [...]. Es passierte oft, dass ich von den Polen auf der Straße angesprochen wurde, ich fing dann an Gebete auf Hebräisch zu rezitieren, bloß kein deutsches Wort. Einmal wurde ich von zwei polnisch-jüdischen Soldaten angehalten. In meiner großen Angst schrie ich sie auf Hebräisch an. Ich sagte nur einfach eines der Pessachgebete, damit sie merkten, dass ich keine Deutsche bin. Ich hatte jedoch Glück, wir kamen ins Gespräch, währenddessen versuchte ich, ihnen meine Lage zu erklären. Sie zeigten Verständnis und versorgten mich sogar mit Lebensmitteln.“²⁵

Über einen anderen Vorfall berichtet Kenneth Arkwright, der in mehrere Konzentrationslager in Schlesien verschleppt worden war und nach Kriegsende ebenfalls in seine Heimatstadt zurückkehrte:

„Nach der Rückkehr der deutschen Juden nach Breslau, wurde im Sommer 1945 ein Jüdisches Komitee in der Stadt gegründet. Dieses Komitee gab seinen Mitgliedern Ausweise, um sie von den Exzessen der polnischen Miliz und der sowjetischen Armee zu beschützen. Jedoch ohne Erfolg. Frau Cohn wurde von einem russischen Soldaten erschossen, weil sie sich nicht vergewaltigen lassen wollte, und ich bin beinahe auf dem Schlossplatz erschossen worden, als ich von der Aufführung der polnischen Oper Halka [im September 1945, im Breslauer Stadttheater] nach Hause ging. Wir deutschen Juden hatten zwei Nachteile in Breslau zu dieser Zeit: Für die Polen waren wir beides, Deutsche und Juden.“²⁶

Allerdings gab es zwei Personen, die sich noch im Mai 1945 mit den Polen in Verbindung gesetzt hatten und die Lage der deutschen Juden erklärten. Beide hatten die NS-Zeit im Versteck überlebt: Albert Hadda, der in den ersten Monaten nach der Befreiung als Vorsitzender des Jüdischen Komitees in Breslau amtierte, und Dr. Alfred Kohn.²⁷ So wurde den deutschen Juden ein Teil der Räume der früheren jüdischen Gemeinde zur Verfügung gestellt, sie erhielten Ausweise mit dem Zusatz

²⁵ Archiv der Autorin, Interview mit Karla Wolff, geführt in deutscher Sprache von Katharina Friedla in Nahariya/Israel, am 10.2.2007/15.6.2008.

²⁶ Archiv der Autorin, Korrespondenz mit Kenneth Arkwright, geführt von Katharina Friedla (Brief vom 30.11.2009).

²⁷ Archiv Yad Vashem Jerusalem, O.1. K. J. Ball-Kaduri, Collection of Testimonies and Reports of German Jewry, File 148, Albert Hadda, Bl. 2.

„Opfer des Nationalsozialismus“ und bekamen Lebensmittelrationen von der sowjetischen Armee. Es wurden regelmäßig Gottesdienste am Schabbat gehalten und ein Kibbuz gegründet, in dem vor allem junge deutsche Breslauer Juden wohnten, die in die Stadt zurückgekehrt waren und ihre Familie nicht mehr vorgefunden hatten.²⁸ Aus Zeitzeugengesprächen und Dokumenten geht hervor, dass die Koexistenz der deutschen und polnischen Juden nicht ohne Spannungen verlief.²⁹ Die meisten von ihnen wohnten konzentriert um die Wallstraße, also um die Storch-Synagoge und die dazugehörigen Gemeinderäumlichkeiten. Die Synagoge war jedoch außer Betrieb, und man benutzte private Wohnungen als Bethäuser. Beide Gruppen beteten und begingen die Feiertage getrennt voneinander.

Ende Juni 1945 berieten zwei Vertreter des Jüdischen Woiwodschaftskomitees Niederschlesien mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der Juden in Polen³⁰ und der Politischen Abteilung des Warschauer Ministeriums für Öffentliche Verwaltung³¹ die Frage der deutschen Juden, um eine rechtliche Gleichstellung auf Grundlage eines noch zu erlassenden Gesetzes zu erreichen.³² Tatsächlich wurde der Sachverhalt weder damals noch später mittels eines Parlamentsgesetzes geregelt und blieb auch auf administrativer Ebene bis mindestens 1946 in der Schwebe. Das Jüdische Woiwodschaftskomitee Niederschlesien gab sich damit nicht zufrieden und intervenierte weiterhin beim Zentralkomitee der Juden in Polen, um die rechtliche Lage der deutschen Juden zu regeln. In einem Schreiben an das Komitee in Warschau aus dem Jahre 1947 heißt es:

²⁸ Archiv der Autorin, Interview mit Karla Wolff, geführt in deutscher Sprache von Katharina Friedla in Nahariya/Israel, am 19.9.2009.

²⁹ Archiv Yad Vashem Jerusalem, O.1. File 148 (wie Anm. 27), Albert Hadda, Bl. 2.

³⁰ Centralny Komitet Żydów w Polsce/CKŻP.

³¹ Ministerstwo Administracji Publicznej/MAP.

³² AP Wrocław, UWW, Schreiben des Jüdischen Woiwodschaftskomitees Niederschlesien, Sig. VI/269, Bl. 9.



2 Gebäude des Woiwodschaftskomitees in der Włodkowska Straße (Wallstraße), Breslau (1945)

„Auf dem Gebiet der Woiwodschaft Niederschlesien leben einige Dutzend jüdischer Familien, ehemalige Bewohner Niederschlesiens, die sich vor der nationalsozialistischen Vernichtung retten konnten – meist waren sie bis zu ihrer Befreiung in Lagern, die größte Zahl im tschechoslowakischen Theresienstadt. Diese Personen haben die polnische Staatsangehörigkeit bis zum heutigen Tag nicht erhalten; ihre Anträge auf die Anerkennung als Autochtone, wurden abgelehnt. Die örtlichen Behörden wollen jetzt damit beginnen, diese Personengruppe nach Deutschland auszusiedeln, wohin diese Personen nicht ausreisen wollen [...]. Die lokalen Behörden betrachten und behandeln sie als Deutsche, was nicht den Richtlinien der Regierung entspricht, die den Schutz der jüdischen Bevölkerung, die durch das nationalsozialistische Regime verfolgt wurde, garantiert. Diese Gruppe zeichnet sich durch eine sehr positive Einstellung gegenüber dem neuen Polen aus [...]. Wir bitten daher um eine Intervention bei den zentralen Behörden, [...] dass diese Personen besonders behandelt werden und dass man ihnen ermöglicht, an ihren bisherigen Wohnorten zu bleiben. Sie sollen ihre Wohnungen und ihr Gut behalten. Diesen Personen soll auch die polnische Staatsangehörigkeit zuerkannt werden.“³³

Darüber hinaus wurden auch private Anträge auf eine Aufenthaltsgenehmigung von deutschen Juden an das Zentralkomitee der Juden in Polen gestellt.³⁴

Die polnischen Behörden fürchteten häufig, dass sich nicht-jüdische Deutsche als Juden ausgaben. Solches Misstrauen beschränkte sich keineswegs auf die polnischen Sicherheitsämter, die in ihren Ansichten und Methoden in der Regel als ausgesprochen rücksichtslos galten. Vielmehr wurde dies besonders oft unterstellt, wenn es um die Rückgabe enteigneten jüdischen Eigentums ging. Für viele Breslauer Juden war der Verbleib in der zerstörten Stadt, in Chaos und Unsicherheit, und vor allem in Anbetracht der negativ eingestellten polnischen Behörden unvorstellbar. Klaus Trostorff, der im Konzentrationslager Buchenwald befreit wurde und dann nach Niederschlesien zurückkehrte, schilderte die Vorgänge in Breslau nach dem Krieg so:

³³ AŽIH, CKŽP, Juristische Abteilung, Auflistung der deutschen Juden, die eine Aufenthaltsgenehmigung für Polen beantragt haben, Schreiben des Vorsitzenden Jakob Egit an das Zentralkomitee der Juden in Polen, 11.6.1947, Sig. 303/XVI/230.

³⁴ Ebd. Antrag auf Anerkennung der polnischen Staatsbürgerschaft, 11.12.1947, Sig. 303/XVI/276, Bl. 28.

„Wir haben ein paar Wochen in Breslau gelebt, aber wir wussten schon, dass es auf Dauer so nicht bleiben kann. Es war für mich klar, dass das polnische Gebiet bleibt, und es war natürlich vieles ungewiss. [...] Wir sagten, was soll es? Was sollen wir in Breslau mit einer Zukunft, die sicher nicht gut für uns ist, weil die Polen auch nicht unbedingt Judenfreunde waren. Und so sind wir dann nach Erfurt gekommen [...].“³⁵

Ähnliches berichtet Kenneth Arkwright: „I returned back to Breslau which was a very argues journey, and in Breslau some German Jews have been found there, they were back there, from various concentration camps. [...] There was no future for these people, this part of Germany was annexed by Poland, and perhaps just briefly after I moved, Polish prisoners from the concentration camp of Buchenwald were moved to Breslau and the community took the buses and we moved to the city near Buchenwald, [...] it was Erfurt [...].“³⁶

Albert Hadda sowie andere Breslauer Juden nahmen Kontakt nach Erfurt auf. In diese Stadt waren etwa 15 Holocaustüberlebende zurückgekehrt und hatten eine Gemeinde und ein jüdisches Komitee gegründet. Bei so wenigen jüdischen Bürgern war die Erfurter Gemeinde auf Zuwachs aus anderen Orten oder Ländern angewiesen. Und so organisierte das Erfurter Jüdische Komitee im Laufe des Jahres 1945 die Rückkehr deutscher Juden aus den Konzentrationslagern Auschwitz und Mauthausen – unter anderem nach Schlesien, darunter nach Breslau. Hier begegneten diese allerdings denselben unhaltbaren Lebensumständen wie die nichtjüdische deutsche Bevölkerung – eine feindselige Einstellung den Rückkehrern gegenüber, nicht nur von Polen sondern auch von polnischen Juden. Deshalb begann das Erfurter Komitee, ihre erneute Ausreise zu organisieren.³⁷ Die deutschen Juden hatten keine andere Alternative, da die Grenzen zu den Westzonen damals noch versperrt waren, und sie bekamen eine Bewilligung der Stadt Erfurt, dass sich zunächst ungefähr 150 Personen ansiedeln durften. Im September 1945 verließen erste Busse mit

³⁵ Interview University of Southern California Shoa Foundation Institute for Visual History and Education, Interview mit Klaus Trostorff (in deutscher Sprache), Interview Code 14862.

³⁶ Archiv der Autorin, Korrespondenz mit Kenneth Arkwright, geführt von Katharina Friedla, (26.12.2009).

³⁷ Archiv Yad Vashem Jerusalem, O.1. File 148 (wie Anm. 27), Albert Hadda, Bl. 2.

150 deutschen Juden Breslau.³⁸ Im Laufe der Zeit folgten weitere Transporte. Sie wurden vor der Ausreise einer scharfen und beschämenden Kontrolle durch die Polen unterzogen: „And so before we quite got out of the Jewish community area, the Poles came in and frisked us. We had to get undressed and they wanted to know, they wanted to see what we had. We didn't have anything, except what we had accumulated, you know maybe in the few months.“³⁹

Dank des Zuzugs aus Breslau wuchs die jüdische Gemeinde in Erfurt und zählte im Frühjahr 1946 etwa 400 Personen⁴⁰; einige verließen die Stadt jedoch bereits im Frühling 1946 wieder, als es die Möglichkeit gab, in die amerikanische Besatzungszone zu gelangen.⁴¹ Hannelore Wanderer, Holocaustüberlebende aus Breslau, schildert das Ankommen in Erfurt so: „[...] and then in September we left, because we couldn't live under Russian people, oh we had Russian and Polish both. So we arrived from Breslau in Erfurt and I imagine, because we had a room settled for us and I would think, that either the government or the Jewish community as people [did] give up rooms for displaced persons. And it was a very nice place and we lived there for nine months and then most of us got together again, because we wanted to get to the Western zone [...].“⁴²

Kenneth Arkwright notierte: „Am 3. Juli 1945 verließen die letzten amerikanischen Truppen Erfurt (im Austausch für den amerikanischen Sektor Berlins). Wir haben zuerst in dem Hotel der Amerikaner für einige Tage gelebt. Das Erfurter Wohnungsamt hat uns dann in möblierte Zimmer Erfurter christlicher Familien eingewiesen, bis wir eine eigene Wohnung finden konnten. Die Erfurter jüdische Gemeinde war ein Treffpunkt und die Erfurter Juden haben uns beraten.“⁴³

³⁸ Interview mit Wolfgang Nossen, geführt in deutscher Sprache von Katharina Friedla in Erfurt, am 10.12.2009.

³⁹ Interview University of Southern California Shoa Foundation Institute for Visual History and Education, Interview mit Hannelore Wanderer (in englischer Sprache), Interview Code 12695.

⁴⁰ ITS/ANF/K-NKZ – Listen Wroclaw, Ordner 88, b.

⁴¹ Interview mit Wolfgang Nossen, geführt in deutscher Sprache von Katharina Friedla in Erfurt, am 10.12.2009.

⁴² Interview University of Southern California Shoa Foundation Institute for Visual History and Education, Interview mit Hannelore Wanderer (in englischer Sprache), Interview Code 12695.

⁴³ Archiv der Autorin, Korrespondenz mit Kenneth Arkwright, geführt von Katharina Friedla, (26.12.2009).

Nach 1945 entstand in Erfurt ein erstes jüdisches Gemeindezentrum in gemieteten Räumen Am Anger 30/32. Seit April 1946 bemühten sich die jüdischen Breslauer um die Rückübertragung des Synagogengrundstückes in Erfurt, die schließlich im März 1947 erfolgte. 1951 konnte mit dem Bau der neuen Synagoge, an der Stelle der zerstörten Synagoge am heutigen Juri-Gagarin-Ring, begonnen werden (die Grundsteinlegung erfolgte am 9. August 1951). Am 31. August 1952 wurde die neue Synagoge mit Gemeindezentrum durch Landesrabbiner Dr. Martin Riesengruber feierlich eingeweiht. Dieser Bau blieb bis 1989 der einzige Synagogenneubau auf dem Gebiet der DDR.⁴⁴

Heutzutage besteht die Erfurter Gemeinde überwiegend aus zugewanderten russischen Juden und zählt 337 Personen; der Gemeindevorsitzende ist einer der wenigen deutschen Juden – und er stammt aus Breslau. Er befand sich in einem der Transporte der Breslauer Juden, die Polen im Herbst 1945 verließen. Für ihn, wie für viele andere, war Erfurt eine Zwischenstation auf dem Weg nach Israel. Anfang der Neunziger Jahre kam er nach Erfurt zurück, und seitdem kümmert er sich um die dortige jüdische Gemeinde.

Die meisten deutschen Breslauer Juden haben ihre Heimatstadt verlassen; 1947/48 lebte dort noch ein Dutzend Familien.⁴⁵ Aus Archivdokumenten und zahlreichen Anfragen nach Anerkennung der polnischen Staatsangehörigkeit lässt sich ableiten, dass viele von ihnen sich nicht vorstellen konnten, wieder in Deutschland zu leben, und es daher wagten, in Polen zu



3 Plakat aus Anlass des zweijährigen Bestehens der jüdischen Siedlung in Niederschlesien, 22.06.1947

⁴⁴ Ebd. Vgl. Archiv Yad Vashem Jerusalem, File M-1/p 75, Bl. 13–28, Landesverband Thüringen der Jüdischen Gemeinden Sitz in Erfurt, 12.12.1946, Liste der in Erfurt registrierten Juden. Die Gemeinde in Erfurt zählte im Dezember 1946 nur noch 153 Mitglieder.

⁴⁵ AŻIH, CKŻP, Juristische Abteilung, Auflistung der deutschen Juden in Niederschlesien, 17.10.1947, Sig. 303/XVI/430, Bl. 1–5.

bleiben. Doch auch sie verließen die nunmehrige Volksrepublik wie viele andere polnische Juden während der folgenden Emigrationswellen.

In diesem Zusammenhang sei auch die hitzige Debatte um das sogenannte Vertriebenenzentrum in Berlin erwähnt. Es waren die deutschen Juden, die als erste ihrer Heimat beraubt, vertrieben und ermordet wurden. Nicht zuletzt ist zu fragen, in welcher Form sich die Vertriebenenorganisationen in Deutschland mit diesem Teil ihres kulturellen Erbes beschäftigt haben, das ja zugleich auch ein gesamtdeutsches und europäisches ist. Auch die polnischen Juden, die sich nach Kriegsende in Breslau ansiedelten, sind zwar nicht direkt vertrieben worden, mussten aber aufgrund politischer Diffamierungen und eines virulenten Antisemitismus ihre neue Heimat verlassen. Letztendlich war es dann das Jahr 1968, das die oft schmerzliche und von Wirren gekennzeichnete jüdische Geschichte Breslaus beendete, als im März der verstärkte politische Terror, der von Unterdrückung und antisemitischer Verleumdung seitens der kommunistischen Machthaber geprägt war, eskalierte. Sowohl die Vernichtung jüdischen Lebens während der NS-Zeit als auch die Politik der Volksrepublik Polen, die nur in der ersten Periode der Nachkriegszeit das Judentum unterstützte, haben also dazu beigetragen, dass der Wiederaufbau eines blühenden jüdischen Lebens nicht gelingen konnte. Heute zählt die jüdische Gemeinde Breslau nur noch etwa 290 Mitglieder – und stellt damit bereits die zweitgrößte Polens dar.⁴⁶

In der kollektiven Erinnerung, aber auch in den wissenschaftlichen Diskursen in Polen sind diese Ereignisse bisher nur wenig rezipiert worden.

BILDNACHWEIS
Abb. 1–3: Archiv des Jüdischen Historischen Instituts, Warschau.

⁴⁶ Archiv der Autorin, Interview mit Jerzy Kichler, geführt in polnischer Sprache von Katharina Friedla am 30.4.2009 in Wrocław.

Andrea Sinn

Warum Düsseldorf?

Zur Diskussion um die Verlegung des Hauptsitzes des Zentralrats der Juden in Deutschland

Der Zentralrat der Juden in Deutschland, der in diesem Jahr sein 60jähriges Bestehen feiert, ist die politische Vertretung der jüdischen Gemeinden und Landesverbände in Deutschland und versteht seine Aufgabe als Körperschaft des öffentlichen Rechts vor allem darin, die Interessen seiner inzwischen etwa 120 000 Mitglieder nach außen zu vertreten.¹ Im April 1999 bezog der Zentralrat nach vielen Jahren im Rheinland seinen heutigen Verwaltungssitz, das vierstöckige ‚Leo-Baeck-Haus‘ an der Tucholskystraße 9 in Berlin. Der Wechsel des Hauptsitzes von Bonn nach Berlin sei „eine logische Folge der deutschen Einheit“, erklärte der damalige Präsident des Rates, Ignatz Bubis, und auch „ein Stück Bekenntnis“ zu Berlin.² In ähnlicher Form hatte bereits vier Jahre zuvor der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Jerzy Kanal, die Zustimmung der Delegierten aller Landesverbände zum Umzug in die neue Bundeshauptstadt kommentiert: „Es gab keinen besonderen Widerstand. Es ist schließlich nur eine logische Konsequenz. Wir sind früher einmal von Düsseldorf zum Regierungssitz nach Bonn gezogen. Jetzt ziehen wir von Bonn nach Berlin, wo Parlament und Regierung ihren Sitz haben werden. Die Möglichkeiten werden einfach größer.“³

Wie von Kanal angedeutet, diskutierten Direktoriumsmitglieder und Delegierte der Landesverbände 1995 keineswegs zum ersten Mal über die Verlegung des Hauptsitzes. Seit der Gründung des Zentralrats beschäftigten sich die in diese Gremien gewählten Vertreter der deutschen Juden mehrfach mit

¹ Vgl. hierzu die Selbstdarstellung des Zentralrats auf seiner Homepage: <http://www.zentralratjuden.de/de/topic/1.html> (7.3.2010).

² Marlies Emmerich: Zentralrat der Juden zieht an historischen Ort. Neuer Verwaltungssitz ist die ehemalige „Hochschule für die Wissenschaft des Judentums“ in Mitte. In: Berliner Zeitung vom 20.4.1999.

³ Marlies Emmerich: „Die Möglichkeiten werden einfach größer“. Jerzy Kanal zum Umzug des Zentralrats der Juden. In: Berliner Zeitung vom 27.11.1995.



1 Hendrik George van Dam

der Frage, welche Stadt die geeignetste für den Sitz des Zentralrats sei: Gegründet im Juli 1950 in Frankfurt am Main, verlegte der Zentralrat noch im selben Jahr seine Büroräume in die Hansestadt Hamburg und beschloss Mitte 1952, nach Düsseldorf umzuziehen. Unter dem Vorsitz von Werner Nachmann erfolgte 1985 die Übersiedelung des Zentralratsbüros von Düsseldorf in die Hauptstadt Bonn, die man schließlich 1999 in Richtung der neuen Bundeshauptstadt Berlin verließ.

War 1950 die Wahl des Juristen Dr. Hendrik George van Dam⁴ zum ersten Generalsekretär des Zentralrats entscheidender Grund für die

Verlegung des Sekretariats von Frankfurt am Main nach Hamburg, dem Wohnort des damals einzigen Angestellten des Dachverbandes,⁵ können die 1995 vom Berliner Gemeindevorsitzenden Kanal betonte Erweiterung der Möglichkeiten durch die Nähe zum Sitz der deutschen Bundesregierung und der von Bubis hergestellte Bezug zur deutsch-deutschen Geschichte als die entscheidenden Argumente für die Wahl der Bundeshauptstadt Bonn beziehungsweise Berlin zum Verwaltungssitz des Zentralrats verstanden werden.

Vergleichbar offensichtliche Gründe, welche die 1952 erfolgte räumliche Verlagerung von Hamburg nach Düsseldorf erklären könnten, gibt es nicht. Statt einfacher Antworten auf die Frage, warum der Zentralrat und mit ihm sein Generalsekretär 1952 von der Elbe an den Rhein zog, geben die Protokolle der Direktoriumssitzungen aus der Frühphase des Zentralrats Einblick in eine lebendige Diskussion um den geeignetsten Standort.

Seit 1951 wurde ein Verbleiben des Zentralratsbüros in Hamburg von Seiten der Direktoriumsmitglieder kritisch hinterfragt und über eine Verlegung des Sekretariats diskutiert. Ausgangspunkt dieser Debatte, die sich schnell zu einer Grundsatzfrage um die Ausrichtung der Arbeit des Zentralrats entwickelte, war die fordernde Feststellung, dass sich der Zentralrat ins-

⁴ Hendrik George van Dam, Jurist, geb. am 8.11.1906 in Berlin, gest. am 28.3.1973 in Düsseldorf, war von 1950 bis 1973 erster Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland.

⁵ Protokoll der Sitzung des Direktoriums des Zentralrates am 15./16.10.1950 in München. In: Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA), B.1/7,221.5, S. 2.

gesamt „mehr einschalten“ und „die Arbeit [...] viel konzentrierter vor sich gehen“ müsse.⁶ Die von Generalsekretär van Dam vorgeschlagene Aufteilung des Zentralrats in einzelne Dezernate wurde in diesem Zusammenhang als eine Möglichkeit zur Steigerung der Leistungsfähigkeit des Büros zwar positiv registriert, jedoch schnell von der Frage nach einem Umzug des Hauptsitzes zur Erweiterung des Handlungsspielraums der neugegründeten Dachorganisation verdrängt. Als alternative Standorte favorisierten die Befürworter einer Neuorientierung des Sekretariats zunächst entweder Frankfurt am Main, die Umgebung von Bonn oder München. In ihren Begründungen, warum sie als mögliche neue Standorte für das Zentralbüro gerade diese drei geographisch zentral beziehungsweise im Süden des Landes gelegenen Städte bevorzugten, nahmen die Direktoriumsmitglieder des Zentralrats sowohl auf die allgemeinen politischen Entwicklungen als auch die innerjüdischen Herausforderungen der ersten Nachkriegsjahre Bezug.

„Hamburg [ist] nicht geeignet als Sitz des Sekretariats“, brachte es der Berliner Gemeindevorsitzende und das Gründungsmitglied des Zentralrats, Heinz Galinski, auf den Punkt. „Es [das Sekretariat] sei in die Nähe von Bonn zu verlegen, damit der Zentralrat die Möglichkeit habe, auf die Gesetzgebung mehr einzuwirken – wir kommen immer zu spät. Die Memoranden verschwinden im Papierkorb.“⁷ Zustimmend erklärte der auf Wiedergutmachungsfragen spezialisierte Jurist und Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde in Württemberg, Dr. Benno Ostertag, dass auch er es für richtig halte, „wenn der Zentralrat zentraler liegen würde. Er denke an Frankfurt, um Unterstützung durch einen Landesverband zu haben, wodurch manche Kosten erspart werden könnten“.⁸ Der Idee von Galinski und Ostertag, die Einflussmöglichkeit des Zentralrats als politische Interessenvertretung der Juden in Deutschland durch einen Umzug ins Rheinland zu stärken, widersprachen die Vertreter des American Joint Distribution



2 Heinz Galinski (Foto: Freyer)

⁶ Direktoriumssitzung des Zentralrats am 29./30.4.1951. In: ZA, B.1/7, 221.13, hier S. 3 (29.4.1951).

⁷ Ebd.

⁸ Ebd., S. 3 f. (29.4.1951).

Committee (JDC), der Jewish Agency und der israelischen Regierung, die als Gäste an der Sitzung des Direktoriums im April 1951 teilnahmen. Der israelische Konsul Eliahu Livneh warnte vor zu großer Nähe zu Bonn: „Ein Mann, der in Bonn sitzt, würde in die Gefahr kommen, mißbraucht zu werden. Bayern sei bei der größten Zahl der Juden in Deutschland doch politisch-jüdisch der schwächste Punkt.“ In diesem Sinne äußerte sich auch der Direktor des JDC in der amerikanischen Besatzungszone, Samuel L. Haber. Er erklärte, „daß ihm für jüdische Belange als das wichtigste Zentrum München erscheine: bezüglich der Zahl der Juden und der Zahl der offiziellen jüdischen Büros“. Und „wenn es auch wichtig ist, mit den Bonner Behörden zusammenzuarbeiten“, bestätigte der Vertreter der Jewish Agency, W. Schwarz, Habers Argumentation, „so ist die Frage der DP [Displaced Persons] doch von gleicher Bedeutung“.⁹ Im Fehlen jüdischer Vertreter in München, die bei der Verhaftung des bayerischen Staatskommissars für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, Philipp Auerbach, wegen des Verdachts auf Betrug und Unkundenfälschung sowie der Schließung des Wiedergutmachungsamtes zu Beginn der Fünfziger Jahre hätten eingreifen können, erkannten sie darüber hinaus einen zusätzlichen Grund, der für die Wahl der bayerischen Landeshauptstadt zur neuen Basis der zentralen jüdischen Vertretung sprach.¹⁰

Zu einer Abstimmung über die Frage der Verlegung des Sitzes des Zentralrats – ob in die Nähe von Bonn, in die Hauptstadt selbst oder nach München – kam es am Ende dieses Mei-

⁹ Zitate von Livneh, Haber und Schwarz sind entnommen aus: Direktoriumssitzung des Zentralrats am 29./30.4.1951. In: ZA, B.1/7, 221.13, hier S. 3 f. (29.4.1951).

¹⁰ Ebd. – Philipp Auerbach, der seit 1946 als bayerischer Staatskommissar für rassistisch, religiös und politisch Verfolgte in München das Amt für Wiedergutmachung führte und in zahlreichen Gremien die Interessen der Juden in Deutschland vertrat, wurde 1951 vom Bayerischen Justizministerium, allen voran dem ersten Vorsitzenden der CSU, Josef Müller, beschuldigt, Reparationszahlungen veruntreut zu haben. Während der Untersuchung wurde das Amt für Wiedergutmachung in München vorübergehend geschlossen. Im April 1952 begann der aufsehenerregende, durch starke antisemitische Tendenzen geprägte Prozess gegen Auerbach, der im August 1952 in kleineren Anklagepunkten schuldig gesprochen wurde. Philipp Auerbach, geb. am 8.12.1906 in Hamburg, nahm sich am 16.8.1952 in München das Leben. Zur Auerbach-Affäre vgl. Wolfgang Krausshaar: Die Auerbach-Affäre. In: Julius H. Schoeps (Hg.): Leben im Land der Täter. Juden im Nachkriegsdeutschland (1945–1952). Berlin 2001, S. 208–218; Jay Howard Geller: Jews in Post-Holocaust Germany, 1945–1953. Cambridge 2005, S. 208–211.

nungsaustauschs nicht. Weder wollten die Anwesenden die Verlegung des Sekretariats von dem Skandal um Philipp Auerbach beziehungsweise der im Großraum München lebenden DP-Bevölkerung abhängig machen, noch konnten die Argumente für einen Umzug in die neue Hauptstadt beziehungsweise die Umgebung von Bonn vorbehaltlos überzeugen. Abgesehen davon stimmten die Mitglieder des Direktoriums im Frühjahr 1951 noch darin überein, „daß der Zentralrat für alle Juden (auch die in Ostdeutschland) da sein soll“ und man deshalb den Kontakt mit Berlin und Ostdeutschland halten sollte, solange man ihn noch habe.¹¹

Einige Monate später, im August desselben Jahres, positionierte sich der Generalsekretär des Zentralrats, Hendrik George van Dam, in seinem Tätigkeitsbericht für die Periode Januar bis August 1951 jedoch sehr deutlich. Unter der Überschrift „Verhältnis zu Spitzenbehörden. Frage der Verbindungsstelle“ diskutierte er die Möglichkeit eines Umzugs ins Rheinland im Zusammenhang mit einer notwendigen Verbesserung der Beziehungen zu verschiedenen bundesrepublikanischen Ministerien: „Die Frage stellt sich, wieweit eine Verbindungsstelle in Bonn erforderlich ist. Bisher wurde vom Direktorium die Schaffung einer derartigen Verbindungsstelle abgelehnt. Hierbei handelt es sich insbesondere um den Austausch von Informationen, sofortige Einsichtnahme in Gesetzesentwürfe und unmittelbare Fühlungnahme mit den Beamten der zentralen Stellen in Bonn. Eine andere Möglichkeit der Lösung der Frage wäre die Verlegung des Sekretariats in das Rheinland, z. B. nach Düsseldorf oder Köln.“¹²

Bereits unmittelbar nach der Gründung des Zentralrats, im September 1950, hatten deutsche Politiker über die Einrichtung respektive Besetzung eines Referats für jüdische Angelegenheiten bei der Bundesregierung nachgedacht und diese Idee an die Direktoriumsmitglieder des Zentralrats herangetragen. Diese kamen „[...] nach sorgfältiger Beratung und Prüfung aller Erwägungen zu der Auffassung, dass die Einrichtung eines besonderen Referates für jüdische Angelegenheiten keine zweckdienliche und zweckentsprechende Lösung darstellt, um die

¹¹ Direktoriumssitzung des Zentralrats am 29./30.4.1951. In: ZA, B.1/7, 221.13, hier S. 3 (29.4.1951).

¹² Bericht des Generalsekretärs für die Periode Januar – August 1951. In: ZA, B.1/7,246, hier: 4. Verhältnis zu Spitzenbehörden. Frage der Verbindungsstelle.

zwischen der Bundesregierung und der Judenheit Deutschlands gegebenen Fragen zu behandeln“. Vielmehr vertrat man die Meinung, „dass die Vertretung der jüdischen Angelegenheiten bei der Bundesregierung und ihren Organen ausschliesslich Sache unserer zentralen Selbstverwaltungskörperschaft, nämlich des Zentralrates der Juden in Deutschland ist“.¹³ Obwohl man von dieser Einschätzung nicht abrücken wollte, so hatte sich seit der Gründung des Zentralrats gezeigt, dass in verschiedenen Fragen, insbesondere der Klärung von Eigentumsverhältnissen und Zustand der jüdischen Friedhöfe im Bundesgebiet, der Wiedergutmachungsgesetzgebung sowie der Schaffung einer zentralen Wohlfahrtsstelle, die Nähe zur Regierung in Bonn für die erfolgreiche Arbeit des Sekretariats von entscheidender Bedeutung war.¹⁴ So kam es, dass die Verlegung des Sitzes des Zentralrats in der Direktoriumssitzung am 4. Mai 1952 erneut verhandelt wurde. Generalsekretär van Dam sprach sich aufgrund der schlechten Finanzlage des Zentralrats sowie der Nähe zum Leiter der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland, der ihn regelmäßig während des Urlaubs und Abwesenheiten vertrat, für die Beibehaltung des Büros in Hamburg aus, das mit verhältnismäßig geringen Kosten arbeiten könne.¹⁵ Die Tatsache, dass die Gemeinde in Köln bereit war, für die Errichtung eines Büros unentgeltlich drei Büroräume zur Verfügung zu stellen, und ein Kölner Büro die Errichtung einer ebenfalls mit Kosten verbundenen Bonner Zweigstelle unnötig machen würde, wertete jedoch auch van Dam positiv. „Das Direktorium beschloss indessen nach eingehender Beratung, an der der Generalsekretär teilweise nicht teilnahm, die Verlegung des Büros nach Düsseldorf mit Wirkung vom 1. Juni 1952.“¹⁶

Auf Provinz- und Landesebene hatte sich Düsseldorf, dessen mittelgroße Synagogengemeinde deutsch-jüdisch geprägt

¹³ Schreiben des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland an Staatssekretär Ritter von Lex, Bundesministerium des Innern, vom 16.10.1950. In: Staatsarchiv Hamburg, 522–2 Jüdische Gemeinde Hamburg, Abl. 2005–1.738.

¹⁴ Vgl. Bericht des Generalsekretärs für die Periode Januar–August 1951. In: ZA, B.1/7, 246.

¹⁵ Beschlussprotokoll der Sitzung des Direktoriums des Zentralrats am 4.5.1952 in Frankfurt/Main. In: ZA, B.1/7, 221.19, hier S. 2; Schreiben von Hendrik G. van Dam an Carl Katz, Bremen, vom 17.11.1953. In: ZA, B.1/7, 120.

¹⁶ Beschlussprotokoll der Sitzung des Direktoriums des Zentralrats am 4.5.1952 in Frankfurt/Main. In: ZA, B.1/7, 221.19, hier S. 2.

war,¹⁷ schon frühzeitig gegenüber den anderen Gemeinden in der britischen Zone als Standort der zentralen Instanzen durchsetzen können: So hatten nicht nur der Zonenausschuss und der Landesverband Nordrhein, die in ihrer Anfangsphase beide von Philipp Auerbach geführt wurden, ihre Büros in Düsseldorf eingerichtet; in der Landeshauptstadt erschien auch das von dem Journalisten Karl Marx herausgegebene *Jüdische Gemeindeblatt* beziehungsweise *Die Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland*, welche sich zum bevorzugten Informationsorgan der Juden, zunächst in der Britischen Zone, später deutschlandweit mit einer beachtlichen nicht-jüdischen Leserschaft entwickelte. Die Anziehungskraft, die Düsseldorf bereits durch die Präsenz dieser drei Organe ausübte, war bis zum Zeitpunkt der Entscheidung des Zentralrats für eine Verlegung seines Hauptsitzes 1952 durch die Ansiedelung der Arbeitsgemeinschaft jüdischer Gewerbetreibender und Industrieller sowie der Arbeitsgemeinschaft jüdischer Juristen noch weiter gestiegen.¹⁸ So beauftragte der Zentralrat im Mai 1952 den Vorsitzenden der Synagogengemeinde Düsseldorf und des Landesverbandes der jüdischen Gemeinden von Nordrhein, Julius Dreifuß, „Räume, die er von der Stadt nachgewiesen erhalten hatte, zu mieten“ und instand zu setzen, damit der Generalsekretär, gemäß den Wünschen des Direktoriums, das Büro ab dem 1. Juni 1952 in Düsseldorf führen könne. Mit der Verlegung des Büros nach Düsseldorf – nicht zuletzt aufgrund der Bürogemeinschaft mit der Arbeitsgemeinschaft jüdischer Gewerbetreibender und Industrieller – ging eine erste Vergrößerung des Verwaltungsapparats einher.¹⁹

¹⁷ 1952 hatte die Synagogengemeinde Düsseldorf über 345 Mitglieder. Vgl. Donathe Strathmann: *Auswandern oder Hierbleiben? Jüdisches Leben in Düsseldorf und Nordrhein 1945–1960*. Essen 2003, S. 42.

¹⁸ Vgl. zur Geschichte der Synagogengemeinde Düsseldorf sowie der Bedeutung Düsseldorfs die differenzierte Studie von Donathe Strathmann: *Auswandern oder Hierbleiben? Jüdisches Leben in Düsseldorf und Nordrhein 1945–1960*. Essen 2003, hier bes. S. 387–390.

¹⁹ Vgl. zum Interesse der Stadt an der Niederlassung des Zentralrats in Düsseldorf das Schreiben von Julius Dreifuß, für das Direktorium, an das Wohnungsamt der Stadt Düsseldorf, z.Hd. Herrn Direktor Gloock, Düsseldorf, vom 20.8.1953. In: ZA, B.1/7, 227. Hendrik G. van Dam war ab Ende August 1951 in Düsseldorf gemeldet. Schreiben von Hendrik G. van Dam an den Oberstadtdirektor Rensemans, Düsseldorf, vom 23.12.1952. In: ZA, B.1/7, 227. Zur Vergrößerung des Apparats vgl. Statuten und Organisation des Zentralrats der Juden in Deutschland. Bemerkungen zu dem Statutenentwurf vom Juni 1954. In: ZA, B.1/7, 235. Vgl. auch Notiz „Zentralrat der Juden in Deutschland nach Düsseldorf verlegt“ sowie: „Düsseldorf neues

Eine genauere Betrachtung dieses Entscheidungsprozesses im Direktorium des Zentralrats, an dessen Ende der Umzug nach Düsseldorf stand, erscheint nicht allein wegen der Unterschiedlichkeit der zur Diskussion stehenden Standorte interessant. Sie fasziniert insbesondere deshalb, weil es de facto nicht um die geographischen Vorzüge einzelner Städte ging, sondern die Direktoriumsmitglieder im Rahmen dieser Auseinandersetzung (in)direkt über die Ausrichtung der Arbeit des Sekretariats verhandelten.

Formulierten die Repräsentanten der in München ansässigen, zionistischen Instanzen ihr 1951 im Zentralrat abgegebenes Votum für die bayerische Landeshauptstadt auch als Plädoyer für die DPs und deren Belange, so war für sie eine Verlegung des Sitzes des Zentralrats nach München gleichbedeutend mit der Zustimmung der Führung der Juden zu der von ihnen geförderten Auswanderung beziehungsweise geforderten Beendigung jüdischer Präsenz in Deutschland. Dem entgegen stand die insbesondere von den Direktoriumsmitgliedern Galinski und Ostertag propagierte, aber auch vom Generalsekretär van Dam unterstützte Ansiedelung des Zentralrats als der politischen Interessenvertretung der Juden in Deutschland in der Nähe der Bundesregierung, um so eine länger- oder langfristige Zukunft für Juden in Deutschland zu schaffen beziehungsweise zu sichern.

Mit Düsseldorf hatte der Zentralrat einen Ort gefunden, der eine gewisse Unabhängigkeit von der deutschen Regierung signalisierte, die den Vertretern des Direktoriums nach Ablehnung eines Referat für jüdische Angelegenheiten bei der Bundesregierung ein besonderes Anliegen war, aber die räumliche Distanz genügend reduzierte, um die Effizienz und Reaktionsmöglichkeit des Sekretariats insbesondere im Kontakt mit den Bundesministerien deutlich zu verbessern. Düsseldorf überzeugte jedoch nicht nur durch seine Nähe zu Bonn, sondern bot vor allem durch die bereits bestehende jüdische Infrastruktur beste Voraussetzungen als neues Zuhause für die zentrale Interessenvertretung der Juden in Westdeutschland.

Die 1952 getroffene Entscheidung des Zentralrats für einen Umzug ins Rheinland markiert folglich nicht nur den Beginn einer intensiveren Zusammenarbeit zwischen der deutschen

jüdisches Zentrum“. In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland vom 6.6.1952.

Bundesregierung und dem Zentralrat, sondern ist zugleich Ausdruck eines neuen Selbstbewusstseins der Führung der Juden in Deutschland: Sie steht am Beginn einer langsamen Ablösung von den verschiedenen jüdischen Organisationen in der Welt und stellt einen ersten Schritt hin zu einer dauerhaften Existenz jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland dar.

BILDNACHWEIS

Abb. 1: Ralph Giordano (Hg.): Narben, Spuren, Zeugen. 15 Jahre Allgemeine Wochenzeitung der Juden in Deutschland, Düsseldorf 1961, S. 120.

Abb. 2: Ralph Giordano (Hg.): (wie Abb. 1), S. 465/Archiv Jüdische Presse.

Sollten Rechteinhaber nicht ermittelt worden sein, bitten wir um Verständnis und nachträgliche Mitteilung an den Verlag.

Hendrik Niether

„Strandgut eines grausamen Sturmes“

Das Verhältnis ehemaliger Leipziger Juden zur
Leipziger jüdischen Nachkriegsgemeinde

In einem Bericht über den ersten Besuch in seiner ehemaligen Heimatstadt Leipzig nach vierundzwanzigjähriger Abwesenheit schrieb der in Israel lebende Alexander Landau 1960 den abschließenden Satz: „Alles in allem: für mich war das alles ein grosser Friedhof und ich glaube, dass jeder einzelne von uns, der an meiner Stelle gewesen wäre, dasselbe Empfinden gehabt hätte.“¹ Das Zitat verweist auf die ambivalente Beziehung der im Exil lebenden ehemaligen Leipziger Juden zur Nachkriegsgemeinde in der DDR. Das Verhältnis war einerseits davon geprägt, dass sich die Gemeinde einer ständigen Konkurrenz zu den ehemaligen Leipzigern ausgesetzt sah, die durch ihre Verbände das Erbe der Vorkriegsgemeinde aufrecht zu erhalten suchten.² Andererseits bedeutete die durch die Verfolgung im ‚Dritten Reich‘ bedingte weite Verstreuung von ehemaligen Leipziger Juden für die Verbliebenen ein im Vergleich zu nichtjüdischen Bürgern des Staates breiteres Spektrum von Kontakten ins westliche Ausland, das ihnen eine andere Perspektive auf den ostdeutschen Staat eröffnete.

Ehemalige Leipziger Juden fuhren in unregelmäßigen Abständen in die DDR und besuchten Verwandte sowie die Grabstellen ihrer Vorfahren auf den beiden jüdischen Friedhöfen. Gleichzeitig besuchten sie das Gemeindehaus in der Löhrrstraße 10. Gerade während der Leipziger Messe war es für Besucher

¹ Mitteilungsblatt des Verbandes ehemaliger Leipziger in Israel vom September 1960, S. 5.

² Die Auseinandersetzung um die Rechtsnachfolge der während des ‚Dritten Reichs‘ untergegangenen Gemeinden fand grundsätzlich zwischen den in Deutschland verbliebenen Juden und den internationalen jüdischen Organisationen im Ausland statt. Jay Howard Geller: *Jews in Post-Holocaust Germany, 1945–1953*. Cambridge 2005, S. 17–51; Peter L. Münch: *Zwischen „Liquidation“ und Wiederaufbau. Die deutschen Juden, der Staat Israel und die internationalen jüdischen Organisationen in der Phase der Wiedergutmachungsverhandlungen*. In: *Historische Mitteilungen* 10 (1997), S. 81–111.

aus dem Westen leichter, in die DDR einzureisen, was sich viele ehemalige Leipziger zunutze machten.

Gleichwohl brachten den Juden in der DDR die Kontakte ins westliche Ausland erhebliche Probleme: Bereits 1949, zur Zeit der Staatsgründung und der Stalinisierung von Partei und Gesellschaft, wurde eine regelrechte Kampagne gegen Zionismus und Westemigranten begonnen, die 1953 zu einer Massenfucht von Juden aus der DDR führte.³ Auch wenn mit dem Tod Stalins die direkten Kampagnen ein Ende fanden – Juden standen über die gesamten vierzig Jahre der DDR hinweg unter Generalverdacht, zionistische und imperialistische Agenten zu sein. Insbesondere in der Handelsmetropole Leipzig, die für DDR-Verhältnisse stets eine breite internationale Anbindung hatte und nach Ostberlin die größte jüdische Gemeinde in der DDR beherbergte, fanden derartige Verdächtigungen günstigen Nährboden.⁴

Leipzig als jüdische Stadt

Vor 1933 bestand in Leipzig die sechstgrößte jüdische Gemeinde in Deutschland. Aufgrund der zentralen Lage galt die Stadt als wirtschaftliches Verbindungsglied zwischen Ost- und Westeuropa, was sich auch auf das jüdische Leben auswirkte: Mit ihrer Messe und den großen Rauchwarenauktionen zog sie im 19. Jahrhundert zahlreiche Juden aus osteuropäischen Städten an, von denen sich nicht wenige in der Stadt niederließen. So entwickelte sich in Leipzig die zweitgrößte Ostjudengemeinde Deutschlands.⁵ Die daraus entstehende Heterogenität führte gleichzeitig zu einem breiten Netzwerk unterschiedlicher jüdischer Vereine und einer Vielfalt religiöser Strömungen.⁶

³ Esther Ludwig: Die Auswirkungen des Prager Slánsky-Prozesses auf die Leipziger Juden 1952/53. In: Ephraim-Carlebach-Stiftung (Hg.): *Judaica Lipsiensia. Zur Geschichte der Juden in Leipzig*. Leipzig 1994, S. 228–244; Robert Allen Willingham: *Jews in Leipzig. Nationality and Community in the 20th century*. Austin/Texas 2005, S. 159–199.

⁴ Adolf Diamant: *Chronik der Juden in Leipzig. Aufstieg, Vernichtung und Neuanfang*. Leipzig 1992, S. 368 und S. 707; Vorstand der Israelitischen Religionsgemeinde in Leipzig, Steffen Held (Hg.): *Zwischen Tradition und Vermächtnis. Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig nach 1945*. Hamburg 1995, S. 26.

⁵ Thomas Kübler: Zur Demographie der jüdisch verfolgten Bürger Leipzigs 1933–1945. Methodik und Ergebnisse. In: Ephraim-Carlebach-Stiftung: *Judaica Lipsiensia* (wie Anm. 3), S. 12–27.

⁶ André Bach: Die jüdischen sozialen Vereine Leipzigs 1929–1938/39. In: Ephraim-Carlebach-Stiftung: *Judaica Lipsiensia* (wie Anm. 3), S. 132–143.



1 Gedenkstein in der Gottschedstraße, dem Platz, an dem bis zum 9. November 1938 die große Synagoge stand (um 1974)

Insgesamt gab es sechs Synagogen unterschiedlicher Ausrichtungen.⁷

Obwohl die jüdische Minderheit nie mehr als 2,1 Prozent der gesamten Stadtbevölkerung ausmachte,⁸ leisteten einzelne Persönlichkeiten einen erheblichen Beitrag zur kulturellen Vielfalt Leipzigs. Sie prägten die städtische Kultur durch zahlreiche von ihnen gegründete literarische und musikalische Verlagshäuser sowie durch Studium und Lehre an der Universität. Namen wie Franz Rosenzweig, Martin Buber, Marc Bloch, Hans Joachim Schoeps, Julius Fürst und Felix Haussdorf lassen sich mit der Alma Mater Lipsiensis verbinden.⁹

Juden gründeten in Leipzig gemeinnützige Einrichtungen wie die Ariowitsch-Stiftung, in deren Haus ein jüdisches Al-

tenheim eingerichtet wurde, und die Eittington-Stiftung, die ein jüdisches Krankenhaus finanzierte. An zentraler Stelle am Augustusplatz ließ der Bankier Hans Kroch 1927 das erste Hochhaus der Stadt bauen. Und bereits 1843 hatte der Komponist Felix Mendelssohn-Bartholdy mit dem Leipziger Konservatorium die erste Musikhochschule Deutschlands gegründet.

Der Nationalsozialismus machte der Vielfalt jüdischen Lebens in Leipzig ein Ende. Bereits vor 1938 emigrierten zahlreiche jüdische Bürger. Nach der von den Nazis euphemistisch so bezeichneten ‚Reichskristallnacht‘ vom 9. auf den 10. November des Jahres nahm die Zahl derjenigen, die die Stadt verließen, weiter zu. Die ‚Arisierung‘ und Liquidierung sämtlicher jüdischer Einrichtungen sowie die Deportationen ab dem 21. Januar 1942 nach Riga, Belzec, Buchenwald, Auschwitz und Theresienstadt löschten das jüdische Leben in der Stadt fast vollstän-

⁷ Thomas Schinköth: Jüdische Musikkultur und jüdische Musiker 1855–1933. In: Ephraim-Carlebach-Stiftung: Judaica Lipsiensia (wie Anm. 3), S. 59.

⁸ Barbara Kowalzik: Jüdisches Erwerbsleben in der Inneren Nordvorstadt Leipzigs 1900–1933. Leipzig 1999, S. 7.

⁹ Stephan Wendehorst: Eine jüdische Geschichte der Universität Leipzig: Konzeption, Umsetzung, Perspektiven. In: Ders. (Hg.): Bausteine einer jüdischen Geschichte der Universität Leipzig. Leipzig 2006, S. 11–14.

dig aus.¹⁰ Lediglich 24 Juden erlebten das Ende des ‚Dritten Reichs‘ und die damit verbundene Befreiung direkt in Leipzig.

Die meisten Überlebenden befanden sich im Exil und blieben dort. In Israel, den USA und in der Bundesrepublik schlossen sie sich in Ehemaligenverbänden zusammen. Während die in New York ansässige Leipziger Jews Benevolent Association und der westdeutsche Ehemaligenverband mit Sitz in Frankfurt am Main nur für kurze Zeit bestanden, ist der 1953 in Tel Aviv gegründete Verband ehemaliger Leipziger in Israel bis heute eine der größten und aktivsten dieser sogenannten Landsmannschaften, die sich unter dem Dachverband CENTRA zusammengeschlossen haben.¹¹

Die Leipziger Nachkriegsgemeinde

Die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig wurde am 15. Mai 1945 – bereits eine Woche nach der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht – durch einen provisorischen Vorstand gegründet. Doch barg diese Revitalisierung von vornherein Probleme. Die Gründerväter der Nachkriegsgemeinde waren hauptsächlich Juden, die in von den Nazis so definierten ‚Mischehen‘ überlebt hatten. Während vor dem Zweiten Weltkrieg Rabbiner und Intellektuelle wie der Rabbiner Ephraim Carlebach und der Jurist Fred Grubel die Führungsgruppe der Gemeinde gebildet hatten, engagierten sich unmittelbar nach 1945 vor allem Personen aus kaufmännischen Berufen.¹² Deren Wissen um die jüdische Tradition war gering. Daher waren die neuen Vorstandsmitglieder zwar gute Administratoren, jedoch keine ‚geistigen Führer‘, die sich mit der Geschichte, Kultur und Liturgie der Leipziger Vorkriegsgemeinde eingehend beschäftigten.¹³

Neben den liberalen deutschen Juden traten osteuropäische Displaced Persons (DPs), befreit aus den Zwangsarbeiter- und

¹⁰ Willingham: Jews in Leipzig (wie Anm. 3), S. 97–132.

¹¹ Hardy Fraenkel: Irgun ole Leipzig be-israel. Festschrift, 1953–1993. Tel Aviv 1993, S. 35–42; Leo Baeck Institute Jerusalem, Document Collection, Nr. 465: Aufruf des Irgun Oleh Leipzig Beisrael, o.D.

¹² Held: Zwischen Tradition und Vermächtnis (wie Anm. 4), S. 9; Willingham: Jews in Leipzig (wie Anm. 3), S. 137–143; Ruth Gay: Das Undenkbare tun. Juden in Deutschland nach 1945. München 2001, S. 112 f.

¹³ Lothar Mertens: Davidstern und Hammer und Zirkel. Die jüdischen Gemeinden in der SBZ/DDR und ihre Behandlung durch Partei und Staat 1945–1990. Hildesheim u. a. 1997, S. 23.



2 Gottesdienst mit
Gemeindevorsitzendem
Eugen Gollomb
(um 1985)

Konzentrationslagern um Leipzig, der Gemeinde bei. Sie stammten mehrheitlich aus Polen. Da die sowjetische Besatzungsmacht im Gegensatz zu den westlichen Alliierten keine DP-Lager in ihrer Zone zuließ und den Großteil der Flüchtlinge in die Westzonen abdrängte, ließ sich die kleine Zahl von in der SBZ verbliebenen jüdischen DPs in den größeren Städten nieder. Dort erhofften sie sich durch die sich neu organisierenden Gemeinden eine jüdische Infrastruktur. Einige dieser DPs spielten im Leipziger jüdischen Leben, vor allem in den letzten Dekaden der DDR, eine herausragende Rolle: Überwiegend in Polen geborene Personen waren es, die ab 1967 die jeweiligen Gemeindevorstände bildeten. Der aus Lodz stammende Eugen Gollomb war zwanzig Jahre lang Gemeindevorsitzender.¹⁴ Obwohl die osteuropäischen Juden im Vergleich zu den überlebenden deutschen Juden eine tiefere Religiosität aufwiesen, definierten sie ihre Herkunft und Tradition über die jiddische Sprache und die Kultur. Zwar war die Leipziger Gemeinde bereits vor dem Krieg osteuropäisch geprägt, die Mehrheit der Neankömmlinge aus Polen wusste jedoch nichts über die Geschichte des Leipziger Judentums und beschäftigte sich auch nicht mit diesem Thema.

¹⁴ Getzel Taube (d. i. Eugen Gollomb): Flüchten und Standhalten. In: Lutz Niethammer, Alexander von Plato, Dorothee Wierling (Hg.): Die volkseigene Erfahrung. Eine Archäologie des Lebens in der Industrieprovinz der DDR. 30 biographische Eröffnungen. Berlin 1991, S. 248–297.

Hinzu kamen externe Faktoren, die das jüdische Leben in der DDR auf eine harte Probe stellten: Das Konzept der religiösen Gemeinschaft stand grundsätzlich im Widerspruch zu der atheistisch ausgerichteten kommunistischen Regierungspolitik. Daher waren die Mitglieder der jüdischen Gemeinden den Staatsorganen von vornherein verdächtig. Gerade bezüglich ihrer Kontakte ins westliche Ausland behielt das Ministerium für Staatssicherheit die jüdischen Bürger und ihre Institutionen stets im Auge.

Eine weitere Schwierigkeit im Verhältnis zwischen dem Staat und den Juden bestand im geschichtspolitischen Umgang der DDR-Regierung mit der jüdischen Tradition und der nationalsozialistischen Judenverfolgung. Die Marginalisierung der von der SED herablassend als ‚bürgerlich‘ bezeichneten jüdischen Geschichte ließ der gemeindeinternen Beschäftigung mit der eigenen Kultur wenig Raum. Durch die Konzentration historischer Diskurse auf den kommunistischen Widerstand fassten sowohl die SED-Geschichtsschreibung als auch das staatlich ritualisierte Gedenken an das ‚Dritte Reich‘ den Holocaust nicht als zentrales Element der nationalsozialistischen Politik auf, wodurch die Juden im Vergleich mit den antifaschistischen Kämpfern in der ostdeutschen Gesellschaft lediglich als ‚Opfer zweiter Klasse‘ galten.¹⁵

Kritischer Blick von Außen

Die Schwierigkeiten jüdischen Lebens in der DDR waren den Juden im westlichen Ausland wohl bewusst. Im Zusammenhang mit einem Gedenkbuch zur Leipziger jüdischen Geschichte, welches der Verband ehemaliger Leipziger in Israel gemeinsam mit dem New Yorker Leo Baeck Institute seit Ende der Sechziger Jahre plante, kam das zum Ausdruck.¹⁶ Eine wichtige Intention des Gedenkbuches war, die Erinnerung an die Leipzi-

¹⁵ Jeffrey Herf: *Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland*. Berlin 1998; Karin Hartewig: *Zurückgekehrt. Die Geschichte der jüdischen Kommunisten in der DDR*. Köln, Weimar, Wien 2000.

¹⁶ Das besondere Interesse des Leo Baeck Institute an der Leipziger jüdischen Geschichte rührte nicht zuletzt daher, dass Fred Grubel, seit 1966 Direktor des Instituts, bis 1938 Verwaltungsdirektor der Leipziger Gemeinde gewesen war. 1938 emigrierte er mit seiner Familie aus Leipzig in die USA. Zu Beginn der Fünfziger Jahre entschied er sich endgültig, in New York zu bleiben. Fred Grubel: *Schreib das auf eine Tafel, die mit ihnen bleibt. Jüdisches Leben im 20. Jahrhundert*. Wien 1998.

ger Vorkriegsgemeinde zu erhalten. Denn falls deren Geschichte nicht möglichst bald schriftlich festgehalten werde, sei „bei der besonderen Lage Leipzigs“ kaum damit zu rechnen, dass dies in voraussehbarer Zukunft noch geschehe. Damit spielten die ehemaligen Leipziger auf die Lage der Stadt in der DDR an. Für sie war klar: Die Mitglieder der ostdeutschen Gemeinde waren unfähig, die Erinnerung an das jüdische Leben in Leipzig vor dem ‚Dritten Reich‘ aufrecht zu erhalten. Daher mussten die ehemaligen Leipziger handeln. Sonst fielen die „Entwicklung der Leipziger Judenheit, ihre Leistungen und Leiden [...] unwiederbringlich der Vergessenheit anheim“.¹⁷

Die Exil-Leipziger hatten ein weitgehend negatives Bild von der ostdeutschen Nachkriegsgemeinde. Am 5. Juli 1978 sandte der Vorsitzende des israelischen Ehemaligenverbandes einen Brief nach Leipzig, in dem es unter anderem um ein gemeinsames Problem beider Institutionen ging, nämlich die Überalterung ihrer Mitglieder. Dadurch würden sowohl die Gemeinde als auch der israelische Verband bald nicht mehr existieren. Für seine Organisation sah der Verbandsvorsitzende die Rettung in dem Gedenkbuch. In diesem Werk könnte sich der Ehemaligenverein ebenso wie die Leipziger Vorkriegsgemeinde in der Erinnerung der Nachwelt erhalten. Der Leipziger Nachkriegsgemeinde räumte er diese Chance nur ein, wenn einer ihrer Repräsentanten in einem Kapitel über die Zeit nach 1945 aufzeige, „wie Juden nach der Vertreibung durch die Faschisten noch einmal einen Versuch unternommen haben, das Zerstörte wieder aufzubauen und warum dieser Versuch trotz aufopfernder Arbeit und großzügiger materieller Unterstützung durch die Behörden misslungen sei, beziehungsweise warum er nicht gelingen konnte“.¹⁸

Der Eindruck des Verbandsvorsitzenden, die Revitalisierung der Gemeinde in Leipzig sei nach dem Krieg gescheitert, drückt die 1978 noch immer bestehende geringe Wertschätzung der ehemaligen Leipziger Juden im Ausland gegenüber den in Deutschland Lebenden aus. Für die Emigranten war es auch dreißig Jahre nach Kriegsende nicht verständlich, wie Ju-

¹⁷ Central Archives for the History of the Jewish People Jerusalem, D/Le 1/34: Wilhelm Harmelin: Memorandum. Eine Geschichte der Juden in Leipzig? Manuskript vom 26.4.1967.

¹⁸ Archiv der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig (LGA) Nr. 575: Schreiben des Verbandes ehemaliger Leipziger in Israel an die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig vom 5.7.1978.

den weiterhin in diesem Land leben konnten. Hinzu kam im Falle der DDR ein westlicher Antikommunismus, der vom Verband auf die Juden in der ostdeutschen Gemeinde übertragen wurde. Die nicht Zurückgekehrten bezweifelten, dass sich unter solchen Umständen ein ‚richtiges‘ jüdisches Leben entwickeln und erhalten konnte.

Ungeachtet der Aufforderung zur Mitarbeit am Gedenkbuch muss die ablehnende Haltung des Auslandes für die Leipziger Gemeinde ein Affront gewesen sein. Die Leipziger selbst sahen ihre Gemeinde nicht als gescheitertes Projekt an.

Die Kritik von außen weckte in ihnen den Eindruck, das westliche Ausland habe die DDR-Gemeinden weitgehend aufgegeben. In Anbetracht der Tatsache jedoch, dass der Verband ehemaliger Leipziger in Israel mehr und mehr Kontakte mit der DDR-Gemeinde pflegte, musste diese Einschätzung in Leipzig irritierend wirken. So hatten einige ehemalige Leipziger ihre Geburtsstadt und deren Gemeinde bereits mehrfach besucht, und der Gemeindevorsitzende Eugen Gollomb war 1977 in Israel mit Mitgliedern des Verbandes zusammengetroffen.¹⁹

Ein Besuch in Leipzig 1960

Die ablehnende Haltung der ehemaligen Leipziger gegenüber der Nachkriegsgemeinde findet sich in ihren Berichten über Reisen in die DDR wieder. Ihr Verhältnis zur einstigen Heimatstadt war äußerst ambivalent: Während der Besuche schwankte es zwischen dem Schock der Konfrontation mit der alten Heimat sowie dem Misstrauen gegenüber der ostdeutschen Bevölkerung einerseits; andererseits einer gewissen Wiedersehensfreude und der Begeisterung dafür, dass jüdisches Leben in Ostdeutschland trotz der Maßnahmen des kommunistischen Regimes überhaupt noch existierte.

Die Reiseberichte Alexander Landaus in den Mitteilungsblättern des Leipziger Ehemaligenverbandes vom September 1960 und April 1961 verweisen exemplarisch auf die gemischten Gefühle, die ehemalige Leipziger mit Reisen nach Leipzig verbanden.²⁰ Bei seiner Ankunft in Ostberlin war Landau sehr erstaunt, dass „alle Vorstellungen, die man aus der Presse hat,

¹⁹ Vgl. hierzu die zahlreichen Schriftwechsel in LGA Nr. 489, 497, 518, 570, 573–575; Privater Nachlass Eugen Gollomb: Reisebericht o.D. (1977).

²⁰ Die folgenden Zitate stammen aus dem Mitteilungsblatt des Verbandes ehemaliger Leipziger in Israel vom September 1960, S. 5, sowie dem



3 Mahnmal auf dem Neuen Israelitischen Friedhof von 1951 (um 1970)

nicht den Tatsachen entsprechen. [...] Die Läden und Schaufenster sind voll mit Lebensmitteln. Es gibt zeitweilige Mangelware. So können einmal Eier, oder Äpfel oder ein anderes Nahrungsmittel fehlen. Aber zum Sattessen ist genug da.“ Auch über die Bevölkerung zeigte er sich überrascht. Die Menschen waren, „wenn auch nicht luxuriös“, so doch „durchweg anständig angezogen“.

Im Vergleich zu diesen ersten Eindrücken aus Berlin fiel Landaus Urteil über seine ehemalige Heimatstadt wesentlich negativer aus: „Man steht und blickt in leere Räume. Immer wieder muss man sich an alten bekannten Gebäuden orientieren.“ Landau erkannte Leipzig kaum wieder. Die Stadt war ihm fremd. Ständig verlor er die Orientierung. Den Johannisplatz beschreibt er als eine „totale Öde“, die noch stehenden Häuser waren für ihn nichts als Kulisse: „Es sind nur die Aussenwände, die stehen geblieben sind. Innen sind die Häuser hohl.“ Bei diesem Anblick packte ihn das Gefühl eines „leisen Grausens“. Am liebsten wäre er sofort wieder abgereist.

Doch nicht nur das Stadtbild, auch das jüdische Gemeindeleben beschreibt Landau mit äußerst kritischem Blick: „Der winzige Rest jüdischen Lebens, soweit man diesen Ausdruck dafür anwenden kann, ist geblieben. 140 Mitglieder sind der Gemeinde verschrieben. Davon stehen vielleicht 5 im Berufsleben. Alle Übrigen leben von der Rente, die der Staat ihnen gewährt.“ Landau berichtet, dass die meisten der Gemeindemitglieder in sogenannten Mischehen lebten und dass ihm „alle Menschen und alle Namen unbekannt“ waren. Sowohl die Stadt als auch das Gemeindeleben empfand er als ausgestorben.

Landaus in der Einleitung dieses Aufsatzes erwähnte Friedhofsmetapher fasste seine Gefühle angesichts des ausgestorbenen Leipzigs zusammen. Doch war der Friedhof nicht nur eine Metapher. Der Besuch der jüdischen Grabstätten war für die ehemaligen Leipziger bei Reisen in die alte Heimatstadt obligatorisch. Landau bezeichnet die Friedhöfe in seinem zweiten Bericht als „die Stätte[n] derjenigen, die über alle Stürme uns in

Erinnerung geblieben sind. Ob Eltern, Geschwister oder andere nahe Verwandte, die auf einem der Leipziger jüdischen Friedhöfe begraben sind. Jeder, der an einen seiner Lieben denkt, ihm verbindet sich der Gedanke ganz unbewusst mit dem Platz, auf dem der teure Tode [sic] zur ewigen Ruhe gebettet ist.“

Ein wesentlicher Kritikpunkt seines ersten Artikels hatte sich auf den Alten Jüdischen Friedhof in der Berliner Straße bezogen. Dort sollten nach seinen Informationen etwa 9 000 Gräber zu einem Gemeinschaftsgrab zusammengelegt werden, da die Mittel zur Pflege des Friedhofs nicht mehr ausreichten. Landau hielt dies für eine Unverfrorenheit. Allerdings waren diese Angaben schlichtweg falsch. Eine Zusammenlegung der Gräber war keineswegs geplant.

Aufgrund der Fehlinformationen wandte sich die Gemeinde im November 1960 empört an den Verband ehemaliger Leipziger und forderte eine Richtigstellung. Dieser nahm „mit Befriedigung davon Kenntnis [...], dass der Bericht unseres Freundes Landau auf falschen Informationen beruht“. Die Vorsitzende Lotte Fischbein versprach, darüber im nächsten Mitteilungsblatt zu berichten. Mit Genugtuung habe sie gelesen, „dass der Rat der Stadt Leipzig ab 1961 die gesamte Pflege der beiden Friedhöfe mit allen Kosten und Unkosten übernommen“ habe.²¹ Dies hatten die örtlichen Regierungsorgane zwar bereits seit Jahren getan, doch jetzt sollten nach Vorstellung des Stadtrates zusätzlich alle Grabsteine restauriert werden. Der Druck von Außen schien in der Tat eine gewisse Wirkung zu zeigen. Die staatlichen Behörden waren sich wohl bewusst, dass die jüdischen Gemeinden für die Legitimation des antifaschistischen Gründungsmythos der DDR im Hinblick auf das westliche Ausland eine große Rolle spielten.²²

Landaus Richtigstellung im Mitteilungsblatt vom April 1961 berichtete daraufhin begeistert von der staatlichen Initiative. Er lobte sie in höchsten Tönen: „Beim Schreiben dieser Zeilen kam mir so irgendwie zum Bewusstsein, dass sich doch die Welt zum Guten gewandelt hat. Allein die Tatsache, dass eine, wenn auch irrtümliche Äusserung von mir eine solche Reaktion auslösen konnte, soll hier mit Dank vermerkt sein. In den Herzen dieser Menschen, die heute die Geschichte der Stadt Leipzig leiten, liegt Verantwortungsgefühl und Pietät.“

²¹ LGA Nr. 627: Schreiben von Lotte Fischbein an die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig vom 17.2.1961.

²² Hartewig: Zurückgekehrt (wie Anm. 15), S. 559.

Dieser Stimmungswandel schlug sich in dem ganzen zweiten Bericht nieder. Das negative Urteil über die Gemeinde schien, zumindest in Teilen, revidiert: „Und es berührte mich eigenartig, dass noch ein Fünkchen, ein kleines aber glühendes Fünkchen übrig geblieben ist. Der Raum [des Gemeindehauses in der Löhstraße 10][...] sieht so aus, als wenn nichts geschehen wäre. Man sitzt drinnen, so wie man einst vor 30 Jahren dort gegessen haben mag. Nur, dass es ruhiger ist. Kein Betrieb mehr.“ Zwar sah Landau immer noch einen Bruch in der Gemeindefradition, empfand diesen aber ein halbes Jahr später als gar nicht mehr so gravierend: „Der spärliche Rest jüdischen Lebens war schon deshalb verwunderlich, weil Menschen an einer Tradition anknüpften, die fast alle gar keine Beziehungen zu dieser Tradition hatten. Ihre Schicksale und sie selbst mögen Strandgut eines grausamen Sturmes gewesen sein. Nun leben sie ein geruhsames und würdiges Leben.“ Landaus veränderte Einstellung mag befremdlich wirken, und es ist zu bezweifeln, dass er die Begeisterung über die staatlichen Initiativen der DDR auch noch wenige Monate später empfand. Nachdem am 13. August 1961 über Nacht die Berliner Mauer hochgezogen worden war, schien der Kontakt der Leipziger Gemeinde ins westliche Ausland endgültig abzubrechen.

Fazit

Allein, der Mauerbau bedeutete nicht das Aus für die Beziehungen zwischen den ehemaligen Leipzigern und der Nachkriegsgemeinde. Seit Ende der Sechziger Jahre nahm die Zahl der jüdischen Besucher aus dem westlichen Ausland in Leipzig wieder zu. Die Motivation, der ehemaligen Heimat einen Besuch abzustatten, fasste der 1935 aus Leipzig emigrierte und seitdem in Jerusalem lebende Simson Jakob Kreutner in einem Brief an die Leipziger Gemeinde vom 14. Februar 1967 zusammen: „Es war und ist mein Wunsch, mit der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig von heute, ihren Führern und Mitgliedern, ihrer Synagoge und ihren Institutionen zusammen zu kommen. Ich hoffe, dass es mir möglich sein wird, diesen Wunsch bei einem passenden Zeitpunkt durchzuführen, und ich habe die Absicht, noch im Laufe dieses Jahres Ihnen diesbezüglich einen Vorschlag zu machen.“²³

²³ LGA Nr. 491: Schreiben Simson Jakob Kreutner an die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig vom 14.2.1967.

Je größer der Abstand zu den Ereignissen des ‚Dritten Reichs‘ wurde, desto mehr ehemalige Leipziger versuchten, die alte Heimat wieder zu sehen. Dies war durch die strikten Einreisebeschränkungen der DDR für aus dem westlichen Ausland Kommende nicht immer ganz einfach. Umso mehr erstaunt, wie vielen es dennoch gelang und welche positive Erfahrungen sie zu machen schienen. Viele bedankten sich nach ihrer Abreise für den freundlichen Empfang in der Gemeinde und zeigten sich recht angetan vom dortigen jüdischen Leben, so zum Beispiel der aus Zürich kommende Johnny S. Kremer 1971: „Ich komme zurück auf meinen Besuch bei Ihnen während der Leipziger-Messe, bei welcher wir ein sehr anregendes Gespräch führen konnten. Es war äußerst interessant für mich, bei dieser Gelegenheit vernehmen zu können, dass auch in der DDR noch ein aktives Judentum existiert und Ihre Angaben über die Verhältnisse in den Synagogen in Leipzig und der DDR sind hier allgemein auf großes Interesse gestoßen.“²⁴

Die Besuche ehemaliger Leipziger Juden in ihrer einstigen Heimat verweisen auf eine Lücke im gegenüber dem Westen vermeintlich abgeschlossenen System der DDR – wenngleich das Verhältnis zwischen der Landsmannschaft in Israel und der Gemeinde jenseits des Eisernen Vorhangs nicht immer von gegenseitigem Vertrauen geprägt war und es abschließend zu betonen gilt, dass die Mehrheit der ehemaligen Leipziger während der vierzig Jahre SED-Herrschaft ihrer einstigen Heimatstadt keinen Besuch abstattete. Zu groß war die Furcht davor, mit dem Ort des Geschehens konfrontiert zu werden. Daneben bestand bei vielen die Angst, nach einem Besuch in Leipzig nicht mehr aus der DDR herausgelassen zu werden.²⁵ Schilderungen über Repressionen und den umfangreichen Überwachungsapparat des ostdeutschen Staates, strikte Einreisebeschränkungen sowie Schikanen an der Grenze hielten viele ehemalige Leipziger Juden von einer Einreise ab.

BILDNACHWEIS

Abb. 1–3: Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig; Fotosammlung.

²⁴ LGA Nr. 574: Schreiben Johnny S. Kremer an die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig vom 3.11.1971.

²⁵ So geäußert von Irit Rosenberg, Haifa, in einem Gespräch in Leipzig am 14.5.2008 in Leipzig.

Tobias Freimüller

Frankfurt am Main – Intellektuelles Zentrum jüdischen Lebens in der Bundesrepublik

Neben München und West-Berlin war Frankfurt am Main das wichtigste Zentrum jüdischen Lebens in der alten Bundesrepublik und galt vielen als jüdischste Stadt Westdeutschlands¹ – nicht nur, weil die rund 5 000 Frankfurter Gemeindemitglieder etwa ein Sechstel der Gesamtzahl der Juden in der Bundesrepublik ausmachten. Einer breiteren Öffentlichkeit ist Frankfurt aber erst seit den Achtziger Jahren als Zentrum jüdischen Lebens präsent, denn in den ersten Nachkriegsjahrzehnten lebten die bekannten Vertreter der Juden in Deutschland (vor allem Karl Marx und Hendrik George van Dam, später Werner Nachmann und Heinz Galinski) nicht in Frankfurt, und auch der Zentralrat hatte seinen Sitz nicht am Main.

Wo Frankfurter jüdisches Leben in den Spalten überregionaler Zeitungen auftauchte, ging es nicht um institutionelle Vertretung und prägende Funktionäre, sondern eher um intellektuelle Debatten. Bereits in den Fünfziger Jahren entstand mit dem Institut für Sozialforschung unter Max Horkheimer und Theodor W. Adorno eines der wichtigsten intellektuellen Zentren der frühen Bundesrepublik in Frankfurt. Seit den späten Sechziger Jahren machte beispielsweise Daniel Cohn-Bendit, der Sohn des Justizars der jüdischen Gemeinde, Erich Cohn-Bendit, zwischen Frankfurt und Frankreich Furore. Im ‚Häuserkampf‘ im Frankfurter Westend wurden in den frühen Siebziger Jahren die antisemitischen Unter- und Zwischentöne debattiert, die in der Auseinandersetzung mit Immobilien-,Spekulanten‘ zu hören waren und die in der Fassbinder-Kontroverse 15 Jahre später wieder aufschienen.² Das vermeintliche ‚Coming Out‘ der jüdischen Gemeinschaft in den Achtziger Jahren ist somit auch vor

¹ Cilly Kugelmann: Frankfurter Nachkriegskarrieren. In: Fritz Backhaus/Raphael Gross/Michael Lenarz (Hg.): Ignatz Bubis. Ein jüdisches Leben in Deutschland. Frankfurt am Main 2007, S. 46–51, hier S. 46; vgl. auch: Presse- und Informationsamt der Stadt Frankfurt am Main (Hg.): Jüdisches Leben in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main 1999.

² Zuletzt hierzu: Michael Lenarz: Ignatz Bubis und die Auseinandersetzungen um das Frankfurter Westend. In: Backhaus/Gross/Lenarz: Bubis (wie Anm. 1), S. 52–66.

dem Hintergrund einer spezifischen Konstellation jüdischen Lebens in Frankfurt zu verstehen, in der die zweite Generation von Juden in der Bundesrepublik sozialisiert wurde.

Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Frankfurts zeigt wenig Auffälligkeiten: Sie verlief – wenn man angesichts der geringen Zahl vergleichbarer Großgemeinden überhaupt davon sprechen möchte – typisch.³ Auch in Frankfurt schien 1945 das jüdische Leben ausgelöscht: Von ehemals gut 26 000 lebten nach Ende des Zweiten Weltkriegs nur noch etwa 150 bis 200 Juden in der Stadt. Diese überlebenden deutschen Juden und Rückkehrer aus den Konzentrationslagern gründeten trotz aller Schwierigkeiten eine neue Gemeinde am Ort. Daneben existierte mit dem DP-Lager in Frankfurt-Zeilsheim im Sommer 1945 für die in die US-Zone strömenden Juden und mit dem Komitee der befreiten Juden in Frankfurt am Main de facto eine parallele Gemeindestruktur für die Juden aus Osteuropa. Gemeinde und Komitee fusionierten 1949, so dass sich eine für die Bundesrepublik typische, von osteuropäischen Juden dominierte, vorerst aber von deutschen Juden repräsentierte Großgemeinde entwickelte.

Die Attraktivität des Ortes Frankfurt für jüdische DPs aus Osteuropa beruhte zunächst auf seiner Lage in der amerikanischen Besatzungszone. Vor allem das Lager Zeilsheim bildete ein „exterritoriales Amerika“⁴, aber auch in der Stadt selbst sahen sich die Juden nicht nur mit den Deutschen konfrontiert, sondern mit einer massiven Präsenz der amerikanischen Besatzer. Als im September 1945 ein erster Gottesdienst in der provisorisch instandgesetzten Synagoge stattfand, nahmen daran dreimal so viele amerikanische Soldaten wie deutsche und osteuropäische Juden teil.⁵ Auch die internationalen Hilfsorgani-

³ Wer ein Haus baut, will bleiben. 50 Jahre Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main. Anfänge und Gegenwart (Begleitbuch zur Ausstellung im Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt am Main 10.12.1998–14.2.1999). Frankfurt am Main 1998; Roberto Fabian: Ein Erbe als Herausforderung. Die jüdische Gemeinde in Frankfurt am Main von 1945 bis heute. In: Otto R. Romberg/Susanne Urban-Fahr (Hg.): Juden in Deutschland nach 1945. Bürger oder „Mit“-Bürger. Frankfurt am Main 1999, S. 134–145. Zu der Entwicklung der Frankfurter Gemeinde in den ersten Nachkriegsjahren jetzt: Alon Tauber: Zwischen Kontinuität und Neuanfang. Die Entstehung der jüdischen Nachkriegsgemeinde in Frankfurt am Main 1945–1949. Wiesbaden 2008.

⁴ Cilly Kugelmann: Identität osteuropäischer Juden in der Bundesrepublik. In: Micha Brumlik u. a. (Hg.): Jüdisches Leben in Deutschland seit 1945. Frankfurt am Main 1988, S. 177–181, hier S. 178.

⁵ Tauber: Kontinuität (wie Anm. 3), S. 128.

sationen siedelten sich in Frankfurt an: Neben dem American Jewish Joint Distribution Committee (Joint), der United Restitution Organization und der International Restitution Successor Organization (IRSO) entsandten auch die Jewish Agency und 1950 auch der World Jewish Congress einen Vertreter an den Main. Die „close encounters“ zwischen Deutschen, Juden und Besatzern, die Atina Grossmann für die ersten Nachkriegsjahre – vor allem für Berlin – nachgezeichnet hat⁶, bestanden demnach auch in Frankfurt und existierten auch nach 1949 weiter, denn die amerikanische Präsenz in der Stadt wurde im Kalten Krieg dauerhaft etabliert. Frankfurt wurde zum Brückenkopf der Vereinigten Staaten von Amerika in Deutschland und entwickelte sich zur internationalsten und amerikanischen Stadt der Bundesrepublik.

Es war jedoch nicht allein die Präsenz der Amerikaner und der Hilfsorganisationen, welche Frankfurt zu einem bevorzugten Ort jüdischen Lebens machten. Auch aus der Stadt selbst war Ermutigendes zu vernehmen: Zur Jahreswende 1946/47 rief Oberbürgermeister Walter Kolb die aus Frankfurt emigrierten Juden zur Rückkehr auf und versicherte, „unser Bestes zu tun, dass Sie sich in der alten Heimat wohlfühlen werden“⁷. So naiv diese feierliche Versöhnungsgeste – die auf ein allenfalls geteiltes Echo traf – anmuten mag, so war sie doch eine der überaus seltenen öffentlichen Rückkehraufforderungen an die Juden, und als solch symbolischer Akt fügte sie sich ein in das Bild einer Stadt, die tatsächlich bestrebt war, Emigranten einen Wirkungsraum zu verschaffen.⁸ Dies bezeugt auch die Reetablierung des Instituts für Sozialforschung und die Berufung der drei jüdischen Universitätsrektoren Max Horkheimer, Oscar Ganz und Fritz Neumark zwischen 1951 und 1955.

Parallel zu dieser Entwicklung konnte sich in den Fünfziger Jahren die jüdische Gemeinde stabilisieren. So stellte die Stadt unbürokratisch einige der Gebäude zur Verfügung, die der Vorkriegsgemeinde gehört hatten. 1956 wurde eine Einigung mit

⁶ Atina Grossmann: *Jews, Germans, and Allies. Close encounters in occupied Germany*. Princeton u. a. 2007.

⁷ Zitiert nach: Oberbürgermeister Kolb zum Neuen Jahr. In: *Frankfurter Rundschau* vom 2.1.1947.

⁸ Vgl. zur Remigration nach Frankfurt: Monica Kingreen: *Zurück nach Frankfurt. Rückkehr aus dem Exil in die Stadt am Main*. In: Axel Schildt/Stefanie Schüler-Springorum/Irmela von der Lühe (Hg.): *„Auch in Deutschland waren wir nicht wirklich zu Hause“*. Jüdische Remigration nach 1945. Göttingen 2008, S. 121–143.



1 Eröffnung der späteren Lichtigfeld-Schule (1966); in der Mitte Rabbiner Lichtigfeld

der IRSO erzielt, im selben Jahr beschloss die Stadt die Rückerstattung von 14 Liegenschaften und die Niederschlagung aller Entschädigungsansprüche der Gemeinde gegen eine Zahlung von 3,2 Millionen Deutschen Mark.

Die Gemeinde konnte nun ihre Institutionen ausbauen: Viel Geld wurde dabei in ein Altersheim investiert, zudem konnten 1958 ein Jugendzentrum und 1966 eine Grundschule eröffnet werden. Diese Einrichtungen machten Frankfurt für jüdische Rückkehrer erneut attraktiver – auch für solche, die nach 1945 zunächst nach Israel oder in die USA gegangen waren: Zwischen 1956 und 1959 verdoppelte sich die Zahl der Gemeindemitglieder nahezu auf 2 566⁹. Gleichzeitig wanderten im selben Zeitraum aber auch fast 14 Prozent der Gemeindemitglieder aus, der höchste Prozentsatz unter den jüdischen Großgemeinden. Die relativ hohe Fluktuation in der jüdischen Bevölkerung weist darauf hin, dass Frankfurt von Zu- und Rückwanderern (mehr als etwa München, das vor allem von DPs geprägt wurde, die dort gestrandet waren) bewusst als Ziel gewählt wurde und als Ort jüdischen Lebens in diesem Sinne neu geschaffen wurde.¹⁰

⁹ Harry Maor: Über den Wiederaufbau der jüdischen Gemeinden in Deutschland seit 1945. (Diss., unveröffentlicht) Mainz 1961, S. 256.

¹⁰ Dan Diner: 1968 – Club Voltaire. Vortrag im Rahmen der Ringvorlesung „Jüdische Erinnerungsorte in Frankfurt am Main – Juden in der Frankfurter Stadtgeschichte“, Johann Wolfgang Goethe-Universität, 11. Juni 2008.

Viele der Juden, die nach 1956 in die Bundesrepublik kamen beziehungsweise zurückkehrten, taten dies unter anderem mit dem Ziel, ihren Lebensabend hier zu verbringen und ihre Wiedergutmachungsverfahren zu betreiben; sie kamen auch, weil das Bundesentschädigungsgesetz seit 1956 6 000 DM Soforthilfe versprach oder weil sie im Ausland nicht hatten Fuß fassen können. Doch Frankfurt bot auch denjenigen vergleichsweise bessere Ausgangsbedingungen, die sich eine neue wirtschaftliche Existenz aufbauen wollten oder mussten. Durch die Ansiedlung der Bank deutscher Länder, die Rekonstituierung der Großbanken nach 1956 und die Ansiedlung der Bundesbank 1957 entwickelte sich die Metropole in kurzer Zeit zur Bankstadt. Aus Leipzig übersiedelte quasi geschlossen der Pelzwarenhandel, und der Erfolg der Messen am Verkehrsdrehkreuz Frankfurt war von Beginn an immens. Bereits 1952 kamen fast die Hälfte der Aussteller aus dem Ausland, und Frankfurt wurde – nach den Hafenstädten Hamburg und Bremen – zum drittgrößten Außenhandelszentrum der Bundesrepublik.¹¹

Juden spielten in diesem Frankfurter Wirtschaftswunder zwar keine prominente Rolle und erst recht gelang keine Anknüpfung an das jüdische Wirtschaftsleben der Vorkriegszeit, aber die Juden im Nachkriegs-Frankfurt konnten Chancen ergreifen, welche die stürmische Wirtschaftsentwicklung bot und für die wiederum nicht zuletzt die Besatzer ursächlich waren: Mitte der Fünfziger Jahre machten beispielsweise amerikanische Aufträge zwei Drittel des Auftragsvolumens der Baufirma Holzmann aus, und die US-Streitkräfte gaben in Frankfurt pro Monat 20 bis 25 Millionen DM aus.¹²

Seit Kriegsende hatte im Umkreis der US-Stützpunkte und im Bahnhofsviertel beispielsweise der Betrieb von Bars und Vergnügungslokalen eine Verdienstmöglichkeit eröffnet, nicht zuletzt für solche Juden aus Osteuropa, denen mangelnde deutsche Sprachkenntnisse den Zugang zu ihrem erlernten Beruf erschwerten.¹³ Bald konnten sich viele Frankfurter Juden aber auch im Handel, vor allem im Textilgewerbe, etablieren.¹⁴

¹¹ Werner Bendix: Die Hauptstadt des Wirtschaftswunders. Frankfurt am Main 1945–1956. Studien zur Frankfurter Geschichte, Band 49. Frankfurt am Main 2002, S. 288 und S. 307.

¹² Ebd., S. 82.

¹³ Anthony D. Kauders: Unmögliche Heimat. Eine deutsch-jüdische Geschichte der Bundesrepublik. München 2007, S. 74.

¹⁴ Kugelmann: Frankfurter Nachkriegskarrieren (wie Anm. 1), S. 49.

Wie Ignatz Bubis, der 1956 nach Frankfurt kam und in den Edelmetall- und Schmuckhandel sowie wenig später in den Handel mit Gebäuden und Grundstücken einstieg, engagierten sich Juden auch stark im Immobiliensektor. Cilly Kugelmann führt dies auf die spezifische Frankfurter Situation zurück: Wo die Banken ohne große Sicherheiten Kredite zum Ankauf von Grundstücken vergaben, welche die Stadt für ihre ausgreifenden Pläne zur Innenstadterweiterung benötigte, brauchte es „Akteure, die schnell handelten, keine Bindungen an die historisch gewachsene Umgebung hatten und ein hohes Risiko einzugehen bereit waren“¹⁵.

Zu den spezifischen Bedingungen jüdischen Lebens in Frankfurt zählte schließlich auch das intellektuelle Klima der Stadt. Jahrzehntlang regierte in Frankfurt und Hessen die – insbesondere in ihrer südhessischen Ausprägung dezidiert links stehende – SPD, der Hessen als Modellprojekt moderner Sozialdemokratie galt. Frankfurt war das Zentrum dieses politischen Gegenbildes zur Adenauer-Republik und wurde zu einem Ort der politischen Linken, der Kritik und der Opposition, der Gewerkschaften. Hier wirkte Generalstaatsanwalt Fritz Bauer als unermüdlicher Streiter für die juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen, hier bildete das Institut für Sozialforschung einen intellektuellen Anziehungspunkt, hier siedelte sich mit dem späteren Sigmund-Freud-Institut auch die Schule der Psychoanalyse wieder an.

Anthony Kauders, der die jüdische Gemeinschaft in der Bundesrepublik als „antiintellektuelle Gemeinschaft“¹⁶ bezeichnet hat, richtet seinen Blick vor allem auf die jüdischen Gemeinden, ihre Institutionen und Funktionäre. Für ihn lassen sich Personen wie Max Horkheimer oder Marcel Reich-Ranicki „nicht so ohne weiteres in eine jüdische Geschichte einbetten“, denn sie „bekannten sich immer zu ihrer jüdischen Herkunft, beide mischten sich auch hin und wieder ein, beide waren jedoch nur selten dazu bereit, sich als Teil eines jüdischen Kollektivs zu betrachten, in dem hauptsächlich Funktionäre das Sagen hatten“¹⁷. Tatsächlich ist eine erhebliche Kluft zwischen den jüdischen Intellektuellen in der Bundesrepublik, den Funktionären in den jüdischen Gemeinden und den Gemeindemitgliedern zu konstatieren. Dennoch ist das Wirken

¹⁵ Ebd., S. 51.

¹⁶ Kauders: Heimat (wie Anm. 13), S. 14.

¹⁷ Ebd., S. 12 f.

prominenter Remigranten nicht von der jüdischen Nachkriegsgeschichte zu trennen.

Rückkehrer wie Ernst Fraenkel, Ossip K. Flechtheim, Hans-Joachim Schoeps, Fritz Bauer und viele andere prägten die Geschichte der Bundesrepublik – auch wenn sie zweifellos mehr in die deutsche Mehrheitsgesellschaft hineinwirkten als in die jüdischen Gemeinden, auch wenn ihr Engagement (wie Kauders für Peter Zadek anmerkt) „jüdische Belange nur gelegentlich streifte“¹⁸.

Vor allem Berlin und Frankfurt wurden zu Wirkungsräumen jüdischer Remigranten, die beiden Städte, die zu den Zentren der Revolte von 1968 wurden. Die zweite Generation von Juden in der Bundesrepublik, so hat Dan Diner betont, wuchs in einem Umfeld auf, in dem es mehr jüdisches Leben gab als das durch die Gemeinde organisierte. In Frankfurt gab es „Anwälte, Intellektuelle, Journalisten, Politiker, die sich auf der großen Drehscheibe Frankfurt angesiedelt haben, als Juden“, und schon die Kinder konnten im Jugendzentrum, in der zionistischen Bewegung oder auf Ferienfahrten mit den unterschiedlichsten jüdischen Milieus in Kontakt kommen.¹⁹

Während sich die Frankfurter jüdische Gemeinde nicht selten vom Zentralrat unberücksichtigt, uninformiert und ungenügend repräsentiert sah und dessen Beziehungen zu den internationalen jüdischen Organisationen ebenfalls zeitweise gespannt waren, führten zahlreiche Gesprächsfäden von den internationalen Organisationen in jenes intellektuelle Umfeld, das seinerseits wenig Berührung mit den Gemeinden und ihren Funktionären hatte. Das American Jewish Committee beispielsweise korrespondierte statt mit dem Zentralrat lieber mit Regierungsstellen in Bonn oder mit Einzelpersonen wie Jakob Altmaier oder Max Horkheimer. Wollte man in New York Näheres über die Welle antisemitischer Vorfälle um die Jahreswende 1959/60 in Erfahrung bringen, so wandte man sich nach Frankfurt, und das Institut für Sozialforschung führte eine „quick pilot study“ über Antisemitismus durch. Und während Max Horkheimer wenig Gelegenheit fand, mit der jüdischen Gemeinde Frankfurt in Verbindung zu treten, so stand er mit dem American Jewish Committee in stetem Kontakt, lieferte

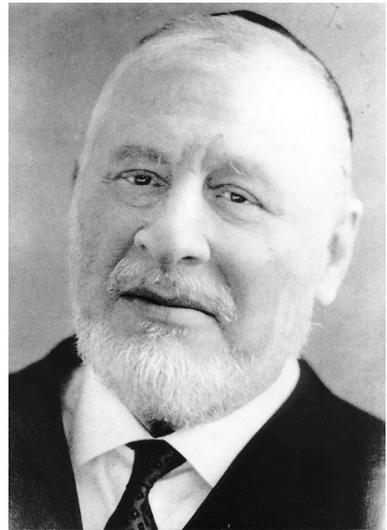
¹⁸ Ebd., S. 14.

¹⁹ Dan Diner: Man hat mit der Sache eigentlich nichts mehr zu tun. In: Richard Chaim Schneider: Wir sind da! Die Geschichte der Juden in Deutschland von 1945 bis heute. Berlin 2000, S. 233–252, hier S. 244 f.

unermüdlich Einschätzungen der Lage in Deutschland und organisierte schließlich in die Sechziger Jahren jene Study Trips in die USA, auf denen Gruppen bundesdeutscher ‚Multiplikatoren‘ aus der Flakhelfergeneration nicht nur Amerika, sondern vor allem die Demokratie und die dazu notwendigen Lehr- und Erziehungsmethoden kennenlernen sollten.²⁰

Das Leben der Gemeindemitglieder wurde von internationalen Verflechtungen dieser Art freilich kaum berührt. Insbesondere die Älteren unter ihnen blieben auf soziale Fürsorge und Betreuung angewiesen; die Integration von deutschen Juden und ehemaligen DPs blieb schwierig – wenn auch die Grenzen zwischen den beiden Gruppen de facto verschwammen, wie die Beispiele Ignatz Bubis und Isaak Emil Lichtigfeld zeigen. Lichtigfeld, aus Galizien stammend, aber in Deutschland aufgewachsen, war seit 1954 in Frankfurt Gemeinderabbiner. Als hessischer Landesrabbiner wirkte er zugleich weit über Frankfurt hinaus und wurde als bald zu einer national wie international geachteten Persönlichkeit und religiösen Instanz.²¹ Vor Ort aber erwies sich die Neubelebung des religiösen Lebens als schwierig, Interesse und Teilnahme der Mitglieder am Gemeindeleben blieben auf deprimierend niedrigem Niveau. Als im Deutschlandfunk zweimal monatlich eine Ansprache Lichtigfelds gesendet wurde, erhielt der Sender zwar viele Zuschriften, aber, so stellte man 1965 irritiert fest, „merkwürdigerweise ausschließlich von nicht-jüdischen Hörern. Die Zuschriften waren ausnahmslos positiv.“²²

Das Desinteresse am Gemeindeleben führte ein Korrespondent der New York Post, der 1961 in einer Artikelserie über Juden in Westdeutschland berichtete, unter anderem auf deren fehlende Verwurzelung zurück. Ein intellektuelles und sozia-



2 Rabbiner
Isaak Emil Lichtigfeld

²⁰ Alfons Kenkmann: Study-Trips. Ein transatlantisches Bildungsprojekt. In: Monika Boll/Raphael Gross (Hg.): Die Frankfurter Schule und Frankfurt. Eine Rückkehr nach Deutschland. Göttingen 2009, S. 70–77.

²¹ Julius Carlebach/Andreas Brämer: Continuity or New Beginning? Isaac Emil Lichtigfeld, Rabbi in Frankfurt am Main und Hessen, 1954–1967. In: Year Book of the Leo Baeck Institute 42 (1997), S. 275–302.

²² Bericht Dr. Pick an Zentralrat, 1965. Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Heidelberg (ZA), B.1/13, 1963 (Zentralrat, Korrespondenz 1961–1966).

les jüdisches Leben in Deutschland gebe es kaum, berichtete er; es erschöpfe sich in gegenseitigen Besuchen, bei denen man von den Kindern im Ausland erzähle. Kein Jude empfinde Deutschland als seine Heimat, stets würden Fotos gezeigt von der Tochter in San Francisco oder dem Sohn in Kanada: „Even Jewish officials of the organized community have caught themselves referring to your Finance Minister, and your parliament in public speeches.“²³ Für viele Juden sei die amerikanische Präsenz nach wie vor die wichtigste Rückversicherung.

Die Fremdheit und Reserviertheit, die viele Juden gegenüber der eigenen Gemeinde und der Bundesrepublik empfanden und zeigten, lassen sich in diesem Sinne auch als Kehrseite jener ganz selbstverständlich praktizierten Internationalität verstehen, die den Immobilienhändler Bubis, den Professor Horkheimer und die Bewohner des gemeindeeigenen Altersheims verband.²⁴ Für Letztere, so berichtete der langjährige Leiter des Altersheims, Alfred Jachmann, bestand sozialer Kontakt nicht zuletzt aus Luftpostbriefen.²⁵ Weder lässt sich der jüdischen Bevölkerung in der frühen Bundesrepublik ein gleichsam natürliches Interesse an deren Demokratisierung und Liberalisierung unterstellen noch war von ihnen zu erwarten, dass sie sich in einer Art stellvertretenden Erinnerens der lokalen Tradition ihrer Gemeinde annahmen. Wo dies seit den frühen Sechziger Jahren in Frankfurt geschah, kamen die Anstöße von außen: Die Gründung der „Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden“ 1961 ging auf eine Anregung aus dem Londoner Kreis des ehemaligen Frankfurter Rabbiners Salzberger zurück – und der gleichzeitig unternommene erneute Versuch, mit emigrierten Frankfurtern Kontakt aufzunehmen, war eine Initiative der Stadt (wie auch später die seit den frühen Achtziger Jahren durchgeführten Besuchsprogramme, in deren Rahmen ehemalige Frankfurter für einige Tage eingeladen wurden und werden).

Als Identität ersatz²⁶ fungierte für die Generation der Überlebenden der Staat Israel. Je weniger man sich tatsächlich mit

²³ Harry Golden: The Jews in Germany 1961. In: New York Post vom 14.6.1961.

²⁴ Vgl. Michael Brenner: Nach dem Holocaust. Juden in Deutschland 1945–1950. München 1995, S. 198.

²⁵ Alfred Jachmann: Die Entwicklung der Altenpflege in Frankfurt am Main. In: 50 Jahre (wie Anm. 3), S. 152–155, hier S. 154.

²⁶ Dan Diner: Negative Symbiose. Deutsche und Juden nach Auschwitz. In: Brumlik u. a.: Leben (wie Anm. 4), S. 243–257, hier S. 283.

Auswanderungsgedanken trug, desto mehr versicherte man sich und der Welt der unbedingten moralischen und finanziellen Solidarität mit Israel. Die Paradoxie, die darin lag, ließ sich für die jüngere Generation kaum überbrücken. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene blieb nicht nur die Bundesrepublik fremd, sondern auch das Identitätsangebot Israel trotz intensiver Jugendarbeit formelhaft. Wer zeitweise nach Israel ging, kehrte – wie Cilly Kugelman oder Micha Brumlik – nicht selten desillusioniert zurück.

Das Bedürfnis nach Selbstverortung der zweiten Generation artikulierte sich vor allem in Frankfurt. Hier lässt sich über Auseinandersetzungen um eine kritische Jugendzeitschrift in der Gemeinde um 1966 und den Einzug einiger junger Delegierter in den Gemeinderat 1971, über das Engagement im ‚Sozialistischen Büro‘ und für die Zeitschrift *links* bis zu der so genannten Frankfurter ‚Jüdischen Gruppe‘ der Weg von Dan Diner, Micha Brumlik, Cilly Kugelman und anderen verfolgen.²⁷

Zeitweise ließ sich über die gemeinsame Distanz zur Bundesrepublik und zu ihrer lange Zeit nur schleppend ‚aufgearbeiteten‘ NS-Vergangenheit eine Brücke zu nichtjüdischen Gleichaltrigen bauen, doch der gemeinsame Boden auf dem Feld der politischen Linken erwies sich schon bald als schwankend, denn den Schwenk der Protestbewegung von der Solidarität mit Israel an die Seite des palästinensischen Befreiungskampfes konnten die Juden der zweiten Generation begreiflicherweise nicht mitvollziehen.²⁸ Die 1980 entstandene ‚Jüdische Gruppe‘, ein sich als ‚Selbsterfahrungsgruppe‘ verstehender Gesprächskreis²⁹, war ein Ergebnis dieser neuerlichen Fremdheitserfahrung.³⁰ Micha Brumlik erinnert die dort immer wieder diskutierten Themen: „Das Verhältnis deutscher und jüdischer Linker, unser Selbstverständnis im Verhältnis zu unseren Eltern

²⁷ Vgl.: Micha Brumlik: Kein Weg als Deutscher und Jude. Eine bundesrepublikanische Erfahrung. München 2000.

²⁸ Sabine Demm: Die Studentenbewegung von 1968 in Frankfurt am Main. Eine Chronologie. In: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 67 (2001), S. 161–247; Diner: Sache (wie Anm. 19).

²⁹ Shila Khasani: Oppositionelle Bewegung oder Selbsterfahrungsgruppe? In: Susanne Schönborn (Hg.): Zwischen Erinnerung und Neubeginn. Zur deutsch-jüdischen Geschichte nach 1945. München 2006, S. 160–177, S. 165.

³⁰ Vgl. auch: Henryk Broder/Michael Lang (Hg.): Fremd im eigenen Land. Frankfurt am Main 1979; Peter Sichrovsky: Wir wissen nicht, was morgen wird, wir wissen wohl, was gestern war. Junge Juden in Deutschland und Österreich. Köln 1985.



3 Demonstration
Börneplatz

und ihrem Entschluss, uns in Deutschland aufzuziehen bzw. ihre Fähigkeit oder Unfähigkeit, uns ihre Erfahrungen in der Verfolgung mitzuteilen. Nicht zuletzt aber setzten wir uns immer wieder mit dem Staat Israel und seiner Palästinenser-Politik auseinander, zu der wir in strikter Opposition standen.³¹

Insbesondere die scharfe Kritik an Israel, die vor allem während des Libanon-Krieges 1982 geäußert wurde, führte in der Jüdischen Gemeinde Frankfurt zu einem „Sturm der Empörung“³². Aber auch die Kritik an verkrusteten, wenig transparenten Strukturen in der Gemeindeführung forderte die Elterngeneration heraus – zumal die Jüngeren die lange bestimmende Tendenz zur Unauffälligkeit und affirmativen Zurückhaltung kritisierten, mit der sich das jüdische Establishment in der Bundesrepublik eingerichtet zu haben schien. Diese (auf Bundesebene prominent durch Werner Nachmann verkörperte) Haltung schien umso weniger tolerierbar, als die Debatte um die NS-Vergangenheit bereits wieder zurückgedrängt zu werden drohte, obwohl man eigentlich erst seit der Ausstrahlung des TV-Mehrteilers *Holocaust* 1979 den Kern, die Vernichtung der europäischen Juden, zu thematisieren begonnen hatte. So zumindest ließ sich manche geschichtspolitische Kontroverse der Achtziger Jahre lesen: Eine neue Form der Musealisierung der Vergangenheit und demonstrative, politische Versöhnungsgesten schienen einherzugehen mit Versuchen, die NS-Vergangenheit in einer insgesamt positiv konnotierten deutschen Nationalgeschichte aufgehen zu lassen. Der umstrittene Besuch Ronald Reagans in Bitburg und der ‚Historikerstreit‘ bildeten diese Pole genau ab.

Nach 1986 zerfiel die Frankfurter ‚Jüdische Gruppe‘. Die durch sie angebahnte Einmischung der jüdischen Gemeinschaft in die politischen Belange der Bundesrepublik fand jedoch ihre Fortsetzung beispielsweise in den Konflikten um die

³¹ Brumlik: Weg (wie Anm. 27), S. 141.

³² Ebd., S. 143.

Aufführung von Rainer Werner Fassbinders Theaterstück *Der Müll, die Stadt und der Tod* oder um einen Neubau der Stadtwerke am Börneplatz, welcher die – im Zuge dieses Bauprojekts erst wieder zutage getretenen – archäologischen Reste der alten Judengasse zu vernichten drohte.³³ Die jahrzehntelang praktizierte Ruhe und Zurückhaltung der jüdischen Gemein-

schaft und ihre weitgehende öffentliche Unsichtbarkeit fanden in Frankfurt gleichsam stellvertretend für die Gemeinden in der Bundesrepublik ihr Ende. Überdies traten mit Ignatz Bubis, Michel Friedman und Salomon Korn seit den Achtziger Jahren Vertreter an die Spitze der Gemeinde, die der jüdischen Gemeinschaft der Bundesrepublik ein neues Gesicht gaben. Fast gleichzeitig wurde 1986 das neue Gemeindezentrum eröffnet, bei dessen Eröffnung Salomon Korn den Satz sprach: „Wer ein Haus baut, will bleiben“³⁴. Dass es die Stadt Frankfurt war, in der diese Entwicklung ihr Zentrum – und ihre Vorgeschichte – hatte, verweist auf die Bedeutung der Stadt als intellektuelles Zentrum jüdischen Lebens in der alten Bundesrepublik. Zwei Jahre später eröffnete das Jüdische Museum Frankfurt.³⁵ Wer bleiben will, versichert sich der (jüdischen) Geschichte seines Ortes.



4 Demonstration gegen die Aufführung des Fassbinder-Stücks *Der Müll, die Stadt und der Tod*, 31. Oktober 1985

BILDNACHWEIS
Abb. 1 bis 3: Jüdisches Museum Frankfurt am Main.
Abb. 4: Klaus Meier-Ude.

³³ Dieter Bartetzko: Der Frankfurter Börneplatzskandal. In: Backhaus/Gross/Lenarz: Bubis (wie Anm. 1), S. 88–91; Michael Best (Hg.): Der Frankfurter Börneplatz. Zur Archäologie eines politischen Konflikts. Frankfurt am Main 1988; Georg Heuberger (Hg.): Stationen des Vergessens. Der Börneplatz-Konflikt. Frankfurt am Main 1992.

³⁴ Vgl. Wer ein Haus baut, will bleiben. 50 Jahre Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main. Anfänge und Gegenwart (Begleitbuch anlässlich der gleichnamigen Ausstellung im Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt am Main), Frankfurt am Main 1998.

³⁵ Georg Heuberger: Traditionsreicher Neubeginn. Das Jüdische Museum in Frankfurt am Main. In: Jüdischer Almanach des Leo-Baeck-Instituts 1997, Frankfurt am Main 1996, S. 9–26.

Monika Halbinger/Maximilian Strnad

„Ich schäme mich nicht zu gestehen, daß ich zutiefst ergriffen und bewegt war“

Ein Brief des jüdischen
Sozialdemokraten Ludwig Rosenberg
an Willy Brandt zum „Warschauer Kniefall“

Man kann sicherlich darüber streiten, ob man den ehemaligen DGB-Vorsitzenden Ludwig Rosenberg als jüdischen Sozialdemokraten bezeichnen darf. Wie manch andere Sozialdemokraten mit jüdischen Wurzeln hat auch Rosenberg nach der Shoa zunächst nicht öffentlich über seine jüdische Vergangenheit gesprochen. Er selbst begriff sich in seinen eigenen Worten als vollständig und vor allem als vollständig freiwillig assimiliert¹. Im Gegensatz zu Jeanette Wolf, die neben Ihrer Tätigkeit als Bundestagsabgeordnete der SPD auch innerhalb der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland aktiv war, nahm Rosenberg nicht am institutionalisierten jüdischen Leben teil.² Dennoch war er, wie im Folgenden gezeigt wird, nach 1945 dem Judentum und dem Staat Israel stark verbunden.

Historisch betrachtet war das Verhältnis von Sozialdemokratie und Judentum immer ambivalent. Zwar waren wichtige Vordenker des Sozialismus und Mitbegründer der sozialistischen Bewegung Juden oder hatten jüdische Wurzeln, doch hatten viele kein Bewusstsein mehr für die jüdische Tradition ihrer Vorfahren. Nach der Erfahrung durch die Shoa änderte sich das im Besonderen für die Sozialdemokraten in der BRD. Im Gegensatz zu den Kommunisten in der DDR hatten sie die Möglichkeit, sich mit der eigenen Vergangenheit, mit den eigenen jüdischen Wurzeln und mit dem Schicksal von Bekannten, Freunden und Familienmitgliedern auseinanderzusetzen.

¹ Frank Ahland: Ludwig Rosenberg. Der Bürger als Gewerkschafter. Inauguraldissertation. Witten 2002, S. 373.

² Birgit Seemann: Jeanette Wolff. Politikerin und engagierte Demokratin (1888–1976). Frankfurt/Main, New York 2000; Ahland: Rosenberg (wie Anm. 1), S. 372.

Auf der politischen Ebene mussten sich jüdische Sozialdemokraten mit Fragen zur Wiedergutmachung und Verjährung von NS-Verbrechen sowie zum Antisemitismus und zur Israelpolitik beschäftigen. Häufig sahen sie sich selbst antisemitischen Anfeindungen ausgesetzt. Aber auch im privaten Bereich war eine Auseinandersetzung notwendig, etwa über die Frage, ob ein Antrag auf Entschädigung als rassistisch Verfolgter des NS-Regimes gestellt werden sollte oder ob und in welcher Form man am jüdischen Leben in Deutschland teilnehmen wollte.

Am Beispiel eines besonderen Archivfundstückes soll diese Entwicklung nun verdeutlicht werden, eine Entwicklung, die selbst für Sozialdemokraten wie Ludwig Rosenberg gilt, für Sozialdemokraten also, die sich selbst als vollständig akkulturiert betrachteten.

Ludwig Rosenberg wurde am 29. Juni 1903 in Berlin geboren. Als Sohn eines Kaufmanns wuchs er in einem bürgerlichen Elternhaus auf. Die Großeltern mütterlicherseits kamen aus Posen. Sie waren nach Berlin gezogen, da sie sich dort bessere Lebens- und Zukunftschancen erhofften. Die Geschichte von Rosenbergs Familie war in gewisser Weise typisch für die vieler Berliner jüdischer Familien ihrer Zeit. In der Metropole durchliefen sie einen Akkulturationsprozess, der mit wirtschaftlichem Erfolg, dem Aufstieg ins Bildungsbürgertum und dem Wunsch verbunden war, die Chancen, die sich durch die Emanzipationsgesetzgebung boten, voll zu nutzen, ohne dabei die jüdische Religion zu verleugnen. So war ein „jüdisches Bürgertum sui generis“³ entstanden, das sich in Normen und Verhaltensmustern dem deutschen Bürgertum angeglichen hatte, sich in seiner religiösen Tradition und Praxis aber vom deutschen Bürgertum unterschied. Ludwig Rosenberg gehörte der nachfolgenden Generation an, die häufig nicht mehr in einem explizit jüdischen Umfeld erzogen worden war. Über eine jüdische Erziehung Rosenbergs ist seinem Biographen Frank Ahland zufolge jedenfalls nichts bekannt. Ahland vermutet, dass sich Rosenberg als Kind seines Judentums gar nicht bewusst gewesen sein könnte, so wie das bei einigen Juden seiner Generation der Fall war.⁴ Rosenbergs Eltern legten schon früh Wert

³ Michael A. Meyer (Hg.): *Deutsch-jüdische Geschichte in der Neuzeit*. Bd. 3 *Umstrittene Integration 1871–1918*. München 1997, S. 69.

⁴ Dies ist aus der Memoirenliteratur ersichtlich. Vgl. beispielhaft: Reinhard Bendix: *Von Berlin nach Berkeley. Deutsch-jüdische Identitäten*. Frankfurt am Main 1990; Ahland: *Rosenberg* (wie Anm. 1), S. 108.

auf ein heterogenes soziales Umfeld, und so sollte er ganz bewusst Umgang mit ‚Arbeiterkindern‘ haben. Hieraus lässt sich schließen, dass Rosenberg nicht nur über Klassen- sondern auch Konfessionsgrenzen hinweg sozialisiert wurde, ein Umstand, der auch seinen frühen Eintritt in die SPD mit 20 Jahren begünstigt haben dürfte. 1928 wurde Rosenberg hauptberuflicher Funktionär des liberalen Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftsbundes der Angestellten (GdA). Als ihn die Nationalsozialisten 1933 aus seinem Amt jagten, emigrierte er nach England, wo er als Lektor und Lehrer in der Arbeiterbildungsgesellschaft tätig war. Der Großteil seiner Familie emigrierte jedoch nicht, und so fürchtete Rosenberg bereits früh, dass auch seine Familie deportiert und ermordet worden war. Nach dem Krieg wurde Rosenbergs quälende Befürchtung Gewissheit: Vierzehn Familienangehörige, darunter seine Mutter, waren Opfer der Shoa geworden. Fortan lebte er in dem Bewusstsein, dass nur seine rechtzeitige Flucht aus Deutschland ihm das gleiche Schicksal erspart hatte.

Bereits 1946 kehrte Rosenberg nach Deutschland zurück. Er arbeitete zunächst im Gewerkschaftssekretariat der britischen Zone in Bielefeld. 1954 übernahm er die Leitung der Abteilung Wirtschaftspolitik im DGB-Vorstand, und 1959 wurde er stellvertretender DGB-Vorsitzender. Von 1960 bis 1962 war Rosenberg Präsident des Wirtschafts- und Sozialausschusses der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Von 1962 bis 1969 war er schließlich Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Mit seiner Rückkehr nach Deutschland verband Rosenberg die Hoffnung, an der Demokratisierung und Neugestaltung des Landes mitwirken zu können. Dieses sinnstiftende Motiv findet sich bei vielen Remigranten. Erinnert sei exemplarisch an den späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Jakob Altmaier, der die Entscheidung für eine Rückkehr nach Deutschland fällte, als ihm Kurt Schumacher 1949 anbot, in einer potentiellen Regierung als Verantwortlicher für die Wiedergutmachung zu arbeiten.⁵ Seitens der deutschen Gesellschaft wurden den Remigranten häufig Ablehnung und Ressentiments entgegengebracht.⁶

⁵ Christoph Moß: Jakob Altmaier. Ein jüdischer Sozialdemokrat in Deutschland (1889–1963). Köln 2003, S. 194–195.

⁶ Die jüdischen Remigranten erfuhren zusätzlich die starke Ablehnung seitens der nicht in Deutschland lebenden Juden, die eine Rückkehr ins Land der Täter meist kategorisch ablehnten.



1 Ludwig Rosenberg
und Willy Brandt (1961)

Viele – so auch Rosenberg – schwiegen daher über ihre Zeit im Exil, letztendlich aus dem Wunsch heraus dazuzugehören.

Für die ersten Nachkriegsjahre konstatiert Ahland eine „sekundäre Traumatisierung“, da es Rosenberg selbst mit Freunden – abgesehen von einigen Remigranten – nicht möglich war, über die durch die Shoa erlittenen Schmerzen zu reden. Wenn er überhaupt über die Gründe seines Exils sprach, so betonte er, dass er als aktiver Gewerkschafter und Sozialdemokrat ins Exil gehen musste. Die Gefährdung aufgrund seiner jüdischen Abstammung unterschlug er. Erst die Hetze der *Deutschen National- und Soldaten-Zeitung* – ein der rechts-extremen NPD nahestehendes Blatt –, die Rosenberg in den Sechziger Jahren wiederholt angriff und unter anderem als raffgierigen jüdischen Gewerkschaftsboszen darstellte, führte zu einem Wandel im Umgang mit seiner persönlichen Vergangenheit. Von nun an äußerte er sich auch öffentlich über seine jüdische Herkunft, über seine Flucht und über die Ermordung eines Großteils seiner Familie. Er tat dies allerdings meist nur in Andeutungen.⁷ Der Wandel in Rosenbergs Umgang mit seinen jüdischen Wurzeln ist allerdings auch vor dem Hintergrund eines allgemeinen gesellschaftlichen Wandels zu sehen, denn inzwischen war die Ansicht in der deutschen Gesellschaft mehrheitsfähig, dass gerade für Juden eine rechtzeitige Emigration mit keinem Stigma behaftet war.

⁷ Ahland: Rosenberg (wie Anm. 1), S. 12.

Auch wenn Rosenberg sich selbst nicht als Jude definierte und nach 1945 kein Mitglied einer jüdischen Gemeinde wurde, unterhielt er doch gute Kontakte zu Repräsentanten des deutschen Judentums – so beispielsweise zu dem Publizisten Karl Marx –, schrieb gelegentlich für jüdische Zeitungen und sprach auf Veranstaltungen der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit. Besonders engagiert zeigte sich Rosenberg in Bezug auf das Verhältnis zu Israel. Wenn er sich auch ausdrücklich nicht als Zionisten begriff, schrieb er doch angesichts der palästinensischen Terrorakte an Jakob Moneta, den Chefredakteur der Mitgliederzeitung *Metall* der IG Metall, dass er „froh“ darüber sei, wenn „Juden, die als nationale Gruppe in einem Staat leben wollen, das nach zweitausend Jahren tun können“⁸. Rosenberg hatte schon sehr früh eine emotionale Bindung an den Staat Israel entwickelt, was sich in häufigen privaten wie auch dienstlichen Reisen dorthin niederschlug. Sein Engagement trug – und hier findet sich erneut eine Parallele zu anderen jüdischen Sozialdemokraten wie Jakob Altmaier,⁹ die ebenfalls aufgrund ihrer jüdischen Abstammung von israelischer Seite aus als integrale Makler des Annäherungsprozesses zwischen der BRD und dem jungen israelischen Staat akzeptiert wurden – in nicht unerheblichem Maße zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Israel bei. So hatte Rosenberg beispielsweise im Oktober 1964 eine Plakataktion und eine Unterschriftensammlung des DGB initiiert, mit der für die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Staaten geworben wurde und die der Ausgangspunkt für die antisemitischen Anfeindungen der extremen Rechten gegen Rosenberg war. Am deutlichsten zeigte sich die Affinität Rosenbergs zu Israel jedoch in einem 1971 aufgesetzten Erbvertrag. Die kinderlosen Eheleute Rosenberg vermachten darin die Hälfte ihres Vermögens der Fritz-Naphtali-Stiftung in Tel-Aviv, die sich für die Förderung junger Israelis in ihrer Berufsausbildung einsetzte. Ludwig Rosenberg starb am 23. Oktober

⁸ Ludwig Rosenberg an Jakob Moneta, Frankfurt am Main, 10.3.1970, Original im Archiv der sozialen Demokratie (AdsD), hier zitiert nach Ahland: Rosenberg (wie Anm. 1), S. 373.

⁹ Willy Albrecht: Jeanette Wolff, Jakob Altmaier, Peter Blachstein. Die drei jüdischen Abgeordneten des Bundestags bis zum Beginn der sechziger Jahre. In: Julius H. Schoeps (Hg): *Leben im Land der Täter*. Berlin 2001, S. 236–253.

1977 im Alter von 74 Jahren in Düsseldorf an einem Herzinfarkt.¹⁰

Das Dokument, das im Zentrum dieses Werkstattberichtes steht, ist ein persönlicher Brief von Ludwig Rosenberg an Bundeskanzler Willy Brandt, geschrieben im Dezember 1970 anlässlich von Brandts Besuchs in Warschau. In diesem sehr emotionalen

Brief dankt Rosenberg seinem Freund für dessen inzwischen als „Warschauer Kniefall“ legendär gewordene Geste am Denkmal der Helden des Warschauer Ghettos, die Rosenberg, wie er schreibt, „so ohne Pose – eben natürlich“ empfunden hat. Analysiert man diesen Brief in Hinblick auf die eingangs geschilderten Biografie Rosenbergs, so werden mehrere zentrale Aspekte sichtbar. Deutlich spürt man in diesem Brief, dass Rosenberg und Brandt mehr als nur ein Parteibuch und eine politische Idee verbinden. Es ist ihr gemeinsames Schicksal als Verfolgte des NS-Regimes, vielleicht sogar mehr noch ihr Schicksal und ihre Erfahrungen als Exilanten und Remigranten, die gegenseitiges Sich-Verstehen und eine besondere Verbundenheit erkennen lassen. Das zeigt sich schon in der Absicht, in der Rosenberg den Brief verfasste. Er möchte dem Freund und Leidensgenossen vergangener Tage den Rücken stärken gegen die zu erwartenden Anfeindungen „derer, die – wenn sie noch einen Funken von Ehre hätten – in Scham wenigstens zu schweigen verstehen sollten“ gegenüber jenen, die „den Mord an Mitmenschen und Kameraden“ zu beklagen haben. In Brandts Antwortschreiben findet sich diese Verbundenheit dann sogar wörtlich wieder, als er feststellt: „Lieber Freund, [...] Ich weiß, daß gerade Du verstanden hast, was diese Reise und diese Begegnungen für mich bedeutet haben.“

Seinen emotionalen Höhepunkt erreicht der Brief, als Rosenberg seine Gefühle anlässlich der Kranzniederlegung des Bundeskanzlers für die Opfer des Warschauer Ghettos beschreibt:



2 Bundeskanzler Willy Brandt gedenkt nach der Kranzniederlegung mit einem Kniefall vor dem Mahnmal der Opfer des Warschauer Ghetto-Aufstandes gegen die Nationalsozialisten (sog. „Kniefall von Warschau“)

¹⁰ Alle biografischen Angaben aus: Ahland: Rosenberg (wie Anm. 1); Dieter Schuster: Ludwig Rosenberg. Ein Porträt. Freudenstadt 1969.

„Ich habe mir immer wieder das Bild angesehen, wo Du vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos kniest. Du kannst verstehen, wie meine Gedanken dabei nach Auschwitz gehen und wie tief ich dabei mitempfinde.“

Für Rosenberg hat die Erwähnung von Auschwitz in diesem Kontext eine doppelte Bedeutung. Wie für alle Personen seiner Zeit war auch ihm Auschwitz zum Synonym für die Shoa geworden. Für ihn als Juden, der den Großteil seiner Familie in der Shoa verloren hatte, war Auschwitz aber auch in persönlicher Hinsicht ein wichtiger Erinnerungsort. Am 12. Januar 1943 hatten die Nationalsozialisten seine Mutter und seinen Onkel von Berlin nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.¹¹ Der Kniefall Brandts, die Ehrerbietung vor denjenigen, die im Warschauer Ghetto von den Nationalsozialisten ermordet wurden, erinnert Rosenberg an die Ermordung ihm bekannter und von ihm geliebter Menschen, letztendlich also an seine eigene jüdische Vergangenheit.

Rosenbergs Empathie für Brandts Geste – das sei der Vollständigkeit halber erwähnt – entstammte sicherlich neben den genannten persönlichen Gründen auch einem gemeinsamen Politikverständnis. Die offizielle Haltung des deutschen institutionellen Judentums auf Brandts Kniefall fiel hingegen eher verhalten aus,¹² auch wenn diese Reaktion vor dem Hintergrund des zur damaligen Zeit angespannten Verhältnisses zwischen Bundesregierung und Zentralrat gesehen werden muss.

Der im folgenden vollständig abgedruckte Brief Rosenbergs an Brandt erhärtet somit die eingangs formulierte These, dass viele Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen, die sich aus politischen Gründen von ihren jüdischen Wurzeln entfernt hatten oder wie im Fall Rosenbergs sich selbst als vollständig akkulturiert begriffen, durch die Erfahrung der Shoa, spätestens aber durch die nach 1945 zwingend erforderliche Auseinandersetzung mit dem deutschen Erbe des Nationalsozialismus keine andere Wahl hatten, als sich mit ihrer jüdischen Abstammung auseinanderzusetzen. Sie konnten – wie es

¹¹ Bundesarchiv (Hg.): Gedenkbuch – Opfer der Verfolgung der Juden unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Deutschland 1933–1945. Onlineversion. (<http://www.bundesarchiv.de/gedenkbuch/index.html>)

¹² Michael Wolffsohn, Thomas Brechenmacher: Denkmalsturz? Brandts Kniefall. München 2005, S. 92.

Julius H. Schoeps formulierte – „sich nicht aus der kollektiven Erfahrungs- und Leidensgeschichte davonstehlen“¹³.

Der Brief Rosenbergs vom 8.12.1970

Lieber Willy,

es drängt mich, Dir diese Zeilen zu schreiben. In diesen Tagen, in denen Du mit großem Mut und mit einer Konsequenz, die bisher keiner unserer verantwortlichen Politiker aufgebracht hat, das entsetzliche Erbe einer verruchten Vergangenheit aufzuräumen versuchst, wirst Du gewiß das Ziel gehässiger Angriffe sein derer, die – wenn sie noch einen Funken von Ehre hätten – in Scham wenigstens zu schweigen verstehen sollten. Es wird wie immer in unserem Volke gegen besseres Wissen Dreck und Verleumdung aufgewirbelt werden, und man wird wieder einmal versuchen, mit verlogenen Emotionen politisches Geschäft und persönliche Diffamierung zu betreiben.

Ich glaube Dich gut genug zu kennen, um zu wissen, daß Du solche Auswürfe nicht einfach abschütteln kannst, daß Dir jenes „dicke Fell“ fehlt, was eben nur Menschen haben, die in Wirklichkeit die Menschen verachten und nicht lieben und deren Leben bestimmt ist nicht von Vorstellungen wahrer Menschlichkeit, sondern von solchen, die sie als „klug“ – heute sagt man ja wohl clever – bezeichnen und vor allem nur unter dem Gesichtspunkt ihrer angeblichen Nützlichkeit sehen.

Deshalb weiß ich, daß es sehr schwere Tage für Dich waren, die Du hinter Dir hast – und daß noch viele schwere Tage bevorstehen.

Ich schäme mich nicht zu gestehen, daß ich zutiefst ergriffen und bewegt war, Deine Rede im Fernsehen zu hören – Deine innere Bewegung zu spüren und Deine innere Ehrlichkeit und Sauberkeit wieder einmal – selbst auf diesem indirekten Wege – zu fühlen.

Es war eine schwere Stunde für Dich und unser Volk – und eine große Stunde für Dich – so wenig Du sie als solche empfunden haben magst. Denn wo ist noch heute ein führender Politiker, dessen Menschsein und dessen Aufrichtigkeit sich so selbstverständlich und so ohne Pose – eben natürlich – in solcher Situation dartut?!

¹³ Julius H. Schoeps: Erwähltheit und Leiden. Jüdisches Leben in nicht-jüdischer Umwelt. In: Dialog. Heft 14, 1/2002, S. 1 f., hier S. 2.

Ich habe mir immer wieder das Bild angesehen, wo Du vor dem Denkmal für die Opfer des Warschauer Ghettos kniest. Du kannst verstehen, wie meine Gedanken dabei nach Auschwitz gehen und wie tief ich dabei mitempfinde. Ich bin gewiß, daß Dir Millionen dafür danken werden – für etwas, was Du gewiß nicht solchen Dankes wegen getan hast. Danken gerade deshalb, weil Du es als Mensch, als Kamerad, als Mitfühlender und als einer, der mitgelitten hat, getan hast – kurzum als einer, der nicht eine Pose der „Wiedergutmachung“ nötig hat, sondern als einer, der den Mord an Mitmenschen und Kameraden beklagt.

Man wird Dich auch deshalb beschimpfen – wie man überall jene beschimpft, die nicht den Götzen der Gewalt huldigen, sondern der Vernunft und der Menschlichkeit sich verbunden fühlen. Das darf Dich nicht kränken – und das darf Dich nicht grämen. Solange wir uns selbst im Spiegel ansehen können – ohne Scham zu empfinden, sind wir auf dem rechten Weg. Allerdings kommt es darauf an, wer in den Spiegel hineinsieht. Du kannst getrost solchen Blick wagen.

*Das wollte ich Dir in dieser Stunde sagen. Wer anders empfindet, als wir es unser Leben lang getan haben und tun – wird diesen Brief, seinen Anlaß und seinen Sinn nicht verstehen. Ich bin gewiß, daß Du mich verstehst.
Bleib' stark und gesund!*

Herzlichst Dein Ludwig Rosenberg¹⁴

Das Antwortschreiben Brandts vom 15.12.1970

*Lieber Freund,
in den Tagen meiner Rückkehr aus Warschau habe ich viele Zeichen des Vertrauens und des guten Willens erfahren. Dein Brief hat mich besonders bewegt. Ich weiß, daß gerade Du verstanden hast, was diese Reise und diese Begegnungen für mich bedeutet haben. Ich danke für Deine Worte der Ermutigung.*

Willy Brandt¹⁵

BILDNACHWEIS

Abb. 1: Archiv der sozialen Demokratie.

Abb. 2: Bundesbildstelle des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung.

¹⁴ Brief von Ludwig Rosenberg an Willy Brandt vom 8.12.1970. Archiv der sozialen Demokratie (AdsD). Willy Brandt Archiv A8 16 (alte Signatur).

¹⁵ Antwortschreiben von Willy Brandt an Ludwig Rosenberg vom 15.12.1970. AdsD. Willy Brandt Archiv A8 16 (alte Signatur).

Sarah Panter

„The German Rabbinate Abroad: Transferring German-Jewish Modernity into the World?“

Eine Tagung in Tutzing vom 18. bis 21. Oktober 2009

Das Konzept dieser internationalen Tagung, die in der Akademie für Politische Bildung in Tutzing stattfand, wurde von Cornelia Wilhelm und Tobias Grill (Ludwig-Maximilians-Universität München, Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur) in Kooperation mit Michael Spieker (Akademie für Politische Bildung Tutzing) entwickelt. Insgesamt 21 Vorträge von amerikanischen, europäischen und israelischen Wissenschaftlern standen im Zentrum der interdisziplinär ausgerichteten Konferenz, die dank der finanziellen Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts sowie der ZEIT-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerius realisiert werden konnte.

Die erste Sektion stand unter dem Motto „Hope and Failure within Modernity: Emigration of the German Rabbinate in the early 19th Century“. Die Vorträge von Carsten Wilke, Christian Wiese und Lance Sussman beschäftigten sich hierbei nicht nur mit den individuellen Auswanderungsmotiven und den Chancen, die sich den Rabbinern in der Emigration boten, sondern auch mit den Konflikten und Erwartungen, denen sie sich dort gegenüber sahen. Gegenstand der anschließenden Diskussion war vor allem die Frage, inwiefern der Begriff ‚modernity‘ hier überhaupt passend sei oder nicht stärker problematisiert werden müsse.

Der erste Konferenztag schloss mit der ‚Evening-Keynote Address‘ von Michael A. Meyer, die zugleich als Wegweiser durch die weiteren Panels fungierte. Nach einem allgemeinen historischen Abriss über die Entwicklungslinien und den Bedeutungswandel des modernen Rabbinate beschäftigte er sich besonders mit der veränderten Rolle der Rabbiner im nationalsozialistischen Deutschland, die während dieser Zeit von der Peripherie des jüdischen Lebens in sein Zentrum rückten. Parallel dazu war in den jetzt oftmals gut gefüllten Synagogen ein



Die Teilnehmer der Konferenz „The German Rabbinate Abroad“

Funktionswandel der Predigt zu beobachten, in deren Mittelpunkt anstatt der ‚Erbauung‘ nun die ‚Ermutigung‘ trat.

Die zu Beginn des zweiten Tages stattfindende Sektion stand unter der Leitfrage: „Exporting Modernity to England, Russia, USA, Netherlands?“. Ihren Blick auf Osteuropa richteten hierbei Tobias Grill und Felix Heinert, während Haim Sperber, Martina Steer, Chaya Brasz und Mirjam Thulin sich stärker auf den Kulturtransfer nach Westeuropa und in die USA konzentrierten. Im Rahmen der anschließenden Diskussion wurde immer wieder auf das breite, mehrdimensionale Spektrum unterschiedlich wahrgenommener und beurteilter Transferleistungen aufmerksam gemacht.

Das Nachmittagspanel richtete den Blick dann auf institutionelle Kulturtransfers. Unter dem Motto „Rabbinical Seminars and ‚Jewish‘ Universities as Hubs of Cultural Transfer“ diskutierte dies für den amerikanischen Fall zunächst Yaakov Ariel am Beispiel Kaufmann Kohlers und seiner Rolle bei der Akademisierung des Hebrew Union College. Stephen J. Whitfield thematisierte daraufhin die Anfänge der 1948 gegründeten Brandeis University. Jonathan Magonet, der bei seiner Rabbinerausbildung noch in direktem Kontakt mit den deutschen Rabbinern gestanden hatte, legte den Fokus hingegen auf die Errichtung des Leo Baeck College in London.

Der Dienstagvormittag stand ganz im Zeichen der Thematik „The Second ‚Migration‘ – German Rabbis in ‚Exile‘“. Robert Jütte skizzierte zunächst die Problematik der nicht immer freundlichen Aufnahme deutscher Rabbiner in Palästina zwischen 1933 und 1948. Am Beispiel der Breuer-Familie zeigte Matthias Morgenstern, wie unterschiedlich die individuellen Exil-Erfahrungen in Palästina und den USA sein konnten. Isaac Herschkovitz lenkte den Fokus schließlich auf Ignaz Maybaum,

der nach seiner Emigration nach Großbritannien seine Glaubensbrüder dazu aufrief, den britischen ‚Kreuzzug‘ gegen die Nationalsozialisten zu unterstützen.

Die Referenten des Dienstagnachmittags gaben einen Einblick in die Thematik der „German Refugee Rabbis Overseas“. Cornelia Wilhelm erörterte hierbei den Einfluss deutscher Rabbiner auf das amerikanische Judentum und die Stationen deutscher Rabbinatsstudenten nach ihrer Flucht. Raymond Apple, der sein Augenmerk auf die Rolle des deutschen Rabbinate in Australien legte, konstatierte anschließend, dass der ‚deutsche‘ Einfluss auf die jüdische Gemeinschaft dort nicht allzu groß gewesen sei. Jeffrey Lessers Vortrag, der einen starken methodischen Bezug zu Ethnizitäts- und Nationskonzepten aufwies, widmete sich hingegen der Entwicklung der deutsch-jüdischen Identität in Brasilien (1930–1950), die vor dem Hintergrund des ‚process of whitening‘ zu betrachten sei.

Der Abendvortrag Michael Brockes beleuchtete den Stand und die Entwicklungen innerhalb des Projektes „Biographisches Handbuch der Rabbiner“, das für viele Forscher mittlerweile zu einem wichtigen Nachschlagewerk geworden ist. Hierbei wurde die Frage nach den Kriterien für eine Aufnahme von Persönlichkeiten (Qualifikation oder Selbstverständnis) in das Handbuch aufgeworfen.

Im letzten Panel der Konferenz, „Return to Germany as an Option?“, beschäftigte sich Elias Sacks mit dem Exil Jacob Taubes und seiner Rückkehr zum deutsch-jüdischen Liberalismus. Andrea Sinn verdeutlichte in ihrer biographischen Fallstudie über Robert Raphael Geis, dass bei seiner Entscheidung zur Rückkehr nach Deutschland persönlichen Faktoren eine wichtige Rolle zukam, da er sich weder privat noch beruflich mit dem Leben in Palästina anfreunden konnte. Andreas Brämer befasste sich schließlich mit der Rückkehr und den Konflikten des orthodoxen Rabbiners Isaak E. Lichtigfeld.

Insgesamt konnte die Tagung durch ihren interdisziplinären Ansatz, ihre große intellektuelle Vielfalt und ihren weit gefassten räumlichen, konzeptionellen und inhaltlichen Rahmen eine Vielzahl neuer Perspektiven eröffnen. Ein englischsprachiger Tagungsband ist vorgesehen.

Michael Marx

Zwischen Judenplatz und Kaffeehaus

Wien-Exkursion des Alumninetzwerkes des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur

Die erste Exkursion des Anfang letzten Jahres ins Leben gerufenen Alumninetzwerkes des Lehrstuhls für Jüdische Geschichte und Kultur führte die zehn Studierenden vom 29. Oktober bis 1. November 2009 in die Hauptstadt der ehemaligen Donaumonarchie Österreich: nach Wien.

Im Vorfeld der Reise wurde von jedem Teilnehmer ein Programmpunkt der Exkursion in Eigenregie inhaltlich vorbereitet. Darunter fielen etwa die Anmeldung für eine Führung durch das Sigmund-Freud-Museum, aber auch ein von den Studenten selbst geführter Stadtrundgang durch Wien zur jüdischen Vergangenheit der Stadt. Ziel des Programms war es, ein breit gefächertes Spektrum an inhaltlichen Themen zu bieten, um einen möglichst breiten Überblick über die Geschichte der Wiener Juden zu erhalten.

Auftakt der Exkursion bildete eine Führung durch das Jüdische Museum in der Dorotheergasse. Neben der Besichtigung der Dauerausstellung, die sich der Jüdischen Geschichte Wiens widmet, dem Erdgeschossbereich, der Grundinformationen zu Religion und Kultur anbietet, und dem so genannten ‚Schaudepot‘, das zum einen als Mahnmal, aber auch als Ausstellungsbereich konzipiert ist, interessierte es die Studenten speziell, etwas über die museumspädagogische Vermittlung des Hauses zu erfahren.

Die verschiedenen studentischen Beiträge sollten nicht nur den Charakter eines akademischen Referates haben, sondern durchaus auch unkonventionell gestaltet sein. Zu diesem Zweck fand am Freitagnachmittag in entspannter Atmosphäre eine Kaffeehauslesung statt. Auf dem Programm standen Franz Werfel, Theodor Herzl, Hilde Spiel und Stefan Zweig.

Der Samstag bot den Studierenden mit einem Besuch des Palais Epstein einen Einblick in das Selbstverständnis des wohlhabenden jüdischen Bürgertums der Gründerzeit. Das am Dr. Karl-Renner-Ring gelegene und zu Beginn der 1870er Jahre errichtete Palais diente der Familie wenige Jahre als Wohn- und

Geschäftshaus. Danach musste das Gebäude in Folge der Gründerkrise verkauft werden.

Untrennbar mit der Geschichte der Wiener Juden verbunden ist natürlich auch das Sigmund-Freud-Museum, das in der ehemaligen Praxis und Wohnung des Begründers der Psychoanalyse eingerichtet wurde. Neben einer Ausstellung, die Fotogra-



fien der Freudschen Praxis zeigt, und dem mit den Originalmöbeln erhaltenen Wartezimmer beherbergt das Museum auch Kunstwerke zeitgenössischer Maler, Bildhauer und Fotografen, die sich mit der Psychoanalyse beschäftigen.

Am letzten Tag der Exkursion fanden eine Stadtführung durch die Wiener Innenstadt und ein damit verbundener Besuch der mittelalterlichen Synagoge unter dem Judenplatz statt. Den Abschluss bildete ein Gang über den Teil des Wiener Zentralfriedhofs, der der jüdischen Gemeinde bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs als Bestattungsort diente.

Die Teilnehmer der Exkursion waren sich darüber einig, dass die breit gefächerte Themenpalette der Exkursion, die ja nur eine sehr begrenzte Auswahl aus der Jüdischen Geschichte Wiens bieten konnte, glücklich gewählt war und diese Konzeption auch für zukünftige Exkursionen nach Prag, Berlin oder Birobidschan angewandt werden könnte.

Dem Freundeskreis für Jüdische Geschichte und Kultur sei ganz herzlich für die großzügige Unterstützung unserer ersten studentischen Exkursion gedankt.

Die Teilnehmer der Wien-Exkursion im Sigmund-Freud-Museum

Elisabeth Rees-Dessauer

Angekommen?

Sechs Jahrzehnte jüdischen Lebens im Nachkriegsdeutschland – Eine Tagung am 6. und 7. Dezember 2009

Die Geschichte der Juden in Deutschland seit 1945 ist bislang noch nicht systematisch erforscht worden. Das von der Wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaft des Leo Baeck Instituts in Auftrag gegebene und von der VW-Stiftung geförderte Projekt „Die Geschichte der Juden in Deutschland nach 1945“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, genau diese Lücke zu füllen. Am 6. und 7. Dezember 2009 fand nun im Historischen Kolleg in München eine Tagung statt, in der eine erste Bilanz gezogen und das Projekt vorgestellt werden konnte.

In seinem Eröffnungsvortrag bettete Dan Diner (Leipzig/Jerusalem) die deutsch-jüdische Geschichte nach 1945 in den breiteren Kontext eines neuen Selbstverständnisses der Juden auf der ganzen Welt im Sinne eines kollektiven jüdischen Volkes ein (siehe Beitrag ab Seite 9 in diesem Heft). Um einen Überblick über die unmittelbaren Nachkriegsjahren zu verschaffen, stellte Tamar Lewinsky (München) die beeindruckenden Größendimensionen der zum Projekt gehörigen Datenbank von etwa 42 000 Seiten vor, die innerhalb zweier Jahre zusammengestellt worden war. Anhand einer im Zuge des Projekts erstellten Karte, in der sämtliche jüdischen Einrichtungen in den verschiedenen deutschen Besatzungszonen von 1946 bis 1949 eingetragen wurden, veranschaulichte sie, welchen Nutzen Überblickswerke wie das hier angestrebte für die Forschung haben können. Lewinsky und Atina Grossmann (New York) zeigten zudem an mehreren Beispielen die Heterogenität und die Probleme jüdischer Displaced Persons (DPs) und deutscher Juden in den ersten Nachkriegsjahren auf. Während in diesen Jahren die meisten jüdischen DPs nach Wegen suchten, Deutschland zu verlassen, verließen auch wertvolle im Offenbacher Depot gelagerte jüdische Bücher das Land. Wie Elisabeth Gallas (Leipzig) darstellte, war der Offenbacher ‚Friedhof der Bücher‘ ein Symbol für das Ende jüdischen Lebens in Deutschland. Zur selben Zeit jedoch, als ein Schlusstrich unter jüdischem Leben in Deutschland in vielerlei Hinsicht

deutlich wurde, schafften Personen wie Ignatz Bubis Grundlagen für ein neues Leben in Deutschland. Die Schwierigkeiten, die Bubis' Import-Export-Handel in Dresden mit sich brachte, und die antisemitische Grundstimmung der frühen Nachkriegsjahre, die auch in der sowjetischen Besatzungszone herrschte, wurden von Jonathan Zatin (Boston) thematisiert.

Die Fünfziger und Sechziger Jahre erlebten den Aufbau und die Etablierung jüdischer Institutionen in einem geteilten Deutschland. So benannte Michael Brenner (München) mit den Themenfeldern Repräsentation, Geographie und Kalter Krieg drei zentrale Aspekte, an denen sich eine deutsch-jüdische Geschichte dieser Zeit zu orientieren habe. Während es auf nichtjüdischer deutscher Seite nach 1945 Verunsicherung gab, wie Norbert Frei (Jena) anhand der Frage: „Wie soll man Juden eigentlich begegnen?“ zeigte, beschlossen einige jüdische Persönlichkeiten, ein neues Zusammenleben aktiv zu gestalten. Eine solche Person war der in der Münchner Israelitischen Kultusgemeinde und im Zentralrat aktive Baruch Graubard, über den Jael Geis (Berlin) referierte. Mit Hendrik George van Dam und Karl Marx gab Andrea Sinn (München) darüber hinaus einen Einblick in die Biographien zweier Schlüsselfiguren der ersten Jahrzehnte jüdischen Lebens in Deutschland, die wie kaum jemand sonst die wesentlichen Institutionen Zentralrat beziehungsweise Jüdische Allgemeine beeinflussten und gestalteten. Kommentiert wurde diese Sitzung von Micha Brumlik (Frankfurt), der nicht nur als Wissenschaftler, sondern auch als Zeitzeuge zu den Vorträgen Stellung nahm. Hier wurden – nicht zum einzigen Mal während dieser Tagung – die Besonderheiten und Chancen deutlich, die die zeitliche Nähe des Themas zum Leben der Wissenschaftler mit sich bringt. Der Historiker ist hier oft zugleich Zeitzeuge und kann daher zwischen diesen Perspektiven wechseln.

Während die Arbeit deutsch-jüdischer Institutionen in den Fünfziger Jahren vor allem von der Restitution jüdischen Eigentums und der Wiedergutmachung bestimmt war, hatte sich das Aufgabenfeld des Zentralrats und der jüdischen Gemeinden zwanzig Jahre später erheblich erweitert. Zumindest in den Siebziger Jahren sei es in den jüdischen Gemeinden, so Anthony Kauders (Keele) und Constantin Goschler (Bochum), allerdings noch mehr um Machterhalt denn um religiöse Erneuerung gegangen. Bei dem in den Siebziger und Achtziger Jahren stattfindenden Generationenwechsel sei es zudem – vor allem mit Blick auf die vorhergegangene Studentenbewe-

gung – zu relativ moderaten Konflikten zwischen jung und alt gekommen. Nach der Ausstrahlung der TV-Serie *Holocaust* im deutschen Fernsehen im Januar 1979 wurde nun die Schoa erstmals auf breiter Ebene in der deutschen Öffentlichkeit thematisiert. Anne Giebel (Jena) konnte diese neue Entwicklung auch an der Person Hans Rosenthals aufzeigen, der ursprünglich in leichteren Unterhaltungssendungen auftrat, sich seit 1979 aber in der deutschen Öffentlichkeit mit seiner Vergangenheit als Verfolgter des NS-Regimes auseinandersetzte. Dass noch in den Siebziger Jahren in dezidiert liberalen Publikationen neben einem Philosemitismus-Diskurs auch antisemitische Vorurteile durchaus zu Tage traten, beleuchtete Monika Halbinger (München) in ihrer Untersuchung der Berichterstattung zu jüdischen Themen in den Wochenzeitungen ZEIT, SPIEGEL und STERN.

Die deutsch-jüdische Geschichte seit der Wiedervereinigung ist vor allem durch die Einwanderung von Juden aus der ehemaligen Sowjetunion bestimmt worden. Auch diese Zeit kann mittlerweile historisiert werden, da der Prozess der Zuwanderung, wie Yfaat Weiss (Jerusalem) beobachtete, praktisch abgeschlossen ist. Bislang sei diese Einwanderung jedoch stets eher einseitig mit Hinblick auf die ‚alteingesessenen‘ Juden vor Ort betrachtet worden, weshalb Lena Gorelik (München) in ihrem Beitrag die bisher oft vernachlässigte Frage nach dem jüdischen Selbstverständnis der Kontingentflüchtlinge stellte: Wie fühlen sich eigentlich die Einwanderer zwischen alter und neuer Heimat, und welche Identitätsprobleme bringt die Einwanderung mit sich? Was die Identität jüdischer Jugendlicher in Deutschland heute betrifft, spielt der Zionismus, wie Meron Mendel (Frankfurt) feststellte, keine so bestimmende Rolle mehr wie in früheren Jahrzehnten. So könne man von einem „zweiten bundesrepublikanischen Judentum“ mit einem neuen jüdischen Selbstverständnis sprechen.

Die Tagung schloss, nachdem die Panels nun in der Gegenwart angekommen waren, mit einer Sitzung, die unter dem Titel „Ortsperspektiven“ vier Vorträge über jüdische Nachkriegsgemeinden vereinte, die in diesem Heft abgedruckt sind.

Angekommen? Sechs Jahrzehnte jüdischen Lebens in Nachkriegsdeutschland



- 1 Jonathan Zatlin (im Hintergrund),
Anselm Doering-Manteuffel,
Tamar Lewinsky,
Atina Grossmann
- 2 Micha Brumlik, Andrea Sinn
- 3 Norbert Frei,
Hans Günter Hockerts
- 4 Raphael Gross,
Constantin Goshler,
Anthony Kauders
- 5 Rachel Salamander,
Yfaat Weiss

Anna Menny

„Die Drei Kulturen und spanische Identität(en)“

Ein Workshop am 8. Februar 2010

Im Rahmen des Workshops „Die Drei Kulturen und spanische Identität(en)“ diskutierten international renommierte Wissenschaftler zusammen mit den Projektmitarbeitern über den Platz muslimischer und jüdischer Identität in literarischen, politischen und gesellschaftlichen Selbstentwürfen Spaniens. Veranstalter war das LMU-Exzellenzprojekt ‚Christen, Mauren, Juden‘, das in seinen drei Teilprojekten die Bedeutung des Paradigmas der ‚Drei Kulturen‘ im Spanien des 20. und 21. Jahrhunderts untersucht.

Nach einer kurzen Einführung durch die drei das Projekt betreuenden Professoren, Martin Baumeister, Michael Brenner und Bernhard Teuber, widmete sich die erste Sektion der nationalen Identitätspolitik in Spanien seit 1975. Xosé Manuel Núñez Seixas von der Universität Santiago de Compostela (Spanien) verwies in seinem Vortrag auf die Problematik einer nationalen Identität in Spanien, die durch stark ausgeprägte Regionalismen und das Fehlen eines patriotischen Gedächtnisses in Frage gestellt werde. Die Suche nach einem legitimierenden Fundament führe dabei entweder zu einem Rückbezug auf eine weit zurückliegende Vergangenheit, wie die ehemalige imperiale Größe Spaniens und die Herrschaftszeit der Katholischen Könige, oder zur Herausbildung eines Verfassungspatriotismus im linken politischen Spektrum. Damit einher gehe die Definition Spaniens als einer ‚Nation der Nationen‘, die ausschließlich als politische Nation Souveränität besitze und damit einen Überbau für konkurrierende Identitäten und Kulturen darstelle.

Britta Voß widmete sich im Anschluss der Frage, inwieweit sich die in den letzten Jahrzehnten angestiegene muslimische Einwanderung auf spanische Identitätsdiskurse auswirke und griff damit einen Teilaspekt ihrer Dissertation zum *Mythos der ‚Drei Kulturen‘ in der nationalen Identität seit der Transition* heraus. Anhand medialer Reaktionen zeichnete sie nach, wie der ‚retorno de los moriscos‘ in der spanischen Öff-



Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Charlotte Knobloch, Michael Brenner und Jacobo Israel Garzón, Präsident der Federación de las Comunidades Judías de España

fentlichkeit das Gefühl einer Invasion und Bedrohung auslöse. Die Wortwahl in der von ihr untersuchten spanischen Tagespresse verweise auf eine gesellschaftlich empfundene Ohnmacht angesichts der unkontrollierbaren Menge muslimischer Immigranten. Vor dem Hintergrund einer negativ gedeuteten mittelalterlichen Vergangenheit führe dies zur Wahrnehmung der Einwanderung als muslimische Reconquista des öffentlichen Lebens.

Die zweite Sektion fokussierte die ‚Drei Kulturen‘ in der spanischen Literatur des 19. und 20. Jahrhunderts. Norbert Rehrmann von der TU Dresden arbeitete anhand biographischer Skizzen spanischer Autoren verschiedene Phasen der Wiederentdeckung des Mythos der ‚Drei Kulturen‘ heraus. Diese reichten von einer romantischen Stilisierung von ‚al-Andalus‘, die in einer Maurophilie mündete, bis zur Sephardenkampagne von Ángel Pulido und dem damit verbundenen Aufkommen des Philosephardismus Anfang des 20. Jahrhunderts. Trotz einer ungewöhnlich intensiven Auseinandersetzung mit der jüdischen Vergangenheit in Spanien fiel Rehrmanns Resümee hinsichtlich der Juden- und Maurenbilder in der spanischen Literatur ernüchternd aus: Die Mehrheit der untersuchten Autoren, darunter auch Américo Castro und Antonio Machado, hätten negative Klischees unkritisch fortgeschrieben.

Wie der literarische Umgang mit der trikulturellen Vergangenheit in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts aussehen kann, veranschaulichte Fabian Sevilla anhand der Kurzgeschichte *Der Kopf des Lammes* (1949) von Francisco Ayala, einem Text aus dem Korpus seiner literaturwissenschaftlichen Dissertation zum *Spanien der ‚Drei Kulturen‘ als kultur- und literaturgeschichtlichem Paradigma*. Anhand einer Textinter-

pretation zeigte er, dass das Verhalten des Erzählers und Protagonisten, José Torres, als Metapher für die problematische Beziehung Spaniens zu seiner Vergangenheit gelesen werden kann. Dieser verweigert sich vehement einer Auseinandersetzung mit Moriscos, die behaupten mit ihm verwandt zu sein. Die möglicherweise eigenen maurischen Wurzeln sind für ihn nicht akzeptabel. Der Konfrontation mit der Vergangenheit kann sich der Protagonist aber nur vorübergehend entziehen, und so lasse sich der Text als literarischer Versuch verstehen, den trikulturellen Erfahrungshorizont in den spanischen Identitätsdiskurs nach dem Bürgerkrieg einzuschreiben.

Die letzte Nachmittagssektion begann mit einem Vortrag von Christiane Stallaert von der Katholischen Universität Leuven (Belgien) zum Themenkomplex Ethnizität und Religion in spanischen Identitätsdiskursen. Nach einer definitorischen Annäherung an den Begriff der Ethnizität richtete Stallaert ihren Blick auf die Mythomotoren der spanischen Identität. Als einen solchen machte sie das Konzept des ‚casticismo‘ aus, der Identifikation des Ethnischen mit dem Katholizismus, welche gegenwärtig vor allem in einer Abgrenzung vom ‚Maurischen‘ als Opposition zum ‚Spanischen‘ resultiere. Um die ethnische Überprägung von Identitätsdiskursen zu verdeutlichen, ging sie kursorisch auf den baskischen Nationalismus ein und berichtete von ihren eigenen Erfahrungen in einer multiethnischen Gesellschaft in Brüssel.

Auf den Aspekt des ‚casticismo‘ und seine Bedeutung für den Umgang mit der spanisch-jüdischen Vergangenheit konzentrierte sich Anna Menny. Anhand von spanischen Schulbüchern seit den Fünfziger Jahren, eine der in ihrer Dissertation über *Spanisch-jüdische Beziehungen und das Erbe von ‚Sefarad‘* untersuchten Quellengruppen, zeigte sie, dass die Katholischen Könige lange Zeit als nationale Heldenfiguren dienten, in denen sich der Beginn der spanischen Moderne kristallisierte. Erst mit der ‚transición‘ sei dem Rückgriff auf die Traditionen von Pluralismus und Toleranz für den Aufbau der Zivilgesellschaft eine wichtige Bedeutung zugekommen: Die Herrschaftszeit von Isabel und Fernando wurde zunehmend als Ende der ‚convivencia‘ und die Vertreibung der Juden als Abwehr der Modernität verstanden. Diese mit der Suche nach neuen Traditionen verbundene positive Einverleibung des historischen Erbes in das kollektive Gedächtnis dürfe jedoch nicht mit der Normalisierung des Blicks auf die Vergangenheit gleichgesetzt werden.

Im Anschluss an die drei thematischen Sektionen fand am Abend im Instituto Cervantes München eine Podiumsdiskussion mit Jacobo Israel Garzón, Präsident der Federación de las Comunidades Judías de España, und Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, statt. Nach einem Überblick von Israel Garzón über die Entwicklung jüdischen Lebens in Spanien im 20. Jahrhundert fand eine von Michael Brenner moderierte Diskussion über die Parallelen und Unterschiede der jüngeren Geschichte der jüdischen Gemeinden in Spanien und Deutschland statt. Am Rande wurde auch die Perspektive eines europäischen Judentums gestreift, die aber angesichts nationaler Herausforderungen, wie der von Charlotte Knobloch betonten negativen demographischen Entwicklung der Gemeinden, als zweitrangig bezeichnet wurde.

Mit dieser interessanten Diskussion endete der durchweg gut besuchte Workshop.

NACHRICHTEN UND TERMINE

Neues von Mitarbeitern
und Absolventen

Veranstaltungen

Neues vom Freundeskreis
des Lehrstuhls

NEUES VON MITARBEITERN UND ABSOLVENTEN

Evita Wiecki hat zum Sommersemester die Stelle als Lektorin für Jiddisch übernommen. Wiecki, die Slavistik und Kommunikationswissenschaften studiert hat, unterrichtet Jiddisch seit mehr als zehn Jahren an verschiedenen akademischen Institutionen, so an der Universität Regensburg, am Jüdischen Historischen Institut in Warschau sowie als Vertretung auch an der LMU. Überdies ist sie seit 2007 maßgeblich an der Organisation der jährlichen Sommeruniversität beteiligt. Derzeit promoviert sie über *Die Geschichte der Jiddischen Lehrbücher*. Evita Wiecki folgt **Dr. Tamar Lewinsky**, die den Lehrstuhl nach fast acht Jahren verlassen hat, um an der Universität Basel als Assistentin am Institut für Jüdische Studien und Lehrbeauftragte am Deutschen Seminar zu forschen und zu unterrichten.

Julie Grimmeisen und **Oliver Glatz** teilen sich seit Beginn des Sommersemesters die wissenschaftliche Mitarbeiterstelle, die im Rahmen von LMU innovativ für den Bereich „Judentum und Islam“ geschaffen wurde. Julie Grimmeisen hat im Sommer 2009 ihr Studium der Geschichte und Interkulturellen Kommunikation an der LMU abgeschlossen und anschließend ihre Promotion über *Frauenbilder unter jüdischen und arabischen Israelis, 1948–1967* begonnen. Oliver Glatz studierte Islamwissenschaft und Judaistik an der Freien Universität Berlin. Zuletzt war er wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Ruhr-Universität Bochum, wo er am Lehrstuhl für Religionswissenschaft unterrichtete. In seiner Dissertation beschäftigt er sich mit dem *Zusammenspiel zwischen Religion und Politik im Kontext des Nahostkonflikts*.

PD Dr. Cornelia Wilhelm hat ein **DFG-Projekt** zum Thema „Deutsche Rabbiner im amerikanischen Exil (1933–1989)“ bewilligt bekommen. In der geplanten Studie sollen der Weg und das Wirken der letzten Generation deutscher Rabbiner als geistige und theologische Elite des deutschen Judentums im amerikanischen Exil in der Zeit von 1933 bis 1989 analysiert werden. Die Erforschung des ‚Wegs‘ der Emigranten soll Auskunft darüber geben, warum diese jüdische Elite Amerika als Exil anstrebte, ob historisch enge Beziehungen zum amerikanischen Judentum hierfür ent-

scheidend waren, wie die Rabbiner im Exil aufgenommen wurden, dort ihre Arbeit fortsetzen konnten und ob sie dies in unabhängigen Gemeinden oder im Rahmen religiöser Dachorganisationen (Reform, Konservative und Orthodoxie) beziehungsweise in wissenschaftlichen Einrichtungen des Exillandes taten.

Der Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur freut sich über eine weitere abgeschlossene Promotion: Im Wintersemester hat **Andrea Livnat** am Lehrstuhl ihre Dissertation zum Thema „*Sein Andenken lebt unsterblich fort. Das Nachleben Theodor Herzls im kollektiven Gedächtnis Israels*“ erfolgreich beendet.

Mirjam Triendl-Zadoff, Wissenschaftliche Assistentin am Lehrstuhl, hat für ihr Buch *Nächstes Jahr in Marienbad. Gegenwelten jüdischer Kulturen der Moderne* (Göttingen 2007) eine Auszeichnung erhalten: „Geisteswissenschaftlichen International – Preis zur Förderung der Übersetzung geisteswissenschaftlicher Werke“, der von der Fritz-Thyssen-Stiftung, dem Auswärtigen Amt, der VG Wort und dem Börsenvereins des deutschen Buchhandels verliehen wird. Die Partner fördern mit dem Preis die Übersetzung geistes- und sozialwissenschaftlicher Werke in die

englische Sprache. Die englische Ausgabe des Bandes wird in der Reihe *Jewish Culture and Contexts Series* erscheinen, die die University of Pennsylvania Press herausgibt. Auch die *Kleine Jüdische Geschichte*, die **Michael Brenner** 2008 im Verlag C. H. Beck veröffentlicht hat, hat diesen Preis erhalten und ist soeben bei Princeton University Press erschienen. Eine Übersetzung ins Italienische ist ebenfalls erschienen, spanische und portugiesische Ausgaben sind in Vorbereitung.

Matthias Lehmann wird ab Juli im Rahmen eines Forschungsstipendiums der Alexander von Humboldt-Stiftung am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur zu Gast sein und über „Networks of Beneficence: Rabbinic Emissaries from Palestine and the Making of a Modern Jewish Diaspora“ arbeiten. Lehmann ist Associate Professor im Department of History sowie im Jewish Studies Program an der Indiana University Bloomington. Sein Forschungsschwerpunkt liegt auf der Geschichte der spanischen Juden und der sephardischen Diaspora im Mittelmeerraum.

Prof. Michael Brenner war im März 2010 Fellow des Center for Advanced Judaic Studies der University of Pennsylvania in Philadelphia.

VERANSTALTUNGEN

Rückblick



Den Jahresvortrag 2009 hielt **Shlomo Avineri**, Professor emeritus für Politikwissenschaft an der Hebrew University und ehemaliger Direktor des israelischen Außenministeriums, zum Thema „Von Rabin bis Netanyahu: Israelische Gesellschaft und Politik im Wandel“.

Im Rahmen des DFG-Projektes „‘Charlottengrad’ und ‚Scheunenviertel‘ – Osteuropäisch-jüdische Migranten im Berlin der 1920/30er Jahre“ war im Dezember 2009 **Shachar Pinsker**, Assistant Professor of Hebrew Literature and Culture an der University of Michigan, für einen zehntägigen Forschungsaufenthalt zu Gast. Pinsker arbeitet innerhalb des Projekts zum Thema „Between the Scheunenviertel and the Romanisches Café: Berlin as a Space of Hebrew and Yiddish Modernism“. Während seines Aufenthaltes in München hielt er einen Vortrag über „Modernist Hebrew Writers in Weimar Germany“. Shachar Pins-

ker beendet die Reihe von Einladungen an ausländische Gastwissenschaftler im Rahmen des Projektes. Vor ihm waren Dan Laor von der Tel Aviv University sowie Marc Caplan von der Johns Hopkins University in Baltimore zu Gast.

Vorschau

Eva Haverkamp, die 2009 die Professur am neu eingerichteten Lehrstuhl für Mittelalterliche Jüdische Geschichte angetreten hat, wird am 29. April 2010 ihre Antrittsvorlesung halten. Die Veranstaltung zum Thema „Wissenswelten. Juden und Christen im Mittelalter“ beginnt um 19 Uhr im Senatssaal der LMU, Geschwister-Scholl-Platz 1.

Mirjam Triendl-Zadoff wird am 3. Mai im Rahmen der Ringvorlesung „Einblicke in Forschungslandschaften“ einen Vortrag über „Die Scholems. Vom Ende der deutsch-jüdischen Utopie“ halten. Veranstaltungsbeginn ist um 18 Uhr in Raum A119 im Hauptgebäude der LMU.

Kenneth Stow, Professor of Jewish History an der University of Haifa, spricht am Freitag, dem 7. Mai um 11 Uhr zum Thema „Surviving in the Roman Ghetto“ über die Situation der römischen Juden in der Mitte des 16. Jahrhunderts. Veranstaltungsort ist Raum 402 im Historicum, Schellingstraße 12.

Im Rahmen des Oberseminars findet im Sommersemester 2010 eine Reihe von

Vorträgen zum Thema der Jüdischen Geschichte und Kultur statt: Den Auftakt macht **Prof. Ismar Schorsch**, Kanzler emeritus des Jewish Theological Seminary, New York, der am 12. Mai über „Converging Cognates: the Intersection of Jewish and Islamic Studies in 19th-Century Germany“ sprechen wird. **Prof. Mikhail Krutikov**, University of Michigan, wird dann am 9. Juni das Thema „Das Berlin der Weimarer Republik als lieu de mémoire der jiddischen Literatur“ behandeln. Am 7. Juli wird die Reihe durch **Prof. Carl Ehrlich** von der York University in Kanada mit einem Vortrag über „Die Geburt der jüdischen Diaspora“ beendet. Alle Vorträge beginnen um 16 Uhr in Raum 202.

In der **Vortragsreihe** „Nachbarschaften. Thomas Mann und jüdische Schriftsteller in München“, die der Lehrstuhl in Kooperation mit dem Thomas-Mann-Förderkreis veranstaltet, wird am 7. Juni **Prof. Hans Vaget**, Professor emeritus of Comparative Literature am Smith College in Northampton, Massachusetts, zum Thema „Eine außergewöhnliche Freundschaft: Thomas Mann und Erich von Kahler“ sprechen. Die Veranstaltung beginnt um 19 Uhr im Hörsaal M018 im Hauptgebäude der LMU. Den zweiten Vortrag der Reihe hält am 12. Juli **Dr. Sascha Kirchner** (Düsseldorf): „„Wie froh ich bin, Ihr Zeitgenosse zu sein.“ Thomas Mann und Bruno Frank“. Beginn ist um 19 Uhr im Internationalen Begegnungszentrum der Wissenschaft (IBZ), Amalienstraße 38 in

München. Ein dritter Vortrag, über Jakob Wassermann, ist für den Herbst geplant.

Einen Vortrag in jiddischer Sprache wird es am 9. Juni 2010 im Rahmen des Jiddisch-Unterrichts am Lehrstuhl geben: **Prof. Gennady Estraiikh** von der New York University spricht um 13 Uhr zum Thema: „Sovyetish-yidishe kultur in di yorn fun der kalter milkhome“.

Prof. Paula Sanders, Dekanin an der Rice University (Houston, USA), Professorin für Mittelalterliche Islamische Geschichte mit Schwerpunkt in Jüdischer Geschichte sowie Direktorin des Jewish Studies Program, wird am Montag, dem 28. Juni, um 16:00 in Raum M110 im Hauptgebäude der LMU einen Vortrag halten mit dem Titel „The Discovery of the Cairo Geniza: Jewish history's most important find“.

Exkursion: Im Rahmen des Hauptseminars „Vorgeschichte und Gründung des Staates Israel“, das Prof. Michael Brenner in Zusammenarbeit mit Noam Zadoff im Sommersemester 2010 anbietet, werden sich 19 Studierende in der Zeit vom 22. bis 29. Mai in Israel aufhalten. Zum einen sollen vor Ort Seminareinheiten stattfinden, zum anderen wird es Führungen geben, unter anderem durch das Jerusalem der Mandatszeit und im Bialik-Haus, Tel Aviv. Außerdem konnten folgende Referenten für Vorträge vor Ort gewonnen werden: Shlomo Avineri, Gisela Dachs, Emanuel Gutmann, Benny Morris und Tom Segev.

Vom 11. bis 16. Juli findet die diesjährige **Sommeruniversität** statt – zum sechsten Mal in Folge und zum zweiten Mal in Kooperation mit dem Jüdischen Museum in Hohenems, Vorarlberg, sowie den Universitäten Basel und Salzburg. Veranstaltungsort wird wieder das Jüdische Museum Hohenems sein. Die Sommeruniversität – in diesem Jahr unter dem Thema „Treten Sie ein! Treten Sie aus! Konversionen und Grenzgänge“ – ist für Studierende geöffnet sowie für Mitglieder unseres Freundeskreises, der sich an der Finanzierung beteiligt.

Das vorläufige Programm:

Sonntag, 11. Juli

15.00–16.30 Uhr

Begrüßung und Eröffnungsvortrag

Martha Keil (St. Pölten): „... diese Nichtsnutze, die sich einmal wie Juden, einmal wie Christen benehmen“. Jüdische Konversionen im Mittelalter

17.30–19.00 Uhr

Klaus Briegleb (Berlin): Heinrich Heine und die Konversion

Montag, 12. Juli

11.15–13.15 Uhr

Gerhard Langer (Salzburg): Konversion in der Antike. Bibel, Rabbinen und nichtjüdische Literatur

15.00–17.00 Uhr

Michael Brenner (München): (Re-)Konversionen zum Judentum vor 1933 und im Nachkriegsdeutschland

17.15–19.00 Uhr

Hanno Loewy (Hohenems): Führung durch das jüdische Viertel/Ausstellung

20.00–21.30 Uhr

Rabbiner Marcel Ebel (Zürich): Nachhaltigkeit von (orthodoxen) Übertritten – Konversionen bei Eheschließungen

Dienstag, 13. Juli

11.00–13.00 Uhr

Maurus Reinkowski (Freiburg): Konversion zum Islam in der Vormoderne

14.00–15.30 Uhr

Noam Zadoff (München): Sünde und Erlösung – Jakob Frank und seine Sekte
Gemeinsamer Badeausflug zum Ort der „Übergänge und Übertritte“ am Alten Rhein

Mittwoch, 14. Juli

11.15–13.15 Uhr

Mirjam Triendl-Zadoff (München): Heilsversprechen Weltrevolution – Konversionen zum ‚nicht-jüdischen Judentum‘

15.00–17.00 Uhr

Madeleine Dreyfus (Basel): Mischehe oder Übertritt – Jüdische Lebensentwürfe

17.30–18.30 Uhr

Film *Circumcise me* mit Einführung von Mirjam Triendl-Zadoff

20.00–21.30 Uhr

Alfred Bodenheimer (Basel): Über Shlomo Sand's *How and when was the Jewish People invented?*

Donnerstag, 15. Juli

11.00–13.00 Uhr

Marc D. Baer (Irvine): The Doenme – Jewish Converts to Islam in Wartime Berlin

14.30–16.30 Uhr

Daniel Lis (Basel): Das judaisierende Volk der Igbo in Nigeria (mit Film)

17.00–18.30 Uhr

Armin Eidherr (Salzburg): Das Marranentum – seine Entstehung, die religionsgesetzliche Problematik und die Rezeption bei den Aschkenasen

Freitag, 16. Juli

11.15–13.15 Uhr

Albert Lichtblau (Salzburg)/**Eleonore Lappin-Eppel** (St. Pölten): „Mischehen“ – Beziehung und Religionswechsel

Täglich finden morgens von 9.00–10.30 Uhr Sprachkurse für Jiddisch statt.



 **SOMMER
UNIVERSITÄT**
für jüdische Studien
Hohenems 2010

Treten Sie ein! Treten Sie aus!

Konversionen und Grenzgänge
11. – 16. Juli 2010, Hohenems

Informationen und Anmeldungen unter
www.jgk.geschichte.uni-muenchen.de

Eine Veranstaltung der Abteilung für jüdische Kultur und Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München,
des Instituts für Jüdische Kulturgeschichte der Universität Salzburg und des
Instituts für Jüdische Studien der Universität Basel, in Zusammenarbeit mit dem Jüdischen Museum Hohenems.

Die Veranstaltung wird ermöglicht durch Amt der Vorarlberger Landesregierung, Kultur und Wissenschaft
Landeshaupt Hohenems | Caritas Hohenems | Schenker-Zentrum München | Vorarlberg | stadthohenems | Coljini

NEUES VOM FREUNDKREIS DES LEHRSTUHLS

Jahresversammlung 2010: Die Jahresversammlung fand am Dienstag, dem 26. Januar, im Historicum statt. Wichtigster Punkt der Tagesordnung war die Neuwahl eines Vorstandsmitglieds: Prof. Jens Malte Fischer, seit der Vereinsgründung Zweiter Vorsitzender, hatte sich dazu entschlossen, das Amt aufzugeben, um sich noch intensiver seinen publizistischen und wissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können. Der Freundeskreis dankte ihm sehr herzlich für sein zehnjähriges Engagement.

Als Zweiter Vorsitzender wurde Dr. des. Tobias Grill gewählt. Tobias Grill, geb. 1973 in München, hat Slavistik, Geschichte Osteuropas und Südosteuropas sowie Neuere und Neueste Geschichte studiert. Er wurde 2009 mit einer Arbeit über *Das Wirken deutscher Rabbiner und deutsch-jüdischer Pädagogen in den jüdischen Gemeinden Osteuropas (1839–1939)* am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur der LMU promoviert. Seit April 2008 ist er Assistent am Lehrstuhl für Neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der internationalen Beziehungen an der Universität der Bundeswehr München.

Ulpan-Stipendien: Professor Brenner stellte auf der Jahresversammlung die drei neuen Ulpan-Stipendiatinnen vor:

Das von Dr. Eli, Samy und Maximilian Teicher gestiftete Leon und Lola Teicher-Stipendium erhält Katharina Hey; das von Dr. Wolfgang Beck gestiftete Günther Anders-Stipendium wird Julie Grimmeisen zuerkannt; Empfängerin des vom Freundeskreis ins Leben gerufenen Gerald D. Feldman-Stipendiums ist Valerie Fuchs. Wir gratulieren herzlich.

Auszeichnung der besten Proseminararbeiten: Auf derselben Sitzung überreichte Dr. Mirjam Triendl-Zadoff den Verfassern der drei besten Proseminararbeiten des Jahres 2009 einen vom Freundeskreis gestifteten Buchpreis. Peter Nassif erhielt ihn für seine Arbeit „Die Gründe für das Einschreiten der arabischen Staaten in den israelisch-palästinensischen Konflikt 1948“; Daniel Baumgartner für „Die Reaktion der deutschen Juden auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs“; Cagdas Cicek für „Der israelisch-ägyptische Frieden und dessen Einfluss auf die Narrative beider Länder“. Auch ihnen übermitteln wir unseren Glückwunsch.

Zur Geschichte der Juden in Europa. 4

Vorträge: Der Freundeskreis stiftet diese Vortragsreihe, die sich an Studierende und an Mitglieder des Freundeskreises wendet. In drei Vorträgen berichten Promovierte des Lehrstuhls über ihre Forschungen. Zusätzlich konnte Thomas Hauzenberger, der am Lehrstuhl studiert hat, für einen Bericht über den Demjanjuk-Prozess gewonnen werden.

Das Programm:

10. Juni 2010: Dr. des. Tobias Grill: Mythos und Wirklichkeit in der Geschichte des osteuropäischen Judentums

17. Juni 2010: Dr. des. Björn Siegel: Von Hohenems nach Czernowitz, von Prag nach Sarajewo – Habsburgisches Judentum zwischen Ost und West

8. Juli 2010: Dr. des. Monika Halbinger: Im Schatten der Shoa. Jüdisches Leben im Nachkriegsdeutschland

22. Juli 2010: Thomas Hauzenberger: Beobachtungen eines NS-Prozesses – Der Fall Demjanjuk als Präzedenzfall und Farce

Die Vorträge finden im Raum 507 des Historicums statt und beginnen um 18 Uhr c.t.

Die Autoren

Dan Diner

leitet das Simon-Dubnow-Institut für jüdische Geschichte und Kultur an der Universität Leipzig. Zudem ist er Professor für moderne europäische Geschichte an der Hebrew University of Jerusalem.

Tobias Freimüller

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (Prof. Norbert Frei) und im Forschungsprojekt „Rekonstruktion und Neuanfang nach dem Holocaust. Frankfurt am Main als Zentrum jüdischen Lebens in Europa“.

Katharina Friedla

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Stiftung „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“. Seit 2008 promoviert sie an der Universität Basel über *Juden in Breslau und Wrocław: Jüdisch-deutsche und jüdisch-polnische Lebenswelten 1918–1945 und 1945–1968*.

Anne Gemeinhardt

schrrieb am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur an der Ludwig-Maximilians-Universität ihre Magisterarbeit über den *Wiederaufbau jüdischen Lebens im Saarland nach 1945*. Derzeit arbeitet sie als wissenschaftliche Volontärin am Jüdischen Museum der Stadt Frankfurt.

Monika Halbinger

hat 2009 am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur ihre Dissertation zum Thema *Das Jüdische in den Wochenzeitungen ZEIT, SPIEGEL und STERN (1946–1989)* abgeschlossen. Im Projekt „Juden in Deutschland nach 1945“ war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin.

Tamar Lewinsky

war von 2002 bis 2009 Lektorin für Jiddisch am Lehrstuhl für Jüdische Geschichte und Kultur an der LMU und wurde dort mit ihrer Arbeit über *Displaced Poets. Jiddische Schriftsteller im Nachkriegsdeutschland* promoviert. Zudem koordinierte sie das VW-Projekt „Juden in Deutschland nach 1945“, in dem sie auch Autorin ist. Seit Januar 2010 ist sie Assistentin am Institut für Jüdische Studien und Lehrbeauftragte am Deutschen Seminar der Universität Basel.

Hendrik Niether

ist Doktorand am Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena (Prof. Norbert Frei); er arbeitet über *Jüdisches Leben in Leipzig nach 1945*.

Andrea Sinn

beendete 2006 ihr Magisterstudium mit der Arbeit *„Und ich lebe wieder an der Isar.“ Exil und Rückkehr des Münchner Juden Hans Lamm* (veröffentlicht München 2008). Seit 2007 promoviert sie bei Michael Brenner zum Thema *Über den Beitrag von Remigranten zum Aufbau jüdischen Lebens in Westdeutschland nach 1945*.

Maximilian Strnad

ist seit 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Juden in Deutschland nach 1945“. In Kürze erscheint im Oldenbourg Verlag seine überarbeitete und erweiterte Magisterarbeit unter dem Titel *Zwischenstation „Judensiedlung“ – Verfolgung und Deportation der jüdischen Münchner 1941–1945*. Derzeit promoviert er an der LMU zur *Spätphase der Judenverfolgung in Deutschland 1943–1945*.

Norbert Frei **1945 UND WIR**

Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen



„Das Buch beeindruckt durch die Stringenz, mit der es das Vergangenheitsverhältnis der

Nachkriegszeit als eine Folge von ‘deutschen Lernprozessen’ sichtbar macht.“ *Hermann Rudolph, Der Tagesspiegel*

„Seine elegant formulierten Analysen zeigen eindringlich, wie elementar ein aufgeklärtes Geschichtsbewusstsein für den Abbau kollektiver Mythen ist – wozu die langlebige Vorstellung gehört, selbst das ‘erste Opfer’ Hitlers gewesen zu sein.“

Dietmar Süß, Süddeutsche Zeitung

Norbert Frei, **1945 und wir**. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen.
224 Seiten. Gebunden EUR 19.90

C.H.BECK
www.chbeck.de

Anzeige 2 (folgt!)

MÜNCHNER BEITRÄGE ZUR JÜDISCHEN GESCHICHTE UND KULTUR

DIE THEMEN DER
BISHER ERSCHIENENEN HEFTE

1/2007

Yfaat Weiss über Lea Goldberg –
sowie Themenschwerpunkt
Juden im Nachkriegsdeutschland

2/2007

Zur Historischen Gestalt Gershom Scholems –
mit Beiträgen von
Jürgen Habermas, Itta Shedletzky u.a.

1/2008

Münchener Porträts: Drei Jüdische Biographien –
Christian Ude zu Kurt Eisner,
Hans-Jochen Vogel zu Lion Feuchtwanger,
Rachel Salamander zu Gerty Spies

2/2008

Judentum und Islam –
mit Beiträgen von John M. Efron, Richard I. Cohen
und Carlos Fraenkel

1/2009

Deutschland in Israel – Israel in Deutschland –
mit Beiträgen von
Dan Laor, Gisela Dachs, Chaim Be'er u. a.

2/2009

Das portative Vaterland – mit Beiträgen von Hans Magnus En-
zensberger, Rahel E. Feilchenfeldt, Andreas B. Kilcher, Michael
Krüger, Thomas Meyer, David B. Ruderman, Ittai J. Tamari,
Ernst-Peter Wieckenberg und Reinhard Wittmann

